BAHAMAS
Nr.19 Frühjahr 1996 6 DM

WAS KOMMT NACH DEM KLASSENKAMPF?



- Heiner Müller?
- Hedonismus?
- Joachim Hirsch?
- Brasilien?
- Frankreich?
- Islamismus?

Inhalt

Bitte beachtet die Berliner Redaktionsanschrift:
Postfach 62 06 28, 10796 Berlin
Telefonisch erreichbar ist die Redaktion jetzt unter 030 / 623 69 44.

Impressum

Die Bahamas erscheint ca. alle 3 Monate.
Redaktion: Postfach 62 06 28, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030 / 623 69 44
Preis: Einzelheft 6 DM, Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto:
E.Müller, Berliner Volksbank
Kto.:12005270, BLZ:: 100 900 00
Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu.
V.i.S.d.P.:Karl Nele
Eigendruck im Selbstverlag

Abobestellung

Editorial

Was in den späten 70ern mit André Gorz' "Abschied vom Proletariat" begann - durch den Abschied vom Klassenkampf neue Welten linker Politik zu erobern - endete mit völliger Perspektivlosigkeit. Die "Menschheit", der "Mensch an sich" und ähnliche idealistische Annahmen aus der heroischen Frühphase der bürgerlichen Gesellschaft kehrten nach dem Abschied vom Materialismus auch in linken Diskussionen wieder. Die Exhumierung der längst in den Gräbern des geschichtlichen Prozesses verwesenden bürgerlichen Projektion, die den Menschen "an sich", nunmehr im Zeichen ökologischer und nationalpazifistischer Verantwortung, zum Zentrum ihrer politischen Bemühungen machte, hat sich zurecht bis auf die Knochen blamiert.

Statt die "Wege ins Paradies" (Gorz) prophetisch in Gedanken vorwegzunehmen, waren die sozialdemokratisch-alternativen Modelle jenseits von Proletariat und fordistischer Lohnarbeit nur der theoretisch verbrämte Vorschein der gegenwärtigen Welttmarktkrise, in deren Folge der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat durch die autoritäre Ausgrenzung der für die Verwertung des Kapitals Überflüssigen ersetzt wird. Der "Bürgerkrieg in Frankreich", wie die letzten sozialen Kämpfe in Europa angesichts fehlender anderer gefeiert wurden, steht unter diesen Vorzeichen genauso wie das Ende des Fortschritts in Brasilien. Die "neosozialen" Konzepte, die in Brasilien die Verwertungsbedingungen optimieren sollen, kündigen an, was auch in den kapitalistischen Metropolen denen bevorsteht, die auf der Verliererseite des Modernisierungsprozesses stehen (Zur Streikwelle in Frankreich siehe S.7, zu Brasilien S.17).

Beide Seiten der alten maoistischen Parole "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!", mit der dem damals schon kränkelnden Metropolenklassenkampf noch ein wenig revolutionäre Würze verliehen wurde, können die in sie gesteckten geschichtsoptimistischen Heilserwartungen nicht mehr einlösen.

So sehen auch die Subjekte, auf die die letzten Hoffnungen gesetzt werden, recht seltsam aus. Auf der einen Seite das hedonistisch-subversive Individuum, um das sich die Debatten in den Zeitschriften Spex, Beute und 17°C drehen (Dazu: "Haupttendenz Hedonismus", S.36). Auf der anderen Seite das vermeintliche Gegenteil: der einfache und gerechte Islamismus, auf den sich grüne Realos und ihr bewaffneter Arm (AIZ) beziehen (Siehe die Artikel "Der Islamismus frißt seine Kinder" sowie "Fundamentalismus, Volksfrömmigkeit, Diskursfalle" ab S. 26). Gegen die grün-antiimperialistische Einheitsfront "Gerechtigkeit für Serbien" zu fordern ist deshalb berechtigt. Peter Handke, der als einer der wenigen gegen die einmütige antiserbische Hetze öffentlich Stellung bezog, bekam deshalb prompt den Haß der bundesdeutschen Ehrenmuezzins zu spüren ("Gefährlich in allen Lebenslagen", S.13).

Auch der vermeintliche Abschied vom Subjekt, den die deutsche Althusser-Rezeption postuliert, ist nur ein kleiner Umweg zur alten Bewegungspolitik, die ohne den Mythos des revolutionären Subjekts nicht auskommen kann. Das meinen Nachtmann/Krug in ihrer Entgegnung auf den Beitrag von Tuckfeld, der zur politischen Praxis der gesellschaftliche Widerspruch auch ohne Subjekt genügt (S.42 bzw. S.46). Nur die rückhaltlose Kritik einer "Praxis", deren Verfallsdatum längst überschritten ist, hält der Möglichkeit von wirklicher Veränderung die Treue.

Die katholische Kirche verbriefte ihrem Klientel Anfang des 16. Jahrhunderts als Dankeschön für Geldspenden den Ablaß ihrer Sünden und damit den Himmel. Lohnarbeit ist zwar keine Sünde, führt aber häufig zu theoretischer und politischer Abstinenz und, soweit man linksradikal geblieben ist, notwendig zu schlechtem Gewissen, dafür aber zu erträglichem Einkommen. Aus dieser moralischen Klemme hilft die Alimentierung linksradikaler Kritierzirkel, wenigstens teilweise. Die "Bahamas" ist nach wie vor ein Zuschußprojekt. Diejenigen, die die "Bahamas" früher durch ihre Mitgliederbeiträge an die Gruppe K finanziert hatten, möchten wir dringend auffordern, die Zeitschrift direkt durch monatliche Zuwendungen zu fördern. Das gilt natürlich auch für die unorganisierten Leser. Richtet Daueraufträge ein bei der Berliner Volksbank, Konto-Nr. 120 052 70, BLZ 100 900 00.

Jour Fixe

Die Jour-Fixe-Initiative betreibt weiterhin theoretische Praxis und bietet im Frühjahr 1996 in Berlin folgende Veranstaltungen an:

Konsumentenideologie

200 Jahre deutsche Intelligenz
Vortrag und Diskussion mit Ulrich Enderwitz
Mittwoch, 17.4. um 20 Uhr

Eins teilt sich in zwei

Originaltexte der deutschen Kulturrevolution
Mittwoch, 22. 5. um 20 Uhr

Bosnien: Dayton und das nationale Selbstbestimmungsrecht

Vortrag und Diskussion mit Heinz Willemsen, Bielefeld
Mittwoch, 29.5. um 20 Uhr

Adornos Orthodoxie

Mittwoch, 12.6. um 20 Uhr

Alle Veranstaltungen finden statt im Versammlungsraum Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg, HH, Theateraufgang, 2. OG

Deutsche Hegemonie und EG

Der „rasselnde Panzer“ definiert „Krieg und Frieden“

In der aktuellen Auseinandersetzung über das künftige Gesicht Europas wird von deutscher Seite die Entscheidung gesucht. Dabei wird – obwohl die politische Entwicklung der letzten Monate Deutschlands Einfluß und Gewicht eher beschädigt hat – vehement auf den bekannten Maximalforderungen beharrt, die Deutschland zur unangefochtenen europäischen Hegemonialmacht und damit auch zur Weltmacht machen sollen. Die aktuelle Offensive, die in den deutschen Medien bezeichnenderweise kaum verhandelt wird, scheut nicht davor zurück, durch offene Drohungen mit dem militärischen Gewicht und der historisch verbürgten Bereitschaft, dieses kompromißlos einzusetzen, die europäischen Nationen auf Linie zu bringen.

Um ihren Forderungen mehr Gewicht zu verleihen, erteilen seit Januar diesen Jahres deutsche Spitzenpolitiker – offensichtlich im Einklang miteinander – den EU-Partnern Lektionen über die Virulenz Deutscher Geschichte. Um zu verhindern, daß deutsche Geschichte sich wiederhole, müsse Deutschland fest in die Europäische Union eingebunden werden – zu seinen Bedingungen. Denn in der Vergangenheit, als Deutschland nicht ins europäische Haus eingebunden war, hätte es seine Ziele allein durchsetzen, also Krieg gegen Europa führen müssen. Kohl nutzte seinen Auftritt am 18.2.96 anläßlich der Entgegennahme eines Ehrendoktorhutes in der Universität Leuwen dazu, der Kampagne einen vorläufigen Höhepunkt zu verleihen: „Die Politik der europäischen Einigung ist in Wirklichkeit eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert“. „Damit die Botschaft auch sitzt, hat er seinen Befund einen Tag später wiederholt – und zugspitzt: nicht nur eine, sondern 'die Frage von Krieg und Frieden'“ (1)

Der Deutsche Europaplan

Das deutsche EU-Konzept ist klar: Osterweiterung möglichst bald, Einführung des Mehrheitsprinzips und damit Abschaffung des Veto-Rechts der einzelnen Mitglieder, Festlegung der EU auf die Durchsetzung der Maastricht-Kriterien mindestens für ein „Kerneuropa“, das aus Deutschland, Frankreich, den Benelux-Staaten, Österreich und möglichst auch aus Großbritannien bestehen soll. Alle drei Punkte sind nicht unumstritten, schlimmer noch: mit jedem weiteren Monat, der ins Land geht, scheinen die Aussichten für die widerspruchsfreie Durchsetzung der deutschen Wünsche zu schwinden.

Außenpolitisch geht es nicht so voran, wie man es sich wünschte. Die als sicher geglaubten Vasallenstaaten Slownien und Kroatien schielen in neue Richtungen. Kroatien spielt die amerikanische Karte gegen Deutschland und kommt selbst dem Kinkel frech, als der wegen der Angriffe des organisierten kroatischen Pöbels auf den UN-Verwalter Koschnick in Mostar intervenierte. Auch im ökonomisch abhängigen osteuropäischen Hinterhof stößt man auf unerwarteten Widerstand von der tschechischen Seite, wo die regierenden deutschfreundlichen Bürgerrechtler um ihr politisches Überleben fürchten müssen, wenn sie unter das deutsche Joch gehen, das „Erklärung zur gemeinsamen Vergangenheit“ genannt wird.

Seit auch Deutschland an der Erreichung der Maastricht-Kriterien zu scheitern droht, verstärkt sich im EU-Ausland die Position jener, die mindestens eine Verschiebung, besser noch eine Aufweichung, dieses Zwangspaketes einfordern. Die französischen Streiks Ende 95 haben gezeigt, daß die Möglichkeit, maastrichtfreundliche Regierungen von unten zur Umkehr zu zwingen, gar nicht so schlecht stehen. Die mißliche deutsche Lage, die von falschen Wachstumsprognosen und gescheiterten Alleingängen, wie dem Versuch, über Fokker den Markt bei kleineren Passagierflugzeugen innerhalb der EU zu dominieren, gekennzeichnet ist, führt jedoch nicht zum Umdenken, sondern zu umso energischerem Beharren auf dem einmal eingeschlagenen Weg. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 3./4. Februar erklärten Schäuble und Bundesbankpräsident Tietmeyer, daß es „keine Chance (gebe), die Kriterien aufzuweichen.“ Für den Fall der Nicht-Einigung drohten sie mit einer Mini-Währungsunion – eine deutliche Warnung an England, das sich in Davos am vehementesten gegen das deutsche Diktat wehrte. Was Mini-Währungsunion heißt, erläuterte Belgiens Ministerpräsident Dehaene, dessen Land neben Luxemburg und den Niederlanden, dazugehören würde: In diesem Fall könne es zu „einem Zusammenbruch des gemeinsamen Marktes kommen, weil Länder mit Hartwährung Strafmaßnahmen gegen andere EU-Mitglieder in dem Bemühen unternehmen könnten, einer sich vergrößernden Ungleichheit zwischen der harten DM-Zone und schwächeren, wie der Lira oder der Peseta, zu begegnen. Die Gefahr ist, daß die Mark und starke Währungen, die an sie gekoppelt sind, wie der niederländische Gulden, im Wert steigen würden. Exporteure aus den Hartwährungsländern wären dann n gegenüber den anderen nicht mehr konkurrenzfähig.“ (2)

Die große Währungsunion, also die mit Frankreich und England, wird von Deutschland am ehesten gewünscht. Gegenüber England lockte und drohte Kinkel in einer Rede am 17.1.96 in Oxford. Er glaube nicht, „daß sich Großbritannien den wirtschaftlichen Vorteilen und logischen Zwängen der Währungsunion entziehen wird. Nur mit einer gemeinsamen Währung wird sich Europa gegenüber Dollar und Yen behaupten.“ Hauptgegner, gegen den das Währungsunions-Europa zu Felde ziehen soll, sind nicht nur aus deutscher Sicht die USA. An der Stärke der USA wird die Frage der Größe und des poltischen Gewichts der EU gemessen. Die außenpolitischen Erfolge der USA in Jugoslawien und der islamischen Welt kann Europa nur dann wirksam kontern, wenn es als einheitliche ökonomische Supermacht politisch geschlossen agiert. Besonders in Frankreich wird diese Haltung geteilt. Auch für den deutschen Bündnispartner formuliert der Figaro: „Der globale wirtschaftliche Wettbewerb ist zu einem Krieg geworden. Die Amerikaner, von der Ost-West-Konfrontation befreit, werfen alle ihre Kräfte in diesen Kampf. Kurzum, unsere ältesten Freunde sind auch unsere härtesten Gegner.“

Keine Kompromisse

Daß die deutsche Seite unter keinen Umständen von ihren Maximalforderungen abgehen will, ist seit dem Vorliegen des Schäuble-Lamers Papiers im September 94 evident.

Schäuble und Lamers begründeten in ihren „Überlegungen zur Europäischen Politik“ (3) die Hegemonie Deutschlands in der EG geopolitisch: „Nachdem der Osten als Aktionsspielraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt ist (...) stellt sich die alte Frage nach der Eingliederung der Stärke Deutschlands in die europäische Struktur, die schon am Beginn des zunächst auf Westeuropa beschränkten europäischen Einigungsprozesses gestanden hatte, in neuer, ja, in ihrer eigentlichen Bedeutung.“ Die geopolitische und

historische Argumentation forderte ultimativ die „Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn“ und machte unmißverständlich klar, daß die Durchsetzung dieser deutschen Interessen nicht zu verhandeln ist, sondern lediglich eine Frage der Methode: „Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west-)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen. Das aber würde seine Kräfte bei weitem überfordern“ (– wie schon zweimal in verlorenen Weltkriegen sichtlich geworden – (4)) „und zugleich zu einer Erosion des Zusammenhalts der Europäischen Union führen.“ Die Anmahnung, Deutschland als Führungsmacht in Europa zu akzepzieren, führte vor eineinhalb Jahren zum Stichwort *Kerneuropa* und stellte für alle, die die Drohung mit dem Separatweg als ein isoliertes Vorgehen Deutschlands gedeutet haben sollten, klar, daß „die deutschen Interessen nur im Rahmen, im Raum und im Medium Europa verwirklicht werden können.“ Dem geopolitischen Konzept entspricht das politische und ökonomische. Deutschland beansprucht ultimativ, die Mitte Europas sein zu wollen. Dazu braucht es nicht nur die osteuropäischen Staaten, die ohnehin nur ihrer Angliederung harren, sondern auch die Staaten der heutigen EU. Ob Deutschland seine Hegemonie im Verbund mit der EU oder in „traditioneller Weise“ herstellt, ist die politische Kernfrage der Verhandlungen um die Ausgestaltung einer künftigen Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Turiner Konferenz

Von der Entscheidung über die Abstimmungsverhältnisse innerhalb der EU hängt ab, ob das deutsche Konzept überhaupt aufgeht. Denn erst die Abschaffung des Veto-Rechts der einzelnen Mitglieder zugunsten des reinen Mehrheitsprinzips macht die deutsche Dominanz innerhalb der EU wasserdicht. Ein Teil des deutschen Pochens auf die Osterweiterung liegt – abgesehen vom Großraumkonzept – in der Herstellung sicherer prodeutscher Mehrheit. Deutschland möchte alle seine Anrainer darin einbinden und setzt auf deren Beeinflußbarkeit.

Der Ausgang der Debatte über das Veto-Recht auf der Turiner EU-Konferenz Ende März, soll, von Deutschland forciert, über den britische Einfluß in der EU entscheiden. Bereits im Vorfeld wurde klar, daß Großbritannien nicht mehr bremsend wie bisher in der EU wirken soll. Entweder nimmt es das Mehrheitsprinzip an, dann wird es politisch neutralisiertes Mitglied der Union sein oder es wird in der EU nicht mehr vertreten sein. Mit dem Wegfall der britischen Position, die eine halbwegs bedeutsame Opposition zur deutschen Linie darstellt, würde die deutsche Vormacht entscheidend gestärkt werden.

Englands politische Niederlage in Turin macht einen Antrag zur „Sicherheits- und Außenpolitik“ möglich, den Deutschland und Frankreich gemeinsam einbringen werden. Darin wird das Mehrheitsprinzip festgelegt und Gegnern einer Mehrheitsentscheidung lediglich eine „konstruktive Enthaltung“ eingeräumt. Mit dem notorisch antiamerikanisch und immer offensichtlicher antibritisch orientierten Frankreich, hat Deutschland einen Bündnispartner der jedenfalls in außen- und militärpolitischen Fragen absolut verläßlich ist. Die nach der Streikwelle innenpolitisch geschwächte gaullistische Regierung setzt seit Monaten auf ein ausgeprägtes militärpolitisches Profil und scheint sich so Deutschland als gleichberechtigter Führungspartner in Europa empfehlen zu wollen.

Die Deutschen setzen nicht darauf, daß in Turin bereits alle Streitfragen im Sinne Deutschlands entschieden werden, sondern scheinen von einer kommenden mehrmonatigen politischen Krise in Europa auszugehen. Gegenüber dem „International Harald Tribune“ äußerte sich Schäuble dazu: „Über die Uneinigkeit in drei Punkten werde es die nächsten 12 bis 15 Monate eine Krise geben, nach der man über die verbleibenden Optionen klarer sehen werde, gleichzeitig prophezeite er, daß sich die auf die Vollendung der Währungsunion drängenden Kräfte behaupten würden“. (5)

Seit Januar geht Deutschland gegen Großbritannien in die politische und diplomatische Offensive. Am 17.1.96 eröffnet Kinkel die Kampagne mit einer Rede in Oxford. Nach einem Verweis auf politische Gemeinsamkeiten und die „bewegenden Ereignisse“ der V-Day-Feierlichkeiten im Mai 95 in London und der Gedenktage an die Bombennächte in Hamburg und Dresden, geht er direkt zum Thema über: „Speziell uns Deutschen wird unterstellt, unter dem Deckmantel der Integration ein verstecktes Programm für ein deutsches Europa zu verfolgen.“ „In Großbritannien wird gute Außenpolitik von jeher als Interessenpolitik verstanden. (...) Unser Interesse ist Europa. Alles was um uns herum in Europa geschieht, betrifft uns unmittelbar. Sechzig Prozent unseres Exportes gehen nach Europa.“ „„It's not a trick, it's a conviction [Überzeugung/Gesinnung] and a fair offer‘: Das vereinigte Deutschland will sich auch politisch in das größere Europa einbinden. Es verzichtet ein für allemal auf Alleingänge. Aber auch die anderen europäischen Nationen müssen dann ihren Beitrag leisten.“ „Zeitweilige Probleme eines Partners, Schritt zu halten“ dürften die „Integrationsfortschritte nicht beeinträchtigen. (...) Die nächste Station dazu ist die Regierungskonferenz“ (Turin). (6) Statt deutschen Alleingängen in Zukunft gemeinsame europäische Gänge unter deutschem Kommando – a fair offer.

Roman Herzog eröffnete einen Redebeitrag am 19.1.96 mit einer sich antinational gebenden Beschwörung: „Am Beginn eines für die Zukunft Europas entscheidenden Jahres“ richtet Herzog an die „Teilnehmer der bevorstehenden Regierungskonferenz“ die Frage „kann die europäische Integration als Heilmittel gegen nationalistische Verirrungen denn für die vor uns liegende Epoche so ganz und gar falsch sein, wenn Winston Churchill sie uns schon vor fünfzig Jahren verschrieb?“ So führt er den Hauptadressaten GB in seine Botschaft ein, um festzustellen, daß es vergleichbare Situationen wie heute schon gegeben habe: „Der Nationalismus aber, der damals gerade unter unsäglichen Opfern besiegt war, droht heute in Europa aus einer Art Winterschlaf zu erwachen“ . Er wendet sich gegen „bürokratischen Superstaat einerseits und die gehobene Freihandelszone andererseits“ und bezeichnet damit die deutsche EU-Option. „Selbst Freihandel und Goldstandard haben Weltkrieg und Nationalismus nicht verhindert. Das Gegenteil trat ein. (...) Protektionismus, Abwertungswettläufe, Überschuldung, Inflation, Deflation und Depression wurden zu Kennzeichen der folgenden Jahrzehnte.“ (7) Im Zeitalter von Freihandel und Goldstandard überfiel Deutschland 1914 Europa. Die folgenden Jahrzehnte voller Inflation und Depression haben Deutschland erneut keine Wahl gelassen. Die englische Öffentlichkeit wird die Botschaft verstanden haben.

Schließlich der Kanzler in Leuwen, wo er die Frage von Krieg und Frieden aufgeworfen hatte: „Wir Deutsche haben spezifische Gründe, weshalb wir das vereinte Europa noch mehr brauchen als jedes andere Land in Europa. Was dort geschieht, berührt uns sehr unmittelbar – und umgekehrt. Deutschland hat ein elementares nationales Interesse daran, daß eines Tages alle seine Nachbarn der Europäischen Union angehören.“ Eine konkretere Umschreibung für die Ausdehnung des Einflußbereiches wird es kaum geben. Und mit unausgesprochenem Bezug zu Großbritannien: „Es darf nicht sein, daß das langsamste Schiff auf Dauer das Tempo des Geleitzuges bestimmt.“ (8)

Das prompte Echo des britischen Außenministers Rifkind „der Konvoi hört auf zu existieren, wenn nicht alle Schiffe eingebunden werden“ (9), wurde vom außenpolitischen Sprecher der CDU Lamers ge-

Ein Monat Streik in Frankreich

Revolte für den Platz am grünen Tisch

Von den späten siebziger Jahren bis zur Studentenbewegung von 1986 spielten soziale Bewegungen in Frankreich eine sehr geringe Rolle. Die Frauenbewegung hatte sich über die Linksregierung von 1981 im Staatsapparat aufgelöst, die Arbeiterbewegung sah sich Anfang der 80er Jahre zunächst durch ihre Parteien an der Macht repräsentiert. Mitterand führte einen linken Diskurs mit dem er die ersten Jahren viele Sympathien gewann. Dies hinderte seine Regierung nicht daran, in Neukaledonien einen traditionellen Kolonialkrieg gegen die dortige Unabhängigkeitsbewegung FLNKS zu führen. Die 68er integrierten sich spätestens in dieser Zeit in die vormals kritisierte Gesellschaft, akzeptierten deren Staat und avancierten zu Wirtschaftsliberalen. Für die französischen Sozialisten galt – im Gegensatz zur KPF – die Bundesrepublik als Vorbild für wirtschaftspolitischen Erfolg. Starke Währung und kooperative Gewerkschaften sollten die Leitlinie der sozialistischen Politik für die nächsten Jahre werden. Das wirtschaftliche Ideal der Kommunisten verlor angesichts dieser sozialdemokratischen und modernistisch scheinenden Perspektive an Attraktivität. 1981 bemühte sich Mitterands erster Premierminister Pierre Mauroy Frankreichs angeschlagene Wirtschaft durch die Ankurbelung der Kaufkraft wieder flott zu kriegen. Mit der Erhöhung der Mindestlöhne (SMIC), der Einführung der 39 Stunden-Woche und der Verlängerung des Jahresurlaubes auf fünf Wochen für alle Franzosen wollte man die Inlandsproduktion anheizen und die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Die Inlandsproduktion wuchs nur wenig, doch das Außenhandelsdefizit erheblich. 1983 fror die Linksregierung dann die Gehälter ein und hob schrittweise die staatlichen Preisfestsetzungen (vom Baguette bis zum Bezin) auf. Ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung, das sogenannte *peuple de gauche* (Volk der Linken) ging zunächst davon aus, daß ihre Parteien an der Macht sind und somit ihre Interessen selbstverständlich vertreten wären. Der kommunistische Eisenbahnminister Charles Fiterman war für die sonst sehr kämpferischen Eisenbahner sicher ein Grund, daß sie sich lange nicht gegen die bei der SNCF einsetzenden Rationalisierungen wehrten. Erst 1985 gab es wieder einzelne Streiks. Die Wahlen von 1986 hatten die Rechten wieder an die Macht gebracht. Die Regierung verschärfte schnell die Einwanderungsgesetze und die Repression, vor allem gegen Ausländer. Die Wahl des rechten Hardliners Chirac zum Präsidenten schließlich schien zu beweisen, daß die Bevölkerung sich nicht mehr an 1986 erinnern wollte, als sich die letzte große Studentenbewegung unter Premierminister Chirac formierte. Auch als Pariser Bürgermeister hatte Chirac sich als jemand profiliert, der die Armen aus der Innenstadt in die Vorstädte verdrängt hatte und die polizeiliche Präsenz und Repression in der Hauptstadt verschärfte. Doch die Unzufriedenheit mit der neuen politischen Herrschaft kam schnell und mit ihr die Streiks, Solidarität und jetzt sicher Enttäuschung und Erschöpfung.

"Für ein weniger beschissenes Leben!" (1)

Die seit 1968 bedeutendste Streikbewegung in Frankreich verteidigte erkämpfte soziale Rechte gegen den Imperativ der kapitalistischen Effizienz. Die Regierung kündigte Beitragserhöhungen bei der *Sécurité Sociale* (Kranken-, Renten- und Familienunterstützung) an. Die Regierung selbst hatte erhebliche Schulden bei der Sozialversicherung gemacht, die nicht zurückgezahlt werden sollten. Zusätzlich wurden im Rahmen einer allgemeinen Reform bei den *Sécurité Sociale* (öffentlicher Dienst) eine Eisenbahn- und Télécomreform und Privatisierungen angekündigt. Die soziale Absicherung der *Sécurité Sociale* bedeutet nicht nur eine konkrete Errungenschaft, sondern hat eine kollektive Bedeutung und symbolisiert noch eines der letzten lebendigen Produkte einer Geschichte sozialer Auseinandersetzungen. Das Konzept des öffentlichen Dienstes und damit der *„Sécu"* stammt von Léon Duguit

---

Fortsetzung: Deutsche Hegemonie

genüber dem Observer gekontert, Rifkind wolle die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion „torpedieren". Die Kohl-Rede in Leuwen hatte in GB ein kräftiges Medien-Echo, in dem die deutschen Anmaßungen zurückgewiesen wurden. Hier stellvertretend für viele ein Zitat aus der Sunday Times: „Wenn man sich nicht darauf verlassen kann, daß Deutschland in einem Europa der Nationen verantwortlich handelt, dann kann sein gutes Betragen kaum dadurch garantiert werden, daß man seine Macht in einer in EWWU umgetauften DM-Zone tarnt." (10) Der Sunday Express schrieb vom „Möchtegern-König" Kohl (11). Im „Independent" stand zu lesen, Kohl, der „rasselnde Panzer" habe die „allgemeine Wahrheit" gesagt, aber „die demokratischen Fragen, die von einer einheitlichen europäischen Wirtschaftspolitik entschieden würden, weit weg von den Wählern, könnten unsere Politik genauso destabilisieren wie ein moderner Nationalismus." (12)

Die „allgemeine Wahrheit" über Deutschland scheint auch in England nur noch die antieuropäische Minderheit der Konservativen zu erschrecken. Mehrheitlich findet man sich mit den politischen und ökonomischen Voraussetzungen der deutschen Vormacht so ab, wie schon die kürzlich noch so Deutschland-kritischen Niederländer. Mögliche antideutsche Stimmungen dürfen dann im jährlich wiederkehrenden Urlauberkrieg zwischen „Bild" und „Sun" abreagiert werden. Im übrigen weist der Vorsitzende der britischen Liberaldemokraten, Ashdown, dessen Partei als möglicher Juniorpartner einer von der proeuropäischen Labour-Partei geführten Regierung gehandelt wird, schon heute jede antideutsche Haltung aufs perfideste in die Schranken. Das Deutschlandbild von Teilen der britischen Öffentlichkeit sei vergleichbar mit der britischen Haltung gegenüber den Juden vor 80 Jahren. (13)

Karl Nele / Justus Wertmüller

Anmerkungen:

1) Tagesspiegel 19.2.96
2) Wiedergabe im International Herald Tribune 5.2.96
3) vgl. dazu Bahamas 15, S.16
4) Anmerkung von H.Möller in Bahamas 15
5) Handelsblatt 5.2.96
6) Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, 7/96
7) Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, 9/96
8) Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, 12/96
9) Handelsblatt 5.2.96
10) Handelsblatt 5.2.96
11) FR 9.2.96
12) Spiegel 7/96, S.132 und SZ 5.2.96
13) FAZ 9.3.96

(1859–1928), der darin die Grundlage und Rechtfertigung des Staates sah. Diese Idee hat nichts mit der bürgerlichen Zivilgesellschaft gemein, sondern mit einer Klassengesellschaft, die die Veränderung der Welt über den Klassenkampf erreicht. Die heutige Beliebtheit des öffentlichen Dienstes stimmt schon lange nicht mehr mit dessen Effektivität überein. Der Konflikt von 95 kümmerte sich gar nicht um das Funktionieren dieser Dienstleistungen, ihre „vernünftige Verwaltung" wird vorausgesetzt. Die *Services publics* repräsentieren eine symbolische Alternative zur Allmächtigkeit des Marktes, eine kleine Planwirtschaft inmitten des härter werdenden Kapitalismus. Die Streikbewegung vom Dezember 95 war auch deshalb populär geworden, weil die *Sécu* und die *Services publics* die letzten kollektiven Werte der Arbeiterbewegung in einer von Individualisierung geprägten Gesellschaft darstellen.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die den Streik im wesentlichen getragen haben, stehen als letzte für den Typus des „fordistischen Arbeiters". Sie verfügen über einen festen Arbeitsvertrag und haben Vorteile von sozialen Einrichtungen wie Kindergrippen, Urlaubsdörfern, verbilligten Einkaufsmöglichkeiten, niedrigeren Sozialversicherungsbeiträgen etc. Der öffentliche Dienst entzieht sich der ökonomischen Konkurrenz noch bis zu einem gewissen Grad und bekräftigt das Gefühl, es können Verbesserungen innerhalb des Systems erreicht werden. Der Juppé-Plan wurde auch zurückgewiesen, weil er mit dem öffentlichen Dienst das bestehende System der sozialen Reproduktion in Frage stellte.

Der Streik im Winter 95 war die erste Bewegung in Europa, die sich bewußt gegen die Maastricht-Bedingungen auflehnte. Frankreich Maastricht gerecht zu gestalten, bedeutet den öffentlichen Dienst komplett auf den Kopf zu stellen. Seit Mitte der 70er Jahre versuchte jede neue Regierung Privatisierungen und Erhöhung der Produktivität in diesem Bereich durchzusetzen. Jedesmal mußte sie die Pläne wieder in die Schublade stecken, da sie sich immer einer sozialen Macht gegenübersah, gegen die sie nichts ausrichten konnte – außer minimalen Veränderungen, die das Grundprinzip der *Services* nicht in Frage stellten. Dieses Mal blieb es aber kein innerfranzösisches Problem zwischen Staat und Arbeitern, sondern erhielt eine europäische Dimension. Arbeitsbedingungen dieser Art haben im Maastricht-Europa keinen Platz. Die Streikenden wandten sich weniger gegen die Idee von Europa, es fiel häufig der Begriff eines „sozialen Europa", sondern gegen ein „Europa der Märkte", das nur prekäre Arbeitsbedingungen schafft. Der Anti-Maastricht Aspekt des Konfliktes wurde quasi erst von oben hineingetragen, da Juppé seinen Plan damit rechtfertigte, er müsse die Staatsfinanzen für die gemeinsame Euro-Währung in Ordnung bringen. Die Staatsverschuldung soll von 5 % auf 3 % des Bruttosozialproduktes bis 1997 gesenkt werden. Die eigentlichen Ursachen des Defizits liegen in der Politik des *franc fort* begründet, dem künstlichen Stabilhalten der Währung gegenüber der D-Mark durch hohe Zinsen. Die Reaktion auf Juppés Sparpläne kam prompt: Wenn Europa bedeutet, daß wir ein schlechteres Leben haben sollen, dann sind wir dagegen. Dies reichte allerdings nicht bis zum Generalstreik. Die in der Privatwirtschaft Beschäftigten zogen nur ansatzweise mit, aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu gefährden.

Der Streik 95 startete unter anderen Bedingungen als 1986. Die Studenten aus Nanterre solidarisierten sich mit dem erfolgreich streikenden Reinigungspersonal ihrer Universität, das sich für höheren Lohn stark gemacht hatte. Die Ankündigung der Regierung, die Sozialversicherung für Großteile der Bevölkerung kostspieliger zu machen, sorgte dann für die langsame Ausbreitung des Streiks. Die Regierung weigerte sich schlichtweg, ihre Schulden bei der mit 230 Milliarden verschuldeten *Sécurité Sociale* zu zahlen. Die Ankündigung des Sanierungsplans brachte das Faß dann zum überlaufen. Die Bewegung bestand aus einer großen Anzahl immer neuer Streiks. Die Haltung der Streikenden war überaus defensiv, da der Erhalt des Status quo bei der Sozialversicherung und im weitesten Sinn bei den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst gefordert wurde. Die Forderungen lauten: Vollständige Rücknahme der geplanten Sozialversicherungsreform, die Erhaltung des Rentenstatus bei den Eisenbahnern und den Beschäftigten der Metro, Erhöhung des Mindestlohnes (SMIC), Force Ouvrière (FO) forderte die sechste Urlaubswoche und einige Lohnerhöhungen. Seit 28 Jahren wird die Sozialversicherung von der Gewerkschaft FO finanz- und verwaltungstechnisch getragen, die Arbeitslosenkasse liegt in der Hand der sozialdemokratischen Gewerkschaft CFDT. Dies beruht auf einer 1945 formulierten Forderung nach „sozialer Demokratie", die auch in diesem Streik von einigen Gewerkschaften erhoben wurde. Mit „sozialer Demokratie" ist die Forderung verbunden, in den wichtigsten staatlichen Institutionen und Verwaltungseinheiten eine Mitverwaltung einzuführen.

Die Streikbewegung bündelte die gesellschaftliche Unzufriedenheit und überschritt schnell den von den Gewerkschaftszentralen vorgegebenen Rahmen. 1986 verlangten die Streikenden die Rücknahme eines Gesetzentwurfs, der die Studienbedingungen verschlechtert hätte. Hohe Studiengebühren und der Abbau von Stellen an den Universitäten waren im Gespräch. Der Streik von 95 dagegen fordert nicht nur die Rücknahme eines bestimmten Projektes, sondern war eine Mischung aus vielen Einzelstreiks und einer Haltung von „jetzt reichts" gegen die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen. In Frankreich war die Inflationsrate schon höher als in der BRD vor 89. Es gab keinen deutlichen ökonomischen Einschnitt wie in der Bundesrepublik seit 1989, sondern eine langsame aber stetige Aufweichung des Ende der 60er Jahre erkämpften Lebensstandards. Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen wurden immer erstritten, nie von oben geschenkt.

Ein Streik, der sich allgemein gegen den Abbau sozialer Leistungen richtet und für die Sicherung von Arbeitsplätzen eintritt, erhält schnell eine politische Dimension, was für Frankreich nichts Besonderes darstellt. Die politische Dimension besteht am meisten darin, daß das politische Personal ausgetauscht wird, in den seltensten Fällen in Radikalisierungen wie 1968.

Die Gewerkschaften

Bei den Eisenbahnern waren die sechziger und siebziger Jahre die Hochzeit der sogenannten „wilden Gewerkschaften" und „wilden Streiks". Seit einem Jahrzehnt bestimmen die *Coordinations* die Streiks. Sie entstehen während eines Konfliktes und koordinieren die einzelnen Auseinandersetzungen. Die Idee stammt von 1968, bezieht sich auf die Rätedemokratie und begeisterte vor allem die Eisenbahner (1978 und 1986), die Krankenschwestern und die Postler. Meistens werden die *Coordinations* von Gewerkschaftern an der Basis gegründet, die unter der Fahne der Einheit der Arbeiterbewegung behaupten, sich politisch von keiner Partei an der Macht vereinnahmen lassen zu wollen. Dabei geht es um die Einheit der Aktion, bei der Unorganisierte und Gewerkschafter zusammen agieren sollen und nicht um die Institutionalisierung eines Apparates.

Die Zersplitterung in viele Gewerkschaften beinhaltet verschiedene gewerkschaftliche Konzeptionen. Die beiden Gewerkschaftszentralen CGT (Confédération Générale du Travail) und FO (Force Ouvrière) repräsentieren in ihrer politischen Haltung und teils auch personell die beiden größten linken Parteien, die KPF und die PS. Die CFDT, auch eine sozialdemokratische Gewerkschaft, orientiert sich an der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Einheitsgewerkschaft, dem DGB. Die für betriebliche Mitbestimmung eintretenden

Organisationen wie die CGC (Confédération Générale des Cadres) und die CFDT (Confédération Francaise Démocratique du Travail) (2) sind bei Verhandlungen die ersten, die eine Einigung unterzeichnen, während die CGT es oft auf militante Auseinandersetzungen – außer in der Periode ihrer Regierungsbeteiligung – ankommen läßt. In Frankreich wird eine Betriebsvereinbarung rechtskräftig, wenn sie von einer einzigen, auch einer Minderheitsgewerkschaft unterzeichnet worden ist. Auch wenn die französischen Gewerkschaften Mitglieder verlieren, blieb ihre Funktion als Repräsentation der Streikenden und Interessensvertretung erhalten. Es gibt keinen Betriebsrat in französischen Unternehmen, sondern gewerkschaftlich orientierte Obfrauen und -männer.

In diesem Winter waren die Gewerkschaften kaum mehr Transmissionsriemen der politischen Parteien, an denen sie sich orientieren. Der Einfluß den sie ausübten, erklärt sich eher aus der politischen Einflußlosigkeit der Parteien auf die Bewegung. Sie sind die einzigen linken Kräfte, die nach dem Abklingen des linken Aktivismus Ende der 70er Jahre noch existieren. Sie legitimieren und profilieren gewissermaßen traditionelle linke Positionen, wenn sie sich der Bewegung anschließen. Die Rolle der Gewerkschaften ist zwar für die Mobilisierung wichtig gewesen, doch verkörpern sie selbst keine große Macht mehr, nachdem lediglich 9 % gewerkschaftlich organisiert sind, was unter den Industrieländern dem niedrigsten Organisationsgrad entspricht. Die CGT verlor in den letzten 15 Jahren ein Drittel ihrer Mitglieder. Bei den beiden anderen großen Gewerkschaften sah es nicht besser aus. Die CFDT zog die Konsequenz daraus, sich verstärkt als Ansprechpartnerin für Staat und Kapital anzudienen. Die Generalsekretärin Nicole Notat solidarisierte sich schnell mit dem Juppé-Plan und träumt von einer Gewerkschaftsbewegung wie in Deutschland.

Das Industrieland mit dem niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu sein, war für Frankreich lange Zeit ein Argument für seine Standortstärke. Im öffentlichen Dienst gibt es mehr Gewerkschafter als in der Privatwirtschaft. Er ist ebenfalls die Bastion der politischen Linken. CGT und FO spielten aus unterschiedlichen Gründen neben der Gewerkschaft SUD (3), einer linken trotzkistischen Abspaltung der CFDT, die wichtigste Rolle im letzten Streik in Bezug auf die Mobilisierung und den organisatorischen Hintergrund. FO, die sonst eher gemäßigt auftritt, stellte sich an die Spitze der Bewegung, weil ihr die Verwaltung der Krankenkassen weggenommen werden soll. Die Gesamt-CGT unterließ aber einen allgemeinen Aufruf zum Streik. Sie überließ es ihren Mitgliedern vor Ort. Die CGT sieht in dem Streik keine politische Perspektive, die es der Kommunistischen Partei Frankreichs ermöglichen würde, sich an der Macht zu beteiligen, weswegen sie auch keine Linksregierung gefordert hatte. Zunächst ignorierten die Gewerkschaften 1995 eine hartnäckige Unzufriedenheit an der Basis. Die CGT und FO initiierten dann aber die Streiks bei der SNCF und der RATP (Metro).

Der Streik und der grüne Tisch

Das Fehlen einer starken sozialdemokratischen Tradition trägt dazu bei, daß im Nachbarland bei sozialen Konfliken eine Vermittlung über die Aktion erzwungen wird. In einem Land mit einer kommunistisch geprägten Tradition spielen Konflikte immer eine größere Rolle als in Ländern mit einer die Arbeiterbewegung dominierenden Sozialdemokratie, wie in Deutschland oder Schweden. Die französischen Sozialisten gründeten 1905 die SFIO (Séction Française de l'Internationale Ouvrière) und vereinten damit mehrere sozialistische Strömungen und Grüppchen. Die SFIO verstand sich als eine Partei des Klassenkampfes und der Revolution. Sie forderte die sofortige Verwirklichung von Reformen und war gerne bereit, sich in die repräsentative Demokratie Frankreichs einzufügen. Auf dem Kongreß von Tours 1920 spaltete sich die Sozialistische Partei. 3200 Delegierte wollten den Beitritt zur III. Internationale, 1000 blieben bei der SFIO. 1936 hatten die Sozialisten unter Léon Blum die stärkste Parlamentsfraktion aber die eigentliche Nutznießerin der Volksfront und des Antifaschismus blieb die KPF, während die SFIO im antifaschistischen Kampf kaum auftauchte. Die Sozialisten waren nach dem Zweiten Weltkrieg eher eine Partei von Berufspolitikern, die gerne mit den Parteien der Mitte koalierten, als eine militante Arbeiterpartei. 1971 kam es auf dem Kongreß von Epinay zum Führungswechsel. Der alte Name wurde aufgegeben und der bisher nicht als Mann der Linken bekannte Mitterand ihr Generalsekretär. Vor dem Krieg rivalisierten KPF und SFIO um die Führung in der Arbeiterbewegung. In der Nachkriegszeit gewann die KPF, obgleich sie sich genau wie die Sozialisten, als Partei des ganzen französischen Volkes verstand, die politische Hegemonie über die Arbeiter. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in zwei große Parteien, hatte sich in der Nachkriegszeit zugunsten der Kommunisten bereinigt.

In Frankreich gibt es keinen institutionalisierten grünen Tisch. Arbeitende und ihre Vertreter werden zu Entscheidungen nicht hinzugezogen. Eine Reform oder ein Projekt werden der Öffentlichkeit vom Staat oder von der Unternehmerseite vorgestellt. Die Lohnabhängigen beschäften sich demzufolge auch nicht direkt damit, ein „gemeinsames Boot" aus dem Dreck zu ziehen. Erst wenn sie für ihre Interessen aktiv werden und Entscheidungen staatlicher oder unternehmerischer Seite ablehnen, sind diese geneigt zu verhandeln. In welcher Form die Verhandlungen dann stattfinden, hängt von dem jeweiligen Konflikt ab. Ende Dezember 1995 fand ein Sozialgipfel statt, den die Streikenden gefordert hatten, um die „Reform" zu kippen. Juppé empfing einzeln Vertreter von acht verschiedenen Gewerkschaften und besprach mit ihnen alle anderen Forderungen des Streiks außer dem Sanierungsplan der Sozialversicherung. Die Ergebnisse waren für beide Seiten bescheiden, Juppé hatte nichts erreicht und die Bewegung war zu Ende. Manchmal wird auch gar nicht verhandelt. Der Druck eines Konfliktes brachte manche Firmenleitung zur Ankündigung von Lohnerhöhungen oder zur Rücknahme geplanter Maßnahmen. Während in Deutschland der Streik als Drohung mit am Verhandlungstisch sitzt, bedarf es in Frankreich des Streiks, um überhaupt an den Verhandlungstisch oder zu Ergebnissen zu kommen. Der Streik übernimmt im übertragenen Sinne die Rolle eines Schlichters. Gewerkschaften sind als Schaltstelle zur Kanalisierung von Stimmungen nur bedingt einsetzbar. Ihre Rolle gegenüber Unternehmern und Staat sehen sie traditionell nicht am grünen Tisch sondern in der Durchsetzung ihrer Forderungen.

Das erste Diskussionsangebot Juppés am 5.12.95 in der Nationalversammlung war eine erwartete Reaktion auf die immer stärker werdende Streikbewegung. Die Militanz der 4000 Bergleute bei Freyming Merlebach, die Teile der Produktionsstätten besetzten, Barrikaden bauten und sich mit der Polizei prügelten, gehört genauso zum Spiel von Vermittlung durch Konflikt, wie die vor Jahren getroffene Absprache zwischen den Gewerkschaften bei den Elektrizitäts- (EDF) und Gaswerken (Gaz de France), bei Streiks nie gleichzeitig die Energie zu kappen. So wenig es festgeschriebene Regeln der Vermittlung in Frankreich gibt, so wenig standardisiert ist auch der Ausgang eines Konfliktes. Das Kräfteverhältnis zwischen den Konfliktparten allein bestimmt den Ausgang und die neue, darauf folgende Situation. Dies gilt auch für die fast immer am Ende einer durch Konflikt erzwungenen Vermittlung auszuhandelnde Regelung der Streikfolgen. Dabei wird von Unternehmern und den Gewerkschaften ein Papier unterzeichnet, das festlegt wie mit der ausgefallenen Arbeitszeit zu verfahren sei. Je nach Kräf-

teverhältnis verlangen Staat oder Kapital unbezahlte Überstunden. Der Staat als Arbeitgeber erstattet den Streikenden manchmal den Verdienstausfall. Darüber hinaus gibt es auch Formen der Selbsthilfe.

Solidarität und Aneignung

Der Angriff auf die Sozialversicherung wurde als ein Vertragsbruch des republikanischen Paktes zwischen Staat und Bürgern angesehen, nach dessen Ideal der Staat ökonomische Pflichten auferlegt und dafür soziale Rechte gewährleisten muß. Durch ihn glauben die Bürger einen Anspruch auf flächendeckende Versorgung (wie z.B. Krankenhäuser) und gleiche Behandlung ableiten zu können, der im Zweifelsfall durch die Wahrnehmung der politischen Rechte erstritten werden soll. Die Verteidigung der *Services publics* wird deshalb auch nicht nur von den dort Beschäftigten als Selbstverständlichkeit betrachtet.

Es hat Tradition in Frankreich, daß zunächst bestimmte soziale Gruppen – 1986 waren es die Studenten, 1995 die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – stellvertretend für den Rest auf die Straße gehen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verfügen über weniger prekäre Arbeitsbedingungen als die in der Privatwirtschaft Beschäftigten. Die Beschimpfung der Streikenden als „Privilegierte" legt nahe, daß diejenigen, die solche Begriffe anwenden, prekäre Arbeitsbedingungen ohne soziale Absicherung für die erstrebenswerte Normalität halten. Jedenfalls konnten sich die Diffamierungsversuche nicht durchsetzen. Die Streikbewegung vom November/Dezember 95 wurde durch eine breite Solidaritätswelle – Umfragen zufolge 62 % der Bevölkerung – getragen.

Da Streikende von den Gewerkschaften keinen Verdienstausfall erhalten, tut Unterstützung jeder Art not. Selbsthilfe, Aneignung und Unterstützung gingen in diesem Konflikt Hand in Hand. Die Minenarbeiter des Nordens erhoben einen Wegzoll von 10 FF auf der Autobahn, der ihnen recht umstandslos gewährt wurde. Die Universitätsklinik von Kremlin Biceêtre gewährte kostenlose medizinische Versorgung, die Elektrizitätswerke von Brest gaben Strom zum niedrigeren Nachttarif ab, in Finistère gab es ihn für 100.000 Anwohner sogar gratis. Die CGT rief dazu auf, daß sich die Haushalte, deren Strom abgestellt worden war, weil sie keine Rechnung bezahlen konnten, bei den Streikposten melden sollen, um sie wieder mit Strom zu versorgen. Diese Aktionen trugen erheblich zur Beliebtheit des Streikes bei. In Marseille solidarisierten sich Handwerker und Geschäftsleute mit den Streikenden. Die Obdachlosen demonstrierten häufig mit den sogenannten „Privilegierten". Der Grund für die erweiterte Basis der Streikenden liegt zum Teil darin, daß die erhobenen Forderungen gegen die allgemeine Verschlechterung der Lage gerichtet waren. Die anrüchig anmutende Solidarität von Kleinunternehmern liegt auf einer anderen Ebene. Sie ist der Einsicht geschuldet, daß wenn alle arm sind, niemand mehr bei ihnen einkauft. In diversen Atomkraftwerken (Blayais u.a.) wurden Sabotageakte begangen. Kochsalz wurde in den Sekundär-Kreislauf gekippt, damit die Stromproduktion gedrosselt werden mußte. Derartige Aktionen stehen dafür, daß in jenen Tagen die Einsicht sehr verbreitet war, es könne nur einen kollektiven Ausweg aus der Krisensituation geben.

Wer sich gar nicht solidarisieren wollte, waren die „Kettenhunde der Bourgeoisie" (4), d.h., die meisten französischen Intellektuellen, die sich beflissen hinter Juppé stellten und in dem Streik nur etwas Überholtes und Archaisches entdecken wollten. Die Sklavensprache von der „sozialen Reform" und den vermeintlichen „Privilegien", die die Streikbewegung sich anschickte zu verteidigen, wurden für bare Münze genommen. André Glucksmann, der sich in den letzten Jahren vor allem durch brachialen Antikommunismus hervortat, bezeichnete den Streik triumphalistisch als den letzten seiner Art. Allein Pierre Bourdieu stimmte nicht in den konformistischen Kanon seiner Kollegen ein, sondern richtete sich aufmunternd nach der großen Demonstration vom 12.12. an streikende Bahnarbeiter und forderte „eine Internationale von kritischen Intellektuellen und sozialen Bewegungen". Allerdings singt er ein Loblied auf die deutschen Gewerkschaften, die er mit der französischen Arbeiterbewegung verknüpfen möchte. Sein Bezug auf den DGB hat weniger mit dessen Inhalten und Selbstverständnis zu tun, als mit dessen, von Bourdieu bewunderter, Organisationskapazität. Aber vorerst ist der Soziologe noch mit der Suche nach kritischen Intellektuellen beschäftigt.

Die Rezeption des Streiks in Deutschland

Was in der BRD regelmäßig auf Mißverständnisse stößt, ist der Gegensatz zwischen der Form spontaner, militanter und im Verlauf eines Konfliktes immer unkontrollierter werdender Demonstrationen und ihrem beschränkten Inhalt. Militanz wird hierzulande immer als Radikalität mißverstanden, auch wenn es um die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, wie Arbeitserhalt oder Lohnerhöhungen geht. Die in Frankreich fast immer radikale Form

CHRONOLOGIE

16.11. und 21.11.95: Studentendemonstrationen in Paris
23.11.95: Landesweiter Aktionstag. Motto: „Verteidigung der Sozialversicherung". Die Eisenbahner (SNCF) stellen den Kern.
25.11.95: 1. Streiktag des öffentl. Dienstes.
30.11.95: Ausweitung des Streikes auf Elektrizitäts-, Gaswerke und Post. Demos in mehreren Städten gegen die Sparpolitik.
1.12.95: Studentendemonstrationen in Paris und Provinzstädten mit ca. 160.000 von 2,2 Millionen Studenten. Demos in Le Mans, Lyon, Montpellier der Eisenbahner, Postler und Renault-Arbeiter. In Paris beteiligen sich ca. 10.000 an militanten Auseinandersetzungen. Die Uni von Jussieu wird besetzt.
3.12.95: Force Ouvrière (FO) und CGT versuchen die Streiks auf die Privatwirtschaft auszudehnen. Die Metroarbeiter (RATP), France-Télécom, Air France und Air Inter, die Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Banken inkl. der Banque de France streiken mit. In Bordeaux beteiligen sich Taxifahrer, Obdachlose und Feuerwehrleute an Demos.
5.12.95: Juppé bietet vor der Nationalversammlung den Gewerkschaften Verhandlungen an. Eine halbe Million beteiligt sich an den Protestmärschen, allerdings folgt die Privatwirtschaft kaum. Bei Renault gibt es einen Aktionstag, bei Michelin wird gestreikt. Der bisherige Höhepunkt des Streiks ist erreicht. Der Verkehr in der Hauptstadt und wichtigen Provinzstädten ist lahmgelegt. In Arles gibt es Stromausfall, in Paris und Nantes Randale.
8.12.95: Militantes Auftreten in Nantes, Paris, Montpellier und Freyming Merlebach. 4000 Bergleute fordern Lohnerhöhung.
10.12.95: Juppé erklärt sich bereit, die Gewerkschaftsvorsitzenden zu treffen. CGT und FO machen den Verzicht auf die Sanierung der Sozialversicherung nicht mehr zur Bedingung von Gesprächen und akzeptieren einen „Sozialgipfel".
11.12.95: Einzelgespräche zwischen Juppé und acht Gewerkschaftsvorsitzenden. Bei den acht Neuwahlen im Lande gewinnt die Linke drei Sitze. Juppé macht den Eisenbahnern ein Zugeständnis: Sie dürfen weiterhin mit 50 Jahren pensioniert werden. Neue Kundgebungen.
12.12.95: Landesweiter Aktionstag. Demonstrationen mit mehreren 100.000 Personen. Die Bergleute in Lothringen beenden ihren Ausstand.
18.12.95: Langsames Abflauen der Streiks. Konzessionen zur Ruhestandsregelung wurden erreicht; der Sanierungsplan der SNCF wird verschoben.
21.12.95: Sozialgipfel mit fünf Gewerkschaftsvertretern, drei Unternehmerverbänden, Juppé und acht Ministern. Der Sanierungsplan der Sozialversicherung steht nicht zur Diskussion. Die CGT demonstriert in Paris.
4.1.96: Juppé macht Vorschläge zur Kontrolle der Lohnkosten bei den Staatsbetrieben. Die Lohnerhöhungen sollen vom wirtschaftlichen Zustand der jeweiligen Unternehmen abhängig gemacht werden. CGT und FO nennen diesen Vorschlag eine Provokation.

der Auseinandersetzungen, korrespondiert nicht unbedingt mit einem radikalen Inhalt. So auch bei den Forderungen im Winter 1995: „Pas touche à la Sécu." „Unité et Grève générale pour le retrait du plan Juppé." „Pour un front syndical unitaire." „Dehors le gouvernement Juppé!" „Juppé, t'es foutu, les pétasses sont dans la rue!" „Non à la privatisation. Contre patronat et gouvernement, tous unis nous vaincrons." etc. etc. (5) Eine Verwechslung von Gewalt mit unkontrolliertem Verhalten, die in Frankreich eher von offizieller Seite, d.h. Politikern, Journalisten, Gewerkschaftsbürokraten, zur Denunziation taktisch angewandt wird, wird in der BRD generell vorgenommen. In der Linken wird von der Militanz auf radikale Inhalte geschlossen, die deutsche Presse erinnerte den französischen Staat an sein Gewaltmonopol und forderte ihn auf, die Ordnung wieder herzustellen. Der Streik wird als gemeinschaftsgefährdend entlarvt und entsprechend denunziert. Die Maastricht-Tauglichkeit der französischen Republik stehe auf dem Spiel, schulmeisterte die deutsche Presse und pries in hohen Tönen ihr „Modell Deutschland" für ganz Europa an.

Diskurstheoretiker haben gewiß ihre reinste Freude an diesem Konflikt. Die Plünderung der Sozialversicherung durch den französischen Staat nennt sich „Reform", den Streikenden wird vorgeworfen ihre „Privilegien", nicht ihre Rechte, zu verteidigen. Solche Wortschöpfungen, die in Frankreich erkennbar in der ideologischen Auseinandersetzung eingesetzt werden, nimmt man hier für bare Münze. Die Einschränkung der Sozialversicherung wird von der „Zeit" „Aufbruch in die Zukunft" (8.12.95) genannt. Überhaupt findet die mieseste Berichterstattung nicht wie erwartet in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), sondern in den Wochenblättern „Die Zeit" und „Der Spiegel" statt. „Die Zeit" jubelt die deutsche Verstaatlichung der Arbeiterbewegung als non plus ultra hoch und kommentiert den französischen Streik als „eine konservative Verteidigung von Privilegien und Partikularinteressen." F. Gsteiger rät am 29.12.95 aufmunternd:

„Wenn solche Gipfeltreffen (der Sozialgipfel von Regierung und Gewerkschaftsvertretern) künftig auch in emotional weniger belasteten Zeiten stattfinden und zur Routine werden, wäre dies ein großer Fortschritt für die unterentwickelte französische Dialog- und Verhandlungskultur." Zeitschreiberlinge haben auch längst begriffen, daß dieser „Aufstand der Privilegierten" (8.12.) hoffnungslos sei, da „Reformen einfach unumgänglich sind".

Der Spiegel freute sich über den pragmatischen Inhalt des Streiks und über das Fehlen einer politischen Alternative im Gegensatz zu 1968: „Doch hinter der Empörung steht dieses Mal keine einigende politische Idee". (5/95, S. 136) Der französische Staatsglaube sei dafür verantwortlich, daß „rationale Streikverhandlungen" überaus schwierig seien. Der „Experte" Cohn-Bendit durfte den Franzosen in der gleichen Zeitschrift wiedereinmal schlechte Ratschläge über Mitverantwortung und sozialen Dialog erteilen. Er bedauert, daß es dort kein Bündnis für Arbeit gebe und beschuldigt den Streik, Frankreich in den Abgrund „zu surfen".

Die Berichterstattung der FAZ blieb im politischen Teil parteiisch und reaktionär, während das Feuilleton sich zu einigen postmodernen euphorischen Äußerungen hinreißen ließ. Witz und Gewaltlosigkeit wurden gewürdigt, auch wenn ein paar Seiten vorher die französischen Medien der „Meinungsmanipulation" beschuldigt wurden. Obgleich die französische Presse zunächst den Juppé-Plan würdigte, berichtete sie von der Solidarität der Franzosen in diesem Konflikt. Die Frankfurter Rundschau brachte die Position der bundesdeutschen Presse auf den Punkt: „Vom Ausgang des Streiks gegen die Reform hängt die Teilnahme an der Euro-Währung ab." (5.12.95) In der Tat forderte Brüssel schon vor einem Jahr, daß die französische Eisenbahn einen Strukturplan vorlegen müsse. Balladur stellte ihn zurück, um die Wahl zu gewinnen, was ihm dennoch nicht gelang. Jetzt steht der Strukturplan erneut auf der Tagesordnung. Auch die Privatisierung von France Télécom wird von Brüssel verlangt. Bereits beim Maastricht-Referendum stimmte die Hälfte der Franzosen dagegen. Die KPF führte damals eine Anti-Maastricht-Kampagne und rief auf, mit Nein zu stimmen. Der leicht nationalistische Unterton verlor sich im Zuge des Streiks im Winter '95, der nichts gegen Europa, aber viel gegen die Maastricht Bedingungen einzuwenden hatte. Insgesamt spielte sich die bundesdeutsche Presse aus dem ruhigen Bündnis-für-Arbeit-Deutschland als Lehrmeisterin auf, die den Streik als „korporatistischen Reflex" begriff, weil vom französischen Staat nicht nur das Unterlassen der Deregulation gefordert wurde, sondern auch der Erhalt des Status quo. Die Generalsekretärin der CFDT, die für eine eher korporatistische Lösung, mit Deutschland als Vorbild votierte, wurde dagegen zu ihrer „verantwortungsvollen" Haltung beglückwünscht. Nicole Notat erstrebt betriebliche Mitbestimmung und Mitverantwortung und hofft, die CFDT in so etwas ähnliches wie die IG Metall verwandeln zu können.

Völlig unverständlich blieb den deutschen Kommentatoren die praktische Solidarität der französischen Bevölkerung mit den Streikenden. Daher auch der Verdacht auf „Meinungsmanipulation" in der französischen Presse, die auch bei länger andauerndem Streik weitgehend auf der Solidarität der nicht streikenden Bevölkerung bestand. Die deutsche Presse wiederum konnte die Franzosen in der Regel nur bemitleiden: „(...) die Franzosen litten. (...) Bahnhöfe waren zugesperrt. In Paris rollte keine Metro. Die Linienbusse verstaubten allmählich in den Depots. Es wurde fast nirgendwo Post zugestellt, Gas- und Stromversorgung brachen zusammen. Krankenhäuser arbeiteten mit Notschicht. Viele Banken schlossen ihre Schalter." (Spiegel 50/95). In der FAZ wurden die Obdachlosen bedauert, die es durch den Streik noch schwerer hätten.

Die Bewertung des Streiks in der französischen Presse war von erheblicher Bedeutung für den gesamten Verlauf des Streiks. Wegen der Schwäche der organisierten Arbeiterbewegung war die positive öffentliche Rezeption um so wichtiger. Die Streiks wandten sich direkt an die Öffentlichkeit. Der Öffentlichkeitsarbeit wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Streikenden bemühten sich in erster Linie um die Medien und dann erst um Gehör bei staatlichen Stellen. Über die Medien wurde auch die Kritik an der Unzulänglichkeit des staatlichen Vorgehens und an dessen Unrechtmäßigkeit breiter zementiert.

Die Solidarität hierzulande hielt sich stark in Grenzen. Der DGB bekundete schüchtern Solidarität, allerdings kritisierte er nur die „Art und Weise der Einschnitte ins soziale Netz", nicht die Einschnitte überhaupt (Junge Welt vom 6.12.95). Das Opel-Werk Eisenach rief die französischen Kollegen in einer IGM-Resolution zum Durchhalten und zur Gewaltlosigkeit auf. Die Firmenleitung der Opel AG weigerte sich die als Folge des Streiks im Nachbarland ausgefallenen Arbeitsstunden, zu zahlen. Das Mißfallen richtete sich allerdings gegen die französischen Kollegen, nicht gegen das eigene Management. Viele der Opelarbeiter hatten durch die drohende Blockierung der LKW-Transporte Angst vor Kurzarbeit. Von den 1900 Beschäftigten sind ca. 50 % in der IGM organisiert, davon waren auf der Mitgliederversammlung, die die oben genannte Resolution verabschiedete nur 34 anwesend. (Junge Welt vom 6.12.95)

Gleichheit und Klassenkampf

Der Streik in Frankreich vom November/Dezember 95 bewegte sich zwischen (militanter) Aktion und Forderungen an den Staat im Fahrwasser republikanischer Traditionen. Es ist in Frankreich weit verbreitet, die französische Republik in der Tradition der Französischen Revolution als

politische Repräsentantin von Gleichheit und Gerechtigkeit anzusehen. Dieses Verständnis ist politisch aufgeladen im Gegensatz zur patriarchalisch geprägten Konzeption des deutschen Wohlfahrtstaates. Die Tatsache, daß im spätkapitalistischen Frankreich derartige Auseinandersetzungen um soziale Fragen stattfinden und in der BRD der Klassenkampf längst überwunden scheint, hängt mit der Ideologie der Revolution und dem damit verbundenen französischen Selbstverständnis als Citoyen und Bourgeois zusammen. Der jüngste Streik ist auch Ausdruck eines Verständnisses von Volkssouveränität, das über die Teilnahme an Wahlen hinausgeht und als Garant von Gleichheit und Gerechtigkeit angesehen wird. Entscheidende Grundlage dieser Volkssouveränität bleibt, daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung trotz aller Unvollkommenheit als gegeben hingenommen wird. Daß die Forderung nach Gleichheit bzw. Gleichbehandlung im Spätkapitalismus einen utopischen Zug besitzt, obwohl sie bereits vor 200 Jahren revolutionär gestellt wurde, ändert daran nichts.

Die Philosophie der Französischen Revolution lehrt, daß die Individuen Rechte besitzen, die ihnen niemand, auch nicht die Gesellschaft, entziehen kann. Rousseaus *contrat social* verliert seine Gültigkeit, wenn Ungleichheiten entstehen, denn dies verstößt gegen die Grundsätze des Naturrechts. Robespierres *ceterum censeo* im Nationalkonvent besagte, daß diejenigen, die mit ihren eigenen Interessen zu sehr beschäftigt sind, es nicht verdienen, das Volk zu vertreten, sie müssen im Interesse der Nation abgesetzt werden. Robespierre deklarierte den Dritten Stand zum Gemeinwillen, der Abbé Sieyès identifizierte ihn mit der Nation, Marat setzte Volk und Proletariat, also den Vierten Stand, in eins. In dieser Tradition wurde der Klassenkampf als Beziehung zwischen Büger und Staat zu einem konstruktiven Bestandteil der französischen Nation. Die bürgerliche Gesellschaft als sozialer Zusammenhang von Individuen durch das Kapital schuf den Bürger und definierte ihn durch dessen produktive Arbeit für sich selbst und den Staat. Dem produktiven Bürger wiederum ist der Staat verpflichtet. Die positive Beziehung zur produktiven Arbeit, die die gesamte Arbeiterbewegung kennzeichnete, bleibt die Grundlage des in Frankreich noch lebendigen Klassenbewußtseins.

Während des Streiks realisierte sich die Vermittlung des ökonomischen Bourgeois mit dem politischen Citoyen. Die Arbeitenden besinnen sich auf ihre politischen Rechte und klagen damit soziale Gerechtigkeit ein. Der Staat wiederum erhöht seine Anforderungen an das produktive Individuum in der Krise. In diesem Fall verlangt er die Akzeptanz einer allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen. Er droht, daß die Bevölkerung wenn sie diesen Anforderungen nicht gewachsen ist, ihre Anpsrüche an den Staat verliere.

Dem defensiven Charakter des Streiks und seiner Verhaftung im französischen Klassenbewußtsein fielen auch die Versuche, ihn weiter auszudehnen, zum Opfer. Die Trotzkisten (LCR, LO, PCI) versuchten die Streiks auf einen Generalstreik hin auszuweiten, was ihnen trotz ihres nicht unerheblichen Einflusses nicht gelang. Autonome und andere Unzufriedene übten sich im Straßenkampf, der von den gewerkschaftlichen Ordnungsdiensten erfolgreich von den großen Demonstrationen abgekoppelt wurde. Unterschiedliche Millieus von Streikenden, öffentliche Treffen in den Wohnvierteln und am Arbeitsplatz erlaubten punktuelle und teilweise unkontrollierte Aktionen. Doch die Bewegung war zu fixiert auf die Weiterführung und Ausdehnung des Streiks auf die Privatbetriebe, als daß sie in der Lage gewesen wäre, daraus weitere Kraft zu schöpfen.

Anfang Januar fanden noch einige lokale Streiks für die Zahlung des Lohnausfalls bei der SNCF und den PTT (Post und Télécom) statt. In Sotteville kam es nach einer strikten Ablehnung von Verwaltungsseite, die verlorenen Arbeitstage zu begleichen, zu einem Streik und einer zweitägigen Betriebsbesetzung. Kleine Zugeständnisse, wie bei der Rentenversicherung der Eisenbahner, wurden erreicht. Die Forderung nach Lohnerhöhung, die sechste Urlaubswoche und die Streichung der Sanierung der Sozialversicherung wurden nicht erstritten.

„Nichts wird mehr so sein wie es war" (6)

Die Streikbewegung vom Winter 95 verteidigte den Status quo, die Tendenz des Streiks lief auf die Erhaltung der bestehenden Ordnung hinaus. Es war die Regierung, nicht die Bewegung, die eine Veränderung der sozialen Reproduktion gefordert hatte. Große internationale Aufmerksamkeit sicherte dem Streik sein Zusammenhang mit der EU. In der öffentlichen Diskussion wurde plötzlich deutlich, daß eine weitere Integration neben den währungspolitischen Kriterien, nichterfüllten wirtschafts- und finanzpoltischen Stabilitätskriterien und EG-Referenden auch am Widerstand gegen die Deregulierung scheitern könnte. In Frankreich trafen Standortideologie und eine Haltung à la „bis hierher und nicht weiter" aufeinander. Nicht nur, daß dort das deutsche Modell des institutionalisierten Sozialkompromisses als fortschrittlich rezipiert wurde, sondern auch in Deutschland selbst wurde die Ruhe an der sozialen Front mit breiter Zustimmung als Überlegenheit gewertet. Die französischen Intelektuellen und deutschen Kommentatoren haben dabei einen Vorgeschmack gegeben, wie der Widerstand gegen die Liberalisierung als Aufstand gegen Vernunft und Zivilisation denunziert wird.

Daß gerade in Frankreich ein Streik gegen die Maastricht-Bedingungen stattfand, war weder zu erwarten, noch war es ein Zufall. Die in Deutschland völlig inexistenten Strukturen einer kämpferischen Arbeiterbewegung sind in Frankreich noch nicht völlig aufgelöst. Daß diese Auflösung „à l'anglaise" eine Perspektive des Maastricht-Europa bildet, ist in Frankreich noch nicht akzeptiert. Die Streikbewegung vom Winter 95 entstand spontan. Niemand rechnete mit ihr. Womit sicherlich gerechnet werden kann, sind weitere Angriffe auf das soziale Netz im allgemeinen und den öffentlichen Dienst im besonderen. Die Pläne sind, wenn überhaupt, nur aufgeschoben. Wenn es zur Währungsunion kommen soll, liegen sie bald wieder auf dem Tisch. Die Zeichen stehen eher so, als sei die Wiederholung einer Bewegung auf denselben beschränkten Grundlagen jederzeit möglich.

Elfriede Müller

Anmerkungen:

1) Demoparole in Paris

2) Die CFDT entstand 1964 aus der CFTC, der alten christlichen Gewerkschaft. Mittlerweile ist die CFDT die mitgliederstärkste Organisation mit 617.000 Beitragszahlern. Bei den Betriebsratswahlen war sie ebenfalls die stärkste der Gewerkschaften mit 20,5 % der Stimmen. Auf ihrem letzten Kongreß im März 95 versammelte die linke Opposition noch 35 % der Delegierten. Diese Opposition sagte ihrer Generalsekretärin Nicole Notat und ihrem sozialpartnerschaftlichen Programm den Kampf an.

3) Die SUD (Solidaire-Unitaire-Démocratique) entstand nach dem Ausschluß einiger Leute aus der CFDT durch eine trotzkistische Initiative und ist hauptsächlich bei der Post und Télécom vertreten. Die SUD sorgte in ihrem Einflußgebiet, das sich hauptsächlich auf Marseille und Toulouse beschränkt, dafür, daß der Streik etwas länger dauerte als anderswo.

4) Le Monde diplomatique vom Januar (französische Ausgabe), S. 11

5) „Rührt die Sozialversicherung nicht an". „Einheit und Generalstreik bis zur Rücknahme des Juppé-Plans". „Für eine gewerkschaftliche Einheitsfront!" „Nieder mit der Regierung Juppé!" „Juppé, du bist verloren, die Randalierer sind auf der Straße!" „Keine Privatisierungen." „Vereint gewinnen wir gegen Kapital und Regierung." etc. etc.

6) Rouge No. 1665 vom 4.1.96

„Gefährlich in allen Lebenslagen"

Peter Handke provoziert antiserbische „Fernfuchtler"

I.

Vor einigen Jahren lautete der Werbeslogan eines deutschen Reiseveranstalters: „Man sieht nur, was man weiß." Angeboten wurden damals Gruppenreisen unter der Führung kompetenter Personen. Der Reiz dieser Reisen sollte offenbar darin bestehen, an fremden Orten zu sammelnde Eindrücke durch Informationen über Geschichte, Alltagsleben und Kultur dieser Orte zu erweitern. So sollte den Reisenden das Gefühl eines praktizierten und, wenn auch nur für die Dauer eines Urlaubs, *gelebten* Bildungsbürgertums vermittelt werden. „Reisen statt gereist werden" versprach zu dieser Zeit ein anderer Slogan. Die kokette Schmeichelei dieser Werbung bestand in dem einverständigen Wissen von Reiseveranstalter und Reisenden, daß jeder, also auch der verachtete Massentourist, immer nur das an fremden und weniger fremden Orten sieht, was er weiß. Ungefähr um 1990 – also nach dem erfolgreichen Abschluß der „deutschen Intifada" (1) – muß diese Art der Reiseanimation verschwunden sein.

Um diese Zeit setzte sich auch bei Zeitgenossen, die sich sonst viel auf ein kritisches Bewußtsein zugute hielten, eine Art von Wissen und Weltvergewisserung durch, wie man sie vorher oft während Fahrten auf der Transitstrecke zwischen Westberlin und der BRD bei schlichteren Gemütern beobachten konnte. Diese Mitreisenden zeigten sich von seherischen Fähigkeiten begabt, die es ihnen erlaubten, am Zugfenster vorbeifliegende Gebäude, ungeachtet ihrer Größe und ihres baulichen Zustands, eindeutig als Objekte der DDR-Staatssicherheit oder als geheime militärische Vorrichtungen der Roten Armee zu identifizieren. Bei an Bahnübergängen Wartenden oder auf Feldern Arbeitenden konnte es sich oft nur um Agenten handeln, die mit der Observation speziell der Zugreisenden betraut waren. Je unbefangener beispielsweise Spaziergänger einen Feldweg entlangwanderten, desto verdächtiger erschienen sie der im Zug vorüberrauschenden Gegen-Aufklärung.

Zu glauben, solche Art von Scharfsinn sei eine Errungenschaft von gelernten BRD-Bürgern und Westberlinern, ist allerdings ein Irrtum. Im Sommer 1991 schilderten mir ehemalige DDR-Bürger auf anschauliche Weise die Verlaufsform der eigentümlichen Wechselwirkung von Wissen und Sehen. Zurückgekehrt von einer zehntägigen Busreise durch Italien, berichteten sie, in Neapel wäre der Einfluß der Mafia auf das Alltagsleben überall deutlich zu sehen, ja sogar zu „spüren", gewesen. Auf einer Autobahnraststätte noch vor der Stadt hatte ein mobiler Händler versucht, irgendwelchen Kleinkram an sie loszuwerden; „selbstverständlich" hätten sie nichts gekauft. Ihr Busfahrer, der gleichzeitig als Reiseleiter fungierte, hätte ihnen daraufhin erklärt, daß der Händler sich jeden Abend vor einem Mafia-Vorgesetzten über seinen Umsatz rechtfertigen müsse und an diesem Tag wohl Probleme bekommen würde. Von da an hätten sie Bescheid gewußt und „erst recht" nichts bei „Mafia-Händlern" gekauft.

Die deutschen Intellektuellen und Bildungsbürger sehen auch nach dem Ende der speziell für sie ausgerichteten Erbauungsreisen nach wie vor genau das, was sie wissen. Gegenüber der Zeit, als Reiseveranstalter sie gerade wegen ihres besonderen Wissensbedarfs als Zielgruppe ausmachten, sind heute jedoch bestimmte Veränderungen festzustellen. 1.: Die Lust am Wissen und Sehen richtet sich nicht mehr auf vom Mainstream entfernte Objekte, die sich gerade durch ihre praktizierte Abweichung vom landläufigen Weltverständnis auszeichnen. Dennoch schweift sie weiterhin gern in die geographische Ferne. 2.: Aus Sehen ist weitgehend Fernsehen geworden. Daraus folgt 3.: Intellektuelles Wissen ist eine entwickelte Form des Einverständnisses mit dem Lauf der Dinge, das auch von einfachen Seelen gepflegt wird, bei diesen aber der Gefahr der „Verführbarkeit" ausgesetzt ist, weswegen es intellektuelle Wegweiser geben muß.

II.

In der freien Marktwirtschaft will auch eine Wegweiserposition nicht nur verdient, sondern durch ständig neue Beweise der eigenen Leistungsfähigkeit erkämpft sein. In den früheren staatssozialistischen Ländern genügte es, die Aufnahme in den entsprechenden Berufsverband der Wissenschaftler, Autoren, bildender Künstler etc. geschafft zu haben, um die Alimentierung durch Zurverfügungstellen einer jederzeit abrufbaren, konformen Meinung gesichert zu wissen. Letzteres kann in der Demokratie und Marktwirtschaft zu recht von jedem Bürger erwartet werden, ohne daß deshalb ein Alimentierungsanspruch entstehen würde. Den Beweis ihrer Leistungsfähigkeit haben heutige Intellektuelle z.B. dann erbracht, wenn sie von den Massenmedien als „Vor-" bzw. „Querdenker" gefeiert werden. Solche unterbreiten dann wegweisende Vorschläge wie Daniel Cohn-Bendit: „Als erstes wird dann von der Nato Pale bombardiert. [...] Die Bombardierung von Pale würde sicherlich schreckliche Folgen haben. Aber ich glaube nicht, daß die Verblendung in der serbischen Bevölkerung und in der serbischen Armee einer solchen Entschlossenheit standhalten würde." (2) Dem Vorschlag dieses Denkers wurde bekanntlich gefolgt, auch die „schrecklichen Folgen" blieben nicht aus, aber zum Glück für des Denkers Marktpositionierung erwies sich die Verblendung des serbischen Erzfeindes stärker als prognostiziert.

Ein öffentlicher Dauerauftrag für engagierte Intellektuelle entsteht durch die Nachfrage nach möglichst stimmungsvollen und erschreckenden Porträts von Feinden, für deren Bekämpfung Anstrengungen und Opfer lohnen. „Die Serben" stellen ein kollektives Feindgemälde dar, auf dessen Urheberschaft deutscher Gestaltungswille Anspruch erheben kann, zu dessen progressiver Vollendung aber, in Abhängigkeit zum wachsenden deutschen Einfluß in Europa, zunehmend auch ausländische Künstler eingeladen werden. Wer da nicht mitmachen mag, soll den Mund halten. Wer aber widerspricht, wird selbst zum Feind.

III.

Peter Handke hat widersprochen. Die vorhersehbaren Folgen konnten nicht ausbleiben. Für André Glucksmann, den Statthalter deutschen Geistes in Frankreich, ist Handke schlichtweg ein „Terrorist". (3) Ein Prädikat, das in Deutschland verliehen, der Aufforderung gleichgekommen wäre, das Problem seines Trägers entweder auf Bad Kleinensche Art zu lösen oder diesen mehrfach lebenslänglich hinter Stammheimer Mauern verschwinden zu lassen. In Deutschland inszeniert man das Ende von „Terroristen" gern als Selbstmord, was in Stammheim und Bad Kleinen erfolgreich erprobt wurde. Dieser landestypischen Vorliebe folgend bezeichnet Wolfram

Schütte in der *Frankfurter Rundschau* Handkes Text „Gerechtigkeit für Serbien" als „Verteidigungsrede, die einem intellektuellen Selbstmord, einem moralischen Desaster und einer Vernichtung des poetischen Anspruchs gleicht". (4) Selbstmord, Desaster, Vernichtung. Als treibende Kraft dahinter entdeckt Peter Schneider – jawohl: *der* geniale Autor, der *seinen* Roman „Vati" aus einer Fortsetzungsserie in der „Bunten" zusammenklebte – einen „beachtlichen Killerinstinkt" (5). Wohlgemerkt bei Handke und nicht etwa beim oben zitierten Cohn-Bendit.

Handkes Verbrechen besteht in dem Beharren auf einem Zusammenhang zwischen Sehen und Wissen. Über seine Motivation, nach Serbien zu reisen schreibt er: „Beinahe alle Bilder und Berichte der letzten vier Jahre kamen ja von der einen Seite der Fronten oder Grenzen, und wenn sie zwischendurch auch einmal von der anderen kamen, erschienen Sie mir, mit der Zeit mehr und mehr, als bloße Spiegelungen der üblichen, eingespielten Blickseiten – als *Ver*spiegelungen in unseren Sehzellen selber, und jedenfalls nicht als Augenzeugenschaft. Es drängte mich hinter den Spiegel; es drängte mich zur Reise in das mit jedem Artikel, jedem Kommentar, jeder Analyse unbekanntere und erforschungsoder auch bloß anblickswürdige Land Serbien." (S. 13) (6)

Dies stellt für derzeitige Seh- und Wissensverhältnisse einen Skandal, möglicherweise auch so etwas, was mit dem heutigen Modewort „Tabubruch" einmal gemeint war, dar. Über Serbien und die Serben weiß hierzulande jeder Bescheid: Während die kroatischen und muslimischen Bewohner des ehemaligen Jugoslawien in Dörfern und Städten leben, wohnen die Serben in „Hochburgen", ihre oder ihnen nahestehende Politiker sind „Serbenführer", die der anderen ganz gewöhnliche Präsidenten, Minister etc. Als eine besonders unheimliche, weil mit Serben im Bunde stehend Erscheinung ist die des „abtrünnigen Moslemführers" noch gut in Erinnerung. Politische und staatliche Institutionen der Serben – zumindest der bosnischen – sind grundsätzlich „selbsternannt", d.h. „wir" erkennen sie höchstens als Ziele friedensstiftender Bombardierungen an. Sind Serben nicht bereit, als gesetzlich definierte Bürger niederer Kategorie in den kroatischen und muslimischen Sezessionsstaaten zu leben, und nehmen ihrerseits das den anderen großmütig zugestandene Recht auf Sezession in Anspruch, sind sie „Besatzer" der Gegend, in der sie mehrheitlich leben. Der aus serbischen Waffen kommende Tod ist „Völkermord", der aus den Geschützen der anderen ein Ergebnis legitimer Verteidigungsanstrengungen. Wenn in Sarajewo serbische Unterhändler von Moslems gekidnapt werden, wird das als „Verhaftung von Kriegsverbrechern" gewürdigt, schnappt sich im Gegenzug die serbische Seite einen oder mehrere Moslems, erfolgt selbstverständlich die Verurteilung dieser „willkürlichen Verschleppung". Ziehen Serben es schließlich vor, sich aus dem Staub zu machen, weil „wir" uns mit den bosnischen Muslimen darauf geeinigt haben, daß mindestens jeder vierte Serbe ein „Kriegsverbrecher" ist, der eigentlich verurteilt gehört, doch um des Friedens willen eventuell noch einmal eine Chance bekommen könnte, so geschieht dieser Rückzug aus Heimtücke oder auf „Anordnung" einer allerhöchsten Serbenführerinstanz, die damit den „Friedensprozess" schädigen will.

Die öffentliche Kommunikation über dieses gespensterhafte Serbien ist selbst so gespenstisch wie ihr Gegenstand.

SPIEGEL: *Herr Botschafter, welche Beweise für Massenmorde an Flüchtlingen aus Srebrenica haben Sie bei Ihrem jüngsten Besuch in Bosnien gefunden?* **Shattuck:** *Wir suchten sechs Plätze auf, die mir von Zeugen und Überlebenden bereits im Juli vorigen Jahres beschrieben worden waren, darunter eine Turnhalle und eine Schule sowie eine Grube in Karakaj. Dort wurden Menschen hingerichtet, nachdem sie eineinhalb Tage lang in der Schule und in der Turnhalle eingepfercht und vielfach auch geschlagen worden waren.* **SPIEGEL:** *Was stellten sie noch fest?* (7).

Der Interviewte hat Orte gesehen, von denen er zu wissen meint, daß dort etwas geschehen sein soll.

Peter Handke benutzte anfang der 70er Jahre in seinem Roman „Die Angst des Tormanns vorm Elfmeter" dieses Aneinander-vorbei-Reden, dieses Kommunizieren ohne einen für die Kommunizierenden als sinnhaft erkennbaren Kommunikationsinhalt, als litarisches Mittel, um ein gesellschaftskritisches Anliegen zu transportieren. Wie der zitierte Ausschnitt aus dem Interview des Journalisten mit dem Spezialisten zeigt, ist das artifizielle Mittel literarischer Kritik inzwischen funktionslos geworden, weil es quasi in der gesellschaftlichen Kommunikation „aufgehoben" ist. Jede Übersteigerung und Verzerrung zum Zweck der Verdeutlichung existierenden Elends ist auf eine Distanz zwischen Faktischem und Gestaltetem angewiesen. Nur weil es (noch) nicht genau *so* ist, kann solcherart literarische Darstellung Kritik sein. In dem Interview ist jede herkömmliche Bedeutung der Wörter „Beweise", „finden", „feststellen" verschwunden. An die Stelle von Wortbedeutung ist ein diffuser Nebel im Redeschwall von korrekt Gesinnten getreten.

IV.

„Denn was weiß man, wo eine Beteiligung beinah immer nur eine (Fern-)Sehbeteiligung ist? Was weiß man, wo man vor lauter Vernetzung und Online nur Wissensbesitz hat, ohne jenes tatsächliche Wissen, welches allein durch Lernen, Schauen und Lernen, entstehen kann? Was weiß der, der statt der Sache einzig deren Bild zu Gesicht bekommt, oder, wie in den Fernsehnachrichten, ein Kürzel von einem Bild, oder wie in der Netzwelt, ein Kürzel von einem Kürzel?" (S. 30) Besonders spektakulär sind Handkes Fragen eigentlich nicht. Noch vor gar nicht langer Zeit gehörten sie zur irgendwie identitätsstiftenden geistigen Ausrüstung eines jeden halbwegs „kritischen" Zeitgenossen. Vielleicht gehören sie auch heute noch dazu, aber jetzt wohl eher, wenn es um Wissen und Wissensvermittlung außerhalb des sowieso Gewußten geht.

Das sowiso Gewußte sind solche „Fakten" oder „Tatsachen", die Gustav Seibt von der FAZ ins Feld führt. „Die beste Medienkritik", hält er dem unzeitgemäßen Frager entgegen, „ist es auch hier, die Fernsehgeräte abzuschalten und die wesentlichen Fakten in ihrer Folge zu bedenken. Eine dieser Tatsachen ist, daß die Europäer, gedrängt von Deutschland, Kroatien und Slowenien nur ungern und zögernd anerkannt haben und sich zu diesem Schritt erst nach der Belagerung von Dubrovnik, der Zerstörung Vukovars und der Vetreibung der dort ansässigen Bevölkerung durch die Serben durchgerungen haben. Die serbischen Greueltaten in Bosnien sind so vielfältig belegt, daß auch die von Handke vorgetragene Kritik an Kameraeinstellungen und klischeehaften Erzählformen diese Grundtatbestände weder zu erschüttern noch auch nur zu relativieren vermag." (8) Vielleicht ist dies die zeitgemäße Fassung von George Orwells Vision vom unausschaltbaren „Televisor". In den Betrachter selbst implantiert und mit dessen kognitiven Fähigkeiten symbiotisch verbunden, produziert und reproduziert er ununterbrochen „wesentliche Fakten" und bewirkt so die Erkenntnis von „Grundtatbeständen"

Man weiß eben, was man weiß, und dieses Gewußte ist „vielfältig belegt", vor allem durch Film und Foto. Handkes Fragenstellerei macht auch vor den angeblich äußerste Authentizität verbürgenden Bilddokumenten nicht halt. „Aber war es nicht schon vor den Bildern von den Flüchtlingstrecks aus der Krajina diesem und jenem fernen Zuseher auffällig, wie die bis dahin fast verschwindenden serbischen Leidtragenden in der Regel grundanders in Bild, Ton und Schrift kamen als die Hekatom-

ben der anderen? Ja, auf den Fotos usw. von den paar ausnahmsweise nachrichtenwürdigen ersteren erschienen mir diese in der Tat als ‚verschwindend', so im alleraugenfälligsten Gegensatz zu ihren Kummer- und Trauergenossen aus den beiden übrigen Kriegsvölkern: Diese, so war es jedenfalls nicht selten zu sehen, ‚posierten' zwar nicht, doch waren sie, durch den Blick- oder Berichtsblickwinkel, deutlich in eine Pose gerückt: wohl wirklich leidend, wurden sie gezeigt in einer Leidenspose. Und im Lauf der Kriegsberichtsjahre, dabei wohl weiterhin wirklich leidend, und wohl mehr und mehr, nahmen sie für die Linsen und Hörknöpfe der internationalen Belichter und Berichter, von diesen inzwischen angeleitet, gelenkt, eingewinkt (‚He, Partner!'), sichtlich wie gefügig die fremdgewünschten Marterminen und -haltungen ein. Wer sagt mir, daß ich mich irre oder gar böswillig bin, wenn ich so zu der Aufnahme des lauthals weinenden Gesichts einer Frau, Close Up hinter den Gittern eines Gefangenenlagers, das gehorsame Befolgen der Anweisung des Photographen der internationalen Presseagentur außerhalb des Lagerzaunes förmlich *mit*sehe und selbst an der Art, wie die Frau sich an den Draht klammert, etwas von dem Bilderkaufmann ihr Vorgezeigtes. Mag sein, ja, ich irre mich, [...] – doch weshalb habe ich solche gar sorgfältig kadrierten, ausgeklügelten und eben wie gestellten Aufnahmen noch keinmal – jedenfalls nicht hier, im ‚Westen' – von einem serbischen Kriegsopfer zu Gesicht bekommen? Weshalb wurden solche Serben kaum je in Großaufnahme gezeigt, und kaum je einzeln, sondern fast immer nur als Grüppchen, und fast immer nur im Mittel- oder fern im Hintergrund, eben verschwindend, und auch kaum je, anders als ihre kroatischen oder muselmanischen Mitleidenden, mit dem Blick voll und leidensvoll in die Kamera, vielmehr seit- oder bodenwärts, wie Schuldbewußte?" (S.40-42)

Gerade durch die Infragestellung angeblich „objektiven" Bildmaterials – die, es muß wiederholt werden, eigentlich unter „kritischen" Zeitgenossen eine Selbstverständlichkeit darstellt und sogar Schülern in staatlichen Bildungsanstalten nahegelegt wird – hat Handke die hiesigen Serbenfresser bis zum Verlust jeglicher Contenance gereizt. „Zu solch einer Niedertracht darf man sich nicht einmal vom edlen Haß auf die Medien treiben lassen!" schreit es im Kommandoton aus Schneiders SPIEGEL-Artikel. Am gleichen Tag als Gustav Seibts autotelevisorische Beschwörung der „Grundtatbestände" erscheint sekundiert sein kleiner Bruder Thomas Schmid in der TAZ: „Es sind die Denkmuster einer gigantischen Verschwörungstheorie, die uns gerade linke Blätter wie *konkret* und *junge Welt* seit Jahren anbieten, wenn es um das Begreifen der größten Tragödie der europäischen Nachkriegszeit geht." (9) Der Fragesteller ist nun als linker Gesinnungstäter identifiziert – so deutlich konnte das nur in einer ehemals selbst „linken" Zeitung ausgesprochen werden – ; ob er als Gesinnungswahnsinniger (Verschwörungstheoretiker) womöglich mildernde Umstände bei seiner künftigen öffentlichen Beurteilung in Anspruch nehmen kann, ist derzeit noch ungewiß.

Gewiß ist allerdings: Weil die tatsächlichen Umstände und Verlaufsformen der Gemetzel in früheren Jugoslawien der Mehrheit hierzulande völlig gleichgültig sind, weil man sowieso auf Photographien, bewegten Bildern und im „wirklichen Leben" das – und ausschließlich das – sieht, was man sowieso schon als loyaler Bürger weiß, sind gewisse Veränderungen im durch Wissen bewirkten Sehen auf (nicht nur) zurückliegende Ereignisse unausweichlich. Wenn Bilder und andere journalistische Artefakte nicht mehr selbstverständlich auf ihren Entstehungsprozess und dessen Ursachen überprüft werden können, sollen oder dürfen, dann ist damit ein geistiges Klima geschaffen, in dem auch die Faktizität des von den Deutschen begangenen Massenmords an den europäischen Juden bald nicht nur von Nazis als ein durch interessierte, weil deutschfeindliche Mächte simuliertes Ereignis in Frage gestellt werden kann. Wenn der Unterschied zwischen historischem Geschehen – dieses ist nur durch kritisches Fragen und Analysieren zu ermitteln – und den „Grundtatbeständen" der Seibt & Co gleichgültig ist oder sich auf die Alternative von Außenseiter- und Mitläufertum beschränkt, ist jeder Wahrheitsanspruch politischer Opportunität gewichen. Wenn auf die interessierte Frage: „Was geschah wirklich in ...?" die Antwort: „Lies doch die Zeitung ." oder „Schalte doch den Fernseher ein, da wirst du's schon erfahren." folgt, weil die Antwortenden sicher sind, daß dort schon die richtigen, nämlich konformen Informationen vermittelt werden, deren Wahrheitsgehalt ihnen herzlich gleichgültig ist, wird den Auschwitzleugnern eine für sie erfreuliche Zukunftsperspektive eröffnet. Der Schmidsche Verschwörungstheorie-Vorwurf gehört schon seit langem zu ihrem Repertoire.

V.

Apropos Verschwörungstheorie. Es fällt auf, daß bei der erregten Abwehr von Handkes Fragen eine geradezu klassische Projektion eigener Obsessionen auf den Abgewehrten im Spiel ist. Handke hängt dann (neben *konkret* und *junger Welt*) einer Verschwörungstheorie an, und nicht diejenigen, die seit Jahren missionarisch die abgrundtiefe Perfidität alles Serbischen predigen. Das erinnert stark an die immer wieder beschworene Schreckensphantasie vom „Großserbien", die nur allzu deutlich die ihr zugrundeliegende Wunschphantasie von einem Großdeutschland offenbart. Handke wird von Seibt in der FAZ zum volkstümelnden, die Armut verklärenden und den Krieg als sinnstiftendes Erlebnis verherrlichenden Autor erklärt. Am Ende ist Handke nicht nur der Nationalist, sondern er, nicht der FAZ-Autor, ist auch noch der Deutschnationale: „Serbien wird Deutschland, aber das alte, ‚wirkliche', das kriegerische." Daß Kriegshetzer sich als Friedensengel erleben und Kriegsgegener als die Kriegsschuldigen oder deren Verbündete hingestellt werden, ist gewiß nichts Neues, aber eine solche Vertauschung einzelner Eigenschaften und Präferenzen hat auch für den abgebrühten Beobachter etwas Irritierendes. Will etwa die FAZ in Zukunft auf die Propagierung völkisch-nationalen Bewußtseins zur Überwindung von „Völkergefängnissen" wie des jugoslawischen oder russischen auf die Verklärung von Armut durch die Kritik von „Anspruchsdenken" und „Besitzstandwahrung" der Unterklassen, des Krieges als notwendiges Mittel zur Durchsetzung höherer Ziele wie der „Menschenrechte" verzichten?

Nicht die sich in Gewaltphantasien und Aufrufen zum realen Massenmord vermittels Bombardierungen und anderer „friedensschaffender" Maßnahmen Ergehenden sind „Volksverhetzer", sondern ihre Kritiker! Die freie Marktwirtschaft bietet hier unbekannten, aber risikofreudigen Menschen eine Chance für schnelle, auf anderem Weg vielleicht nie erreichte Publizität. Der schweizer Autor Jürg Laederach verläßt seinen bisherigen Verlag, nachdem er festgestellt hat, daß „schon einfaches Gegenlesen" von Handkes Text ergibt, „daß genau das darin steht, was darin steht." „Handkes Reisebericht aus Serbien erfülle den Tatbestand der Volksverhetzung zwar nur zu achtzig Prozent und nationalsozialistische Inhalte könnten nur durch böswillige Verknüpfungen hergestellt werden, aber zweifelsohne ‚fällt der Text in die rechtsextreme Szene'." (10) Es folgt der warnende Hinweis – nicht nur an professionelle Verfassungsschützer –: „Handke unterschätzen: gefährlich in allen Lebenslagen."

Wie man eigentlich mit Kritikern wie Handke, wenn sie dann auch noch die Dreistigkeit besitzen, öffentlich auftreten und diskutieren zu wollen, umgehen möchte, verdeutlicht – wiederum in projizierender Umkehrung der eigenen Bedürfnisse ein Robin Detje in der *Zeit*: „Die ganze Veranstaltung macht den Eindruck, als wach-

ten in den Seitengassen und vor dem Zuschauerraum zahllose Aufpasser darüber, daß jener Streit um Handkes Text nicht entsteht, den das Publikum in seliger Duldungsstarre gar nicht erst aufkommen zu lassen wird entschlossen ist." (11) Offenbar in der Befürchtung eines Erscheinens der hier herbeigewünschten Aufpasser und eines entsprechenden Publikums wurde eine Handke-Lesung in der Deutschenhochburg Berlin abgesagt.

VI.

„Die internationale Brigade der Journalisten, die ich in Sarajewo kennenlernte, hat mehr für die Ermittlung der Wahrheit im sogenannten Bürgerkrieg auf dem Balkan getan als alle Schriftsteller zusammengenommen." (Peter Schneider) Als Freund der Deutschen und damit fast schon „organischer" Feind der Serben gibt der Dokumentarfilmer Marcel Ophuls einen Einblick in die Zusammensetzung jenes von Schneider durchaus zutreffend als „Brigade" gekennzeichneten Konglomerats.

Ophuls' Filme sind in Deutschland auf reges Interesse und Beifall gestoßen. In einem Streifen über die Kollaboration in Frankreich während der deutschen Besetzung (Stichwort: Demontage des „Résistance-Mythos") vermittelt er einem deutschen Publikum das dankbare Gefühl, als Täter in einer Welt von bereitwilligen Mittätern, sich nicht fortwährend die alleinige Verantwortung aufbürden lassen zu müssen. In einem Portät des deutschen Gestapochefs von Lyon, Klaus Barbie, das über weite Strecken Barbies Lebensweg nach 1945 behandelt, arbeitet Ophuls das Interesse amerikanischer Geheimdienste an deutschen Fachleuten wie dem Porträtierten heraus. Auch hier stellt sich bei deutschen Zuschauern ein recht entlastendes Gefühl ein: Wenn doch auch die Siegermacht USA einiges am ehemaligen Gestapo-Chef zu schätzen wußte, dann sollte man uns nicht die alleinige Verantwortung aufbürden. Beliebt sind in Deutschland auch Ophuls Filme über das glückliche Jahr der Wiedervereinigung und die harte Arbeit der Frontberichterstatter in Sarajevo. Seine Loyalität gegenüber dem deutschen Anliegen begründet Ophuls in der TAZ auch genealogisch: „Während meine Großonkels nach Auschwitz verschleppt wurden, stritten sich mein Vater und Fritz Kortner in Hollywood mit Bert Brecht, weil die arischen Eltern meiner Mutter die alliierten Bomben in Braunschweig auf den Deckel bekamen. Kortner und Ophuls fanden das nicht richtig!" (12)

In der TAZ stellt Ophuls einige der Reporter aus der Sarajewo-Brigade vor. So berichtet er, daß sein „guter Freund" Rémy Ourdan „jahrelang für RTL im Verkehrsbeobachtungshubschrauber saß, bevor es im zu blöd wurde und er sich 1992 (als es am gefährlichsten war) freiwillig nach Sarajewo versetzen ließ". Auch die Reporterin Penny Marshall ist Ophuls „eine Freundin geworden". „Sie verdient sehr wenig Geld. Als ich sie traf und sie mir ihre Geschichte erzählte, saß sie in einer kleinen Londoner Küche. Während wir filmten, lag ihr kleines Baby neben der Spülmaschine." Und noch ein Freund: „Kurt Schork ist Bürochef von Reuter in Sarajevo, seit fast vier Jahren." „Wie würde er [Handke] erst lachen, wenn er wüßte, daß Kurt Schork bis zu seinem vierzigsten Lebensjahr Beamter der New York Port Authority war." Und noch ein letzter: „Handke scheint es zu belustigen, daß Jean Hatzfeld von der *Liberation* vorher Sportreporter war."

Armut, beengte Wohnverhältnisse, blöde, frustrierende und wahrscheinlich schlechtbezahlte Jobs. Auf in den Krieg, der Frieden ist schon schrecklich genug! Sarajevo erscheint vor dem elenden sozialen Hintergrund der Ophulschen Freunde wie eine Art postmoderne Goldgräberstadt. Die Produktion von stimmungsvollen Kriegsschilderungen und ihr Verkauf an anspruchsvolle, weil bescheidwissende, Abnehmer stellen dort so etwas wie eine virtuelle Goldmine dar, aus der die Mittel für eine bessere Zukunft herausgeholt werden können, vorausgesetzt der Krieg geht weiter. (13) Das Leben postmoderner Goldgräber ist so abenteuerlich und risikoreich wie das ihrer Vorfahren im 19. Jahrhundert. Schneider: „Das Lebensrisiko der Journalisten ist um einige hundert Prozent höher als das der Uno- oder Nato-Soldaten und um einige tausend Prozent höher als das von Schriftstellern, die in Serbien reisen." Auch die dem europäischen Elend Entkommenen hatten auf den Goldfeldern des amerikanischen Westens den Tod durch Pfeile und Kugeln von Indianern, Mexikanern und Banditen zu gewärtigen. Auch diese Bilder kennen wir aus Film und Fernsehen, wie die aus Sarajewo.

Doch auch das Lebensrisiko der daheimgebliebenen „Rotten der Fernfuchtler, welche ihren Schreiberberuf mit dem eines Richters oder gar mit der Rolle eines Demagogen verwechseln und, über die Jahre immer in dieselbe Wort- und Bildkerbe dreschend, von ihrem Auslandshochsitz aus auf ihre Weise genauso arge Kriegshunde sind wie jene im Kampfgebiet" (Handke, S. 122/123) ist kein geringes. Es besteht in der Niederlage gegen agilere und wendigere Konkurrenten, mit der Folge des Vergessenwerdens und dem Erleiden solch unerträglicher Situationen, in denen sich Ophuls' Freunde vor ihrer Ankunft in Sarajevo befanden. Da heißt es, Vorsorge treffen, rechtzeitig zukunftsträchtige Projekte vorbereiten. Peter Schneider beispielsweise hat nach der Erstürmung eines russischen Krankenhauses durch tschetschenische Separatisten, der Geiselnahme der Kranken und ihrer teilweisen Ermordung schnell gehandelt. Gemeinsam mit André Glucksmann, Daniel Cohn-Bendit und einer Reihe von arbeitslosen Ex-Dissidenten aus Osteuropa hat er einen Aufruf zur Unterstützung der Separatisten veröffentlicht. (14) Andere sind dieser Initiative gefolgt. (15) Der Kampf muß schließlich weitergehen.

Jovan Jovanovic

Anmerkungen:

1) So bezeichnete der Journalist Tom Segev in der israelischen Tageszeitung HaAretz vom 24.11.89 die „Wir-sind-ein-Volk"-Aktivitäten in der damaligen DDR.

2) Daniel Cohn-Bendit, Was haben wir getan! in: die tageszeitung 20.4.94

3) Siehe Süddeutsche Zeitung 27./28.1.96

4) Wolfram Schütte, Gerechtigkeit, in: Frankfurter Rundschau 17.1.96

5) Peter Schneider, Der Ritt über den Balkan, in: Der Spiegel 3/1996, S. 163 ff

6) Handkes Text erschien zuerst unter dem Titel „Gerechtigkeit für Serbien" und dem Untertitel „Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina" in zwei Teilen in der Süddeutschen Zeitung vom 5./6./7.Januar und vom 13./14. Januar 1996. Inzwischen ist der gesamte Text – allerdings haben Titel und Untertitel die Stellung gewechselt – als Buch erschienen, aus dem hier zitiert wird.

7) „Knochen ragten aus der Erde". Interview mit dem US-Menschenrechtsbeauftragten John Shattuck über die Suche nach Kriegsverbrechern, in: Der Spiegel 6/1996, S. 142

8) Gustav Seibt, Wahn von Krieg und Blut und Boden, in: FAZ 16.1.96

9) Thomas Schmid, Einsamer Sucher nach der Wahrheit, in: die tageszeitung 16.1.96

10) o.V., Gefährlicher Handke. Jürg Laederach verläßt Suhrkamp, in: FAZ 7.2.96

11) Robin Detje, Keine Kritik, bitte! in: Die Zeit 23.2.96

12) Marcel Ophuls, DIe Wut, in die tageszeitung 22.1.96

13) Einen informativen Einblick in die Arbeitsweise dieser Leute bieten einige der Beiträge in dem von Klaus Bittermann herausgegebenen Band „Serbien muß sterbien. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg, Edition Tiamat Berlin 1994. Insbesondere die Beiträge von P. Brock und T. Lettmayer.

14) Appell an Europa und an die Welt. Wem die Stunde schlägt, in: FAZ 23.1.96

15) Verhandeln statt vernichten – kein zweites Afghanistan in Rußland, in: die tageszeitung 25.1.96. Dieser Aufruf ist von einer Reihe von Einzelpersonen und einem „Verein für Kontakte zu den Ländern der ehemaligen Sowjetunion e.V." unterzeichnet. Die bekannteste Einzelunterzeichnerin ist die Grüne/Bündnis 90-Politikerin Hilde Schramm.

Ordem e progresso

Vom Fortschrittsglauben zur negativen Utopie: Politik und Verbrechen in Rio de Janeiro

Ordem e progresso, Ordnung und Fortschritt, steht auf der Fahne Brasiliens. Lange Zeit war vom Fortschritt nicht viel zu hören. Hierzulande konnte man zumeist nur trübe Nachrichten aus Brasilien, dem einstigen Wirtschaftswunderland, erfahren. Spätenstens seit Ende November letzten Jahres sieht dies nun anders aus. Deutsche Industrielle und Politiker zeigten sich auf der Auslandsmesse „Febral 95" in São Paulo begeistert von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Nach der Depression in den 80er Jahren läßt die heutige neoliberale Politik auf dem Kontinent ihre Hoffnung auf ein neues Wachstumspotential blühen. Brasilien käme bei dem Aufbau des Blocks der südamerikanischen Staaten, dem Mercosur, eine ähnliche Bedeutung zu wie der BRD bei der Gestaltung der EU – schließlich wachse in ökonomischer Hinsicht „das fünfgrößte Land der Erde wesentlich schneller als andere Länder", so Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie. (1) Wovon nicht die Rede war: die neue Integration in den Weltmarkt bedeutet eine sozialdarwinistische Ordnung für die Mehrheit der Bevölkerung.

Die neuen Subversiven

Ein Überfall auf ein Einkaufszentrum beschäftigte im letzten Jahr wie kein anderes Verbrechen die Öffentlichkeit in Rio de Janeiro. Im *Shopping Center Rio Sul* nahm die Militärpolizei nach einer Schießerei zwei mutmaßliche Diebe fest. Die Beamten zogen den bereits gefesselten Cristino Mesquita hinter ihren Einsatzwagen, wo der 20jährige kaltblütig erschossen wurde – vor den Augen Hunderter von Schaulustigen und den laufenden Kameras des TV Globo, dem größten Sender Brasiliens. In den nächsten Tagen wurden die Medien mit Anrufen und Zuschriften bombardiert, die den Mord unterstützten.

Die Polizisten wurden im September 1995 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das weltweite Medienecho war zu groß, um eine Tat, die in Rio zum Alltag gehört, gänzlich ungestraft zu lassen. Doch werfen der Mord und die Reaktionen darauf ein bezeichnendes Licht auf die Diskussion über die „öffentliche Sicherheit" in Brasilien: Nach offiziellen Statistiken ist die Kriminalität in den letzten Jahren gesunken. Zugenommen hat dagegen die Propaganda eines Bedrohungsszenarios um „Organisierte Kriminalität" und „Drogenhandel". War es früher die „kommunistische Bedrohung", die die „nationale Sicherheit" gefährdete, so ist seit Ende der 80er Jahre das neue Feindbild der „sozialen Gefahr" aufgetaucht. Allein der Anblick von Verarmten dient als Auslöser für den Griff zum Revolver. Die (Drogen-)Kriminalität wurde bei den privilegierten Schichten zum Feindbild schlechthin. Die Bekämpfung der Armut und der „Verbrecher" durch Vertreibung und Ausgrenzung, bis hin zu „sozialen Säuberungen", prägen heute die Medien- und Politikerphantasien.

So wurden 1993 allein in der Stadt São Paulo nach offiziellen Angaben über 1500 Personen von der Militärpolizei erschossen. Die Mehrzahl ihrer Opfer war arm, dunkelhäutig und jünger als 25 Jahre. (2) Einzelne Beamte rühmen sich, bereits mehr als 60 Personen im Einsatz getötet zu haben. (3) Neben den offiziellen Repressionsorganen existieren die sogenannten *esquadroes da morte*. Die Todesschwadrone setzen die Arbeit der Polizei nach Feierabend fort. Ein Mitglied der Killerkommandos, die im ersten Halbjahr 1994 in Rio über 1200 Menschen exekutierten, beschrieb ihr Selbstverständnis in der in Rio erscheinenden Tageszeitung *O Dia* folgendermaßen: *„Die Gruppen werden von Personen aus dem Stadtteil aufgebaut, von Militärpolizisten, Geschäftsleuten und Opfern der Verbrechen, die der steigenden Kriminalität ein Ende machen wollen. Die Polizei kann nicht jedes Viertel, jede Straße überwachen. In der Zwischenzeit wächst das Verbrechen und die Anzahl der Verelendeten vervielfacht sich (...) Wir stellen die Ordnung wieder her."* (4)

Territorialisierung der Städte

Der Krieg gegen die sozial Deklassierten spiegelt sich in der Geographie der Städte wieder. Dort verschmelzen Verarmung, Stadtentwicklung und Sicherheitswahn miteinander. (5) Es ist kein Zufall, daß sich der Mord an Cristino Mesquita vor einem *Shopping Center* ereignete. Die riesigen Einkaufszentren sind die Zuspitzung einer urbanen Dichotomie. Sind die Straßen unsicher geworden, so ist die alte Sicherheit in den geschützten Tempeln des Konsums nicht gefährdet. Hier können Mittel- und Oberschicht ungestört von den „neuen Subversiven", den Dealern, Straßenkindern, Bettlern und Dieben einkaufen. Rigide Wachen halten alle, die „marginal" aussehen, aus den *Shoppings* heraus. Notfalls auch mit brachialen Methoden, die in der Öffentlichkeit und den Medien Zuspruch finden: *„Ein Raub im Shopping ist kein normaler Raub: Er ist ein Einbruch in einen sakralen Raum des Konsums. Daher die brutale Reaktion der Polizisten, daher der Applaus."* (6)

Das künstliche Paradies der *Shoppings* ist das Pendant zum produzierten Inferno der *favelas*, den Armutsvierteln der Großstädte. Sie dienen bei dem Bedrohungsszenario als Projektion für das soziale Chaos, als Sinnbild für die Bedrohung durch Armut und Verbrechen. Ausdruck findet dies in der Schaffung „reiner" und voneinander abgeschotteter Territorien: des öffentlichen Raums in den Innenstädten mit seinen luxuriösen Geschäftsstraßen, der gutbewachten Wohnburgen der Reichen – und der *favelas* in der Peripherie.

Diese Spaltung der Stadt eskalierte, als im Januar letzten Jahres die Regierung auf die Rufe nach der „öffentlichen Sicherheit" reagierte: Ganze Stadtteile von Rio seien außer Kontrolle geraten, die favelas auf den *morros*, den Hügeln der Stadt, seien die Quelle der „ausufernden Gewalt". Unter dem Beifall der Mittel- und Oberschicht und der Medien schickte die Regierung einige tausend Soldaten mit Panzern und Helikoptern in die Slums. Die Eroberung der von „Kriminellen" und „Drogenhändlern" kontrollierten Gebiete wurde in den Zeitungen in Form einer Kriegsberichterstattung angekündigt, die „Streitkräfte" von Regierung und „Verbrechern" generalstabsmäßig aufgelistet. Am Ende der Operation im März präsentierte die Armee einige verrostete Gewehre und kehrte in die Kasernen zurück. Geändert hatte sich einzig das Leben der Bevölkerung der *favelas*: Unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes entzog man ihnen monatelang grundlegende Bürgerrechte, wurden Armut und Kriminalität gleichgesetzt. „Gewonnen" wurde die Invasion von den Militärs

letztlich in den Zeitungen und TV-Berichten. Schon einige Zeit zuvor wurde in einem medialen Krieg um die Köpfe die soziale Situation auf ein Feindbild reduziert: Die Bewaffneten auf den Hügeln. Bereits 1992 fuhren während des Weltklimagipfels vor der größten *favela* Rios (der *Rocinha*) Panzer auf und richteten ihre Rohre auf die Hütten. Begründet wurde der Einsatz schon damals nicht mit dem Schutz der *favela*-Bewohner vor der Gewalt des Drogenhandels, sondern mit der Abschirmung der Stadt vor den *favelados*. (7) Damit wurden aber auch die Armutsviertel zum feindlichen Gebiet erklärt und die gesamte soziale Frage territorialisiert. In einer Studie der Höheren Kriegsakademie ESG (Escola Superior da Guerra) von 1990 wurde ein Szenario unter dem Tiel „Das Jahr 2001" ausgemalt. Die Streitkräfte müßten, so das Fazit, auf der Straße eingesetzt werden, *„um sich dieser Horde von Banditen entgegenzustellen, um sie zu neutralisieren und sie systematisch zu zerstören."* (8)

Informelle Ökonomie, Politik und „Verbrechen"

Der Staat hat sich schon längst aus den „verlorenen Gebieten" zurückgezogen und die Bewohner ihrem Schicksal überlassen. Mehr als 50 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Brasiliens arbeiten im informellen Sektor, 30 Prozent des Sozialprodukts werden hier erwirtschaftet. (9) Die Übergänge zwischen Armut, Kleinkriminalität, prekären Gelegenheitsarbeiten und (Drogen-)Handel sind fließend. Die örtlichen Parallelstrukturen der illegalen Drogenökonomie bestimmen ganze Stadtteile, sorgen für Beschäftigung, Sozialleistungen und „Ordnung". Ähnlich wie in anderen Staaten Lateinamerikas stellen die Geschäfte mit Drogen einen florierenden Wirtschaftszweig dar. Besonders seit die USA ihren ideologischen Kampf gegen die Drogen in Kolumbien verschärfte, wurde im internationalen Handel auch auf Brasilien ausgewichen. Ein großer Teil des Absatzes wird jedoch in dem größten Land Südamerikas selbst getätigt. Der „Binnenmarkt" ist groß genug, um hier für ein glänzendes Geschäft zu sorgen.

Der illegale Handel beschäftigt dabei allein in Rio schätzungsweise über zweihunderttausend Personen. Für marginalisierte Jugendliche bedeutet er zumeist die einzige Möglichkeit, an Warentausch und Geldzirkulation teilzunehmen: Die Drogenökonomie basiert vor allem auf der Billiglohnarbeit. Die arbeitslosen und mobilen Jugendlichen stellen das wichtigste Rekrutierungsfeld für diese Art von Unternehmen dar.

Der Handel ist betriebswirtschaftlich organisiert, die Drogengelder sind ein wesentlicher Beitrag zu den Finanzmärkten des Landes. In Rio streiten sich regelrechte „Konzerne" um die Kontrolle und Aufteilung der Branche. Das *Commando Vermelho*, einer der größten Drogenringe, verdankt dabei seinen Erfolg der Kombination von Waffengewalt und lokaler Sozialpolitik. Der Erfolg des „roten Kommandos" erzählt jedoch auch eine andere Geschichte. Glaubt man den Berichten von einigen lokalen Journalisten, bekamen in den 70er und 80er Jahren die „sozialen Kriminellen" im Knast Kontakt zu den politischen Gefangenen aus der damaligen Stadt-Guerilla. (10) Die zumeist aus den *favelas* stammenden Gefängnisinsassen übernahmen die Organisationsformen und Teile des politischen Konzepts der verurteilten Kader, die häufig Mitglieder maoistischer Gruppen waren. Die „Verankerung im Volk" wurde später zum wichtigen Bestandteil der Geschäftspolitik: Ein Teil der Gewinne wurde an die Bewohner der Armenviertel gegeben, die Schwächsten wurden bei Krankheit und sozialer Not finanziert. Damit konnten sie Sympathie und Unterstützung bei der *favela*-Bevölkerung erreichen – bei der Erschließung und Verteidigung des Marktes gegen rivalisierende Gruppen und gegen die Polizei ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Einen weiteren großen Wirtschaftsbereich stellt in Rio das Glückspiel *jogo de bicho* dar. Offiziell verboten, beteiligt sich fast jeder daran. Die Lotterie basiert auf Tiersymbolen, so daß man des Lesens nicht kundig sein muß. Außerdem ist eine Beteiligung auch mit geringen Einsätzen möglich, was die Beliebtheit des Spiels in den armen Bevölkerungsschichten erklärt. Neben dem Drogenhandel ist das *jogo* der zweite große illegale Arbeitsmarkt und setzt mehrere hundert Millionen Dollar im Jahr um.

Aller gegenteiligen Rhethorik zum Trotz werden die Parallelstrukturen kaum ernsthaft von staatlicher Seite gefährdet. Schließlich geht es bei den gesetzwidrigen Branchen auch für die staatlichen Repräsentanten letztlich um einträgliche Geschäfte, bei denen bis in die höchsten Regierungsämter gut mitverdient wird. Gerade die *law-and-order*-Politiker stützen sich gerne auf Kräfte, die mit dem Komplex aus Drogenhandel und Glücksspiel verbunden sind. Politik und „Verbrechen" gehen ineinander über: *„Der Bürgermeister von Rio, der im Wahlkampf den Einsatz des Heeres versprach, stand auf der Zuwendungsliste des illegalen Glücksspiels."* (11) Ebenso werden viele Polizeibeamte auf den Gehaltslisten von Drogen- und Glücksspielbossen geführt. Ein Großteil des Polizeiapparates ist außer direkter staatlicher Kontrolle geraten. (12) Die geringe staatliche Besoldung prädestiniert die Beamten geradezu für „Nebentätigkeiten" in privaten Sicherheitsdiensten, die die Funktion der Polizei übernehmen – in Rio werden dafür jährlich mehrere Milliarden Dollar ausgegeben.(13)

Helio Tavares Luiz, Chef der Kriminalpolizei in Rio, nannte in der *Veja*, dem größten brasilianischen Nachrichtenmagazin, die Gründe, wieso die Polizei kein Mittel gegen „das Verbrechen" findet. Seiner Ansicht nach hat die Elite Brasiliens kein Interesse an *„einer ernsthaften Polizei"*, die mit modernen Mitteln ausgerüstet ist. Die Oberschicht sei selbst zu tief in die illegalen Geschäfte verwickelt. *„Die Polizei ist gewalttätig, schlägt und foltert, weil die Elite der Gesellschaft es so will. Sie will eine Polizei, die gegen die Armen vorgeht, aber keine, die sich gegen sie selbst wenden könnte."* (14)

Neoliberale Funktionalität

Die Aufteilung der Stadt ist damit durchaus funktional. In den Armutszonen sorgen Drogenhandel und Glücksspiel noch für eine funktionierende Kapitalakkumulation, die in die nationale und internationale Geldzirkulation integriert ist. Für die marginalisierte Jugend stellt sie eine gefährliche Einnahmequelle dar, zu der kaum Alternativen bestehen. Für die Mittel- und Oberschicht ist sie hingegen Hort des Bösen. Die Ausdehnung der sozialen Verelendung wird als Bedrohung durch die außer Kontrolle geratene Armutsökonomie wahrgenommen. Solange die Armut und die Gewalt auf den „Hügeln" blieb, konnte man sie leicht ignorieren. Seit der Besetzung der *favelas* durch die Armee baute „das Verbrechen" aber neue Geschäftszweige auf: Zwar ging nach Angaben der Militärs der Drogenhandel um 50 Prozent zurück, zugleich nahmen jedoch die Banküberfälle um 200 Prozent zu und die Entführungen verdreifachten sich. (15)

Unter dem Motto *„Reage Rio"* (Tu etwas, Rio) zogen daher Ende November letzten Jahres etwa 100 000 Einwohner von Rio durch das Zentrum der Stadt, um gegen die Gewalt zu protestieren – zur gleichen Zeit, als die „Febral 95" in São Paulo stattfand. (16) Symbolträchtig begann der Zug vor der Candelaria Kirche. Acht Straßenkinder waren an diesem Ort 1993 von einem Todesschwadron ermordet worden. Nach dem Massaker wurde die Bürgerbewegung *„Viva Rio"* (Rio soll leben) gegründet, die nun zu der Demonstration aufrief. Doch weniger das Schicksal der Straßenkinder hatte diese Reaktion ausgelöst.

Als im Oktober an einem Tag gleich drei Angehörige von reichen Familien verschleppt wurden, erhielt die Bürgerbewegung, die bisher wenig Resonanz hatte, schlagartig Verstärkung durch Unternehmerverband und Massenmedien. Was die vermögende Klasse weit mehr bedrückt als Todesschwadrone und Elend: Allein 1995 wurden fast hundert prominente Familienangehörige entführt. Damit wurde deutlich, daß den Privilegierten die Abschottung in ihren Vierteln keinen hinreichenden Schutz mehr gewährt.

Die Eliten werden zunehmend mit den Folgen ihrer eigenen Politik konfrontiert, die einige Inseln des Wohlstands und ein Meer der Verwüstung und des sozialen Elends schafft. Seit Ende der 80er Jahre schließen sich die ökonomische und politische Führungsschicht in Brasilien den neoliberalen Glaubenssätzen des Weltmarktes an, setzt sich der Ruf nach Privatisierung und Deregulierung des Staates durch. Bleibt die Armut aber nicht in den ihr vorgegebenen Grenzen, taucht der Drogenhandel nicht nur in Form gewaschener Gelder auf den Finanzmärkten und den Bankkonten korrupter Politiker auf, wird Anlaß zum Handeln gesehen. Ist der Staat nicht mehr in der Lage, die Grenzen der abgesteckten Territorien aufrechtzuerhalten, so wird auch dieser Zweig der öffentlichen Sicherheit privatisiert: durch Todesschwadrone und private Killerkommandos. Diese Art von Neoliberalismus ist vielleicht in den Lehrbüchern seiner Theoretiker nicht vorgesehen, widerspricht ihnen jedoch auch nicht. In einer postmodernen Realität werden soziale Unterschiede auf abgesteckten Territorien festgeschrieben, existieren der soziale Bürgerkrieg mit Todesschwadronen und Ausnahmezustand in den Armensiedlungen neben der formalen Demokratie und den konsumfreudigen Mittelschichten. Diese Ordnung der Gesellschaft folgt dabei fast naturwüchsig der liberalen Modernisierung der brasilianischen Gesellschaft.

Der diskrete Charme des Weltmarkts

Wie kein anderer steht der heutige Präsident Fernando Henrique Cardoso für die Modernisierung des brasilianischen Kapitalismus. In den sechziger Jahren wurde er bekannt als ein führender Vertreter der Dependenztheorie. Aufgrund der ungleichen Handelsbeziehungen, der „Terms of trade", so die These, befänden sich die Länder der Dritten Welt in einer permanenten ökonomischen Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren. Cardoso variierte dieses Paradigma. *Cresimento e pobreza* (17) hieß eine seiner ersten Schriften. Die Idee, die dem Buch zugrundeliegt, ist folgende: Brasilien wachse wie kaum ein anderes Land auf der Welt, und an der Seite des Reichtums wachse die Armut. Als Lösung sollten die Länder Lateinamerikas eine Entwicklungsstrategie einschlagen, die im wesentlichen auf eine Kopie des fordistischen Modells in den Metropolen hinauslief. Unter den Bedingungen einer nachholenden Entwicklung und der einseitigen Abhängigkeit bedurfte es jedoch staatlicher Schutzmaßnahmen, um den Aufbau einer einheimischen Industrie zu organisieren. Mit Hilfe von protektionistischen Maßnahmen sollten einheimische Produkte die hochwertigen Importe substituieren, die agrarischen Exporte durch industrielle Produkte ersetzt und ein funktionierender Binnenmarkt geschaffen werden. Die Realisierung fand zwar unter der Regie einer autoritären Militärdiktatur statt, die grundlegenden wirtschaftlichen Prämissen waren jedoch auch den Ansichten der linken Abhängigkeitstheoretiker ähnlich. Diese forderten insbesondere eine Demokratisierung der Gesellschaft, um eine gerechte Verteilung des Reichtums zu ermöglichen.

Die Finanzierung erfolgte in der Aufbauphase durch umfangreiche Kredite aus den Metropolen – in den 60er und 70er Jahre waren diese reichlich und billig zu haben. Als Anfang der 80er Jahre die Reagan-Administration eine neokonservative und monetaristische Wende in der Wirtschaftspolitik einleitete, kollabierte die ganze Strategie des „Wachstums durch Verschuldung". Die weltweite Zinserhöhung und der starke Anstieg des Dollarkurses machte bei den hochverschuldeten Ländern die Zins- und Kredittilgung nahezu unmöglich. Auf diese Weise schlug die Krise des Fordismus, die in den siebziger Jahren in Europa und den USA eingesetzt hatte, mit zeitlicher Verzögerung, dann allerdings mit noch gravierenderen Folgen, auf Lateinamerika durch.

In den 80er Jahren, dem „verlorenen Jahrzehnt", setzte eine Deindustrialisierung gigantischen Ausmaßes ein: Der Versuch, eine gegenüber dem Weltmarkt relativ autonome Entwicklung durchzuführen, hatte ein ökonomisches und soziales Desaster zur Konsequenz. Zumindest wurde damit deutlich, wie ungenügend der Begriff Abhängigkeit war, um die Strukturen des globalen Kapitalismus zu beschreiben. Die Perspektiven einer nationalen Entwicklung in der kapitalistischen Peripherie erwiesen sich durch die offenkundig fehlenden Möglichkeiten eines halbwegs autonomen, auf relativer Abkopplung vom Weltmarkt gestützten Industrialisierungsprozesses als nicht realisierbar.

Als Folge dieser Entwicklung wurden die nationalen Modernisierungspläne aufgegeben. Nicht mehr die Abkehr, sondern die bedingungslose Integration in den Weltmarkt wurde nun zur Grundlage der Wirtschaftspolitik erhoben. Am besten brachte Cardoso diese Umkehrung auf den Punkt: *„Wir sehen heute in dem System der internationalen Integration und Partizipation nicht mehr die Ursache unserer Probleme, sondern deren Lösung."* (18) Dieser Satz ist das Ergebnis wechselvoller Anpassung an die Verhältnisse, denn nur deren Akzeptanz ermöglicht scheinbar einen Fortschritt. Mit der Abkehr von der staatlich zentrierten Form von Akkumulation und politischer Organisation verliert das Kapital seinen scheinbar „nationalen" Charakter. Die entscheidende Dimension gewinnt diese Akkumulationsstrategie durch die Rationalisierung und die Globalisierung der Produktion, die letztlich die Zerschlagung der staatsreformistischen Steuerung des Fordismus zur Konsequenz hat.

In Brasilien besorgt Cardoso sehr erfolgreich das Geschäft, sein Land an die Bedingungen des Weltmarkts anzupassen. Zentrale Punkte seines Programms sind die Privatisierung der Staatsindustrie und die Öffnung der einheimischen Industrie für den internationalen Wettbewerb. Als Exempel diente sein Vorgehen bei dem Streik der Petrobras-Arbeiter. Dieser größte und wichtigste Betrieb im Energiebereich nahm in den ehemaligen Entwicklungsplänen eine zentrale Rolle ein und galt als „strategischer Sektor", der unter strikter staatlicher Kontrolle zu bleiben hatte. Im Mai letzten Jahres wurde die Petrobras im Rahmen der neuen Wirtschaftspolitik privatisiert. Der Streik der Belegschaft, die um ihre relativen Privilegien fürchtete, wurde unter dem Einsatz der Armee zerschlagen. Dies bedeutet daher nicht nur eine Zäsur der staatlichen Wirtschaftspolitk, sondern auch eine fundamentale Niederlage der organisierten Arbeiterschaft Brasiliens.

Als Folge der Weltmarktöffnung und der staatlichen Deregulierungsmaßnahmen beschleunigte sich das Auseinanderklaffen der brasilianischen Gesellschaft. Im Rahmen der nachholenden Entwicklung konnte mit großem Aufwand in einigen Bereichen eine hochwertige Industrieproduktion, zum Beispiel in der Automobilindustrie, aufgebaut werden. Diese Sektoren können sich auch erfolgreich in den Weltmarkt integrieren. Für den Rest bleibt allerdings nicht einmal mehr die Hoffnung auf Integration. Denn der moderne Teil der Gesellschaft koppelt sich in wachsendem Maße vom Rest des Landes ab. Das Schlagwort von „Belindia" verdeutlich dies: Ein Teil der brasilianischen Gesellschaft weist eine Sozialstruktur und eine

Wirtschaftsleistung auf, die mit den westlichen Industrienationen (z.B. Belgien) verglichen werden kann. Der Rest exisitiert auf einem Entwicklungsniveau von Indien (oder darunter).

Angesichts des globalen Kapitalismus gibt es kein Land mehr, das von der Dynamik des weltumspannenden kapitalistischen Akkumulationsprozesses auch nur relativ unabhängig wäre. Die Alternative besteht nicht zwischen Abhängigkeit oder Autonomie, sondern zwischen der passiven Unterwerfung unter die Dynamik des globalen Akkumulationsprozesses und der Bewahrung von Spielräumen, die es ermöglichen, die Art und Weise der Eingliederung in den Weltmarkt noch zu beeinflussen. Glückt der Anschluß, können damit die sozialen Folgen vielleicht irgendwann etwas abgemildert werden. Nein, nicht neoliberal sei sein Programm, sondern *neosozial*, erklärt Cardoso bei jeder Gelegenheit. Besser kann man mit einem Wort das ganze Projekt nicht beschreiben.

Brasilien beginnt in New York

Die Spaltung der Peripherie in erfolgreiche Schwellenländer, die zum Teil mit hochtechnologischen Produkten in den Weltmarkt eingebunden sind und in Regionen, die bestenfalls noch als Rohstofflieferant oder zur Mülldeponie tauglich sind, nimmt zu. Brasilien verbindet beide Entwicklungen. Gleichzeitig bilden sich innerhalb der kapitalistischen Zentren im Zuge dieser Umbrüche ebenfalls „Drittwelt"-Zonen mit entsprechenden Arbeits- und Lebensverhältnissen heraus. Die Unterschiede zwischen Metropolen und Peripherie verschieben sich. *„Der Graben zwischen Arm und Reich wird immer tiefer. Es ist (...) die Walze der amerikanischen Rechten, die (...) über das Land geht und daraus ein anderes Brasilien macht: ein Häuflein unermeßlich reicher Leute in bewachten Arealen, umgeben von einem Meer der Armen."* beschreibt Paul Auster die Entwicklung der USA exemplarisch am Zustand seiner Heimatstadt New York. Auch dort werden im öffentlichen Bewußtsein Ursache und Folgen vertauscht. Nicht mehr die Armut, sondern die Armen werden zum eigentlichen Problem erklärt: Panisch erleben die Priviligierten den Rest der Welt nur noch als Bedrohung – als Ungeziefer und Parias, als Sozialschmarotzer und Kriminelle, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt.

Armut und soziale Marginalisierung breiten sich quer zu den traditionellen Klassengrenzen aus. Ökonomische, soziale und kulturelle Gemeinsamkeiten sind immer weniger gesellschaftsübergreifend. In dem Maße, wie die Totalität der kapitalistischen Vergesellschaftung ihre Destruktivität entfaltet, wird es schwierig, noch ein Subjekt der Emanzipation zu finden. Noch vor ein, zwei Jahrzehnten konnte sich beispielsweise die internationale Solidaritätsbewegung auf die verschiedenen Organisationen der revolutionären Linken stützen. Sie hatten, wie fehlerhaft auch immer, ähnliche Vorstellungen über die Ursachen des gesellschaftlichen Elends, waren gut organisiert und sprachen mit den gleichen Begriffen. Wer aber kannte vor seinem „TV-Auftritt" schon Cristion Mesquita? Die „neuen Subversiven" sind weder organisiert noch verfügen sie über die Möglichkeiten der modernen Kommunikation – und sind damit weder auf poltische Diskurse noch auf Agitation aller Art besonders gut zu sprechen. Für sie kommt ein „Linker" in der Regel aus der selben anderen Welt wie die Nachrichtensprecher in TV Globo.

In *„künftigen Formen der Unterdrükkung"*, schreibt Horkheimer, *„könnte das Kapitalverhältnis periodisch verfallen, um sich immer wieder daraus zu erheben. Das abwechselnde Bestehen dieser Formen der Produktion gliche in seinen Metamorphosen dem mystischen Vogel Phönix, der, nachdem er sich selbst verbrannt hat, aus der eigenen Asche wieder verjüngt aufersteht."* Aus den Ruinen einer „nachholenden Entwicklung" steigt ein neuer Kapitalismus – barbarischer als seine Vorgänger, aber effizient funktionierend. Die Ideale der bürgerlichen Gesellschaft von einer „höheren Zivilisation" wandeln sich zur negativen Utopie.

Exemplarisch kann dies an den eingangs geschilderten Repressionen gegen die soziale Armut gezeigt werden. Folgt man den Berichten verschiedener brasilianischer Zeitungen (19), so sind die Todesschwadrone in Rio straff betriebswirtschaftlich organisert. Sie funktionieren als eine Art Dienstleistungsunternehmen für Auftragsmorde. Recherchen ergaben, daß die Gewinne aus dieser „Branche" reinvestiert werden und bei der Finanzierung von geplanten *Shopping Centers* wieder auftauchen. Die Sektoren, die aus den modernen Produktionssektoren herausfallen, werden wieder neu in die Wertschöpfung integriert. In dieser Hinsicht ist der brasilianische Kapitalismus hochmodern und birgt noch ungeahnte „Wachstumspotentiale": Die Beseitigung des massenhaft erzeugten Elends wird selbst wieder kapitalistisch organisiert.

Anton Landgraf

Anmerkungen:

1) Tagesspiegel, 30.11.1995

2) Interview mit Elói Pieta, in: FDCL (Hg.): Carandiru – das Gefängnismassaker in São Paulo, 1995, Berlin.

3) Angaben nach: Karam, Maria: Violenêcia punitiva: un genocídio silencioso e cotidiano, in: Proposta, Nr. 60, S. 41ff.,1994, Rio de Janeiro.

4) Zitiert nach: O Dia, 8.7.1993 (Rio de Janeiro)

5) Mike Davis: City of Quarz, 1994, Berlin

6) Fatheur, Thomas: Krieg in den favelas – Fest auf dem Asphalt, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 250, April 1995, S. 46ff., Berlin.

7) Gilberto Dimenstein schreibt in der Folha de São Paulo vom 16.11.1992: „Für die SAE (Secretaria de Assuntos Estratégicos) bedroht der soziale Krieg die Sicherheit. Die SAE, Nachfolgerin des aufgelösten Geheimdienstes der Diktatur, ist der Auffassung, daß die Sicherheit Brasiliens „ernsthaft bedroht" sei – aber nicht mehr von potentiellen Grenzkonflikten oder politschen Subversiven, sondern von dem sozialen Krieg, der es möglicherweise erfordern wird, daß die Streitkräfte wieder ihre Kasernen verlassen und auf der Straße die Ordnung wiederherstellen.

8) Zit. nach The Guardian 7.9.1990.

9) Zaluar Guimaraes, Alba: A máquina e a revolta. As organicaciones populares e o significado da pobreza, 1992, São Paulo.

10) Pessos Guimaraes, Alberto: As classes perigosas. Banditismo rural e urbano, 1986, Rio de Janeiro.

Fota Neto, Antonio: Os novos subversivos. Marginalidade e Poder, Estado e Sociedade, 1985, Brasilia.

11) Fatheur, Thomas: Gewalt in Rio de Janeiro, in: Lateinamerika. Analyse und Berichte, Nr. 16, S. 31ff, 1995, Bad Honnef.

12) „Das eigentliche Problem ist also nicht das Scheitern des staatlichen Gewaltmonopols in Rio, sondern dessen Umwandlung in eine weitere Räuberbande." Zit. nach: Fatheur, Thomas: In Rio greift das Militär ein, in: Lateinamerika Nachrichten, Dez. 1994, Nr. 246.

13) „Heute hat fast jeder Polizist einen zweiten Job – der Nebenjob ist die Haupteinnahmequelle und die reguläre Arbeit eine Nebenbeschäftigung. (...) Die ganze Struktur der normalen Polizeiarbeit ist zerfallen, denn die Polizisten sind davon abhängig, in den privaten Sicherheitsdiensten zu arbeiten." Zitiert nach: Interview mit Tania Moreira, in: Lateinamerika-Nachrichten Nr. 250, April 1995, Berlin.

14) Veja vom 15.11.95

15) Interview mit Volmer do Nascimento, in :Lateinamerika-Nachrichten Nr. 250, April 1995, Berlin.

16) FR, 30.11.1995

17) Cardoso, Fernando Henrique: Cresimento e Pobreza, São Paulo, 1975 (deut.: Wachstum und Armut).

18) FR, 14.10.1995

19) Z.B.: O Dia, 8.7.1993

Vom globalen Kapitalismus zur „wahren Demokratie"

„Der nationale Wettbewerbsstaat" von Joachim Hirsch

„Wer kann angesichts der Verhältnisse was tun, damit die Chance zur Realisierung einigermaßen vernünftiger, gerechter und freier Verhältnisse erhalten bleibt?" Eine Antwort auf diese Frage versucht Joachim Hirsch in seinem neuen Buch „Der nationale Wettbewerbsstaat" (1) zu finden. In der alten Bundesrepublik war er als Mitglied des Sozialistischen Büros und der Zeitschrift *links* bekannt: Seine Untersuchungen über den „Sicherheitsstaat" und „Das neue Gesicht des Kapitalismus" wurden in den 80er Jahren bei den Linken in der Ökologie-Bewegung ebenso rezipiert wie bei den Autonomen. Auch in seiner neuesten Veröffentlichung erweist er sich als illusionsloser Kritiker der Verhältnisse, doch seine politischen Hoffnungen setzt er in eine Bewegung des „radikalen Reformismus".

Sein Versuch, positive Ansätze in der derzeitigen Linken zu finden und zu verstärken, führen ihn dazu, Eigenschaften in die Akteure hineinzulesen, die nicht vorhanden sind – und diese Spekulation noch scheinbar theoretisch zu untermauern. So entdeckt der Frankfurter Politik-Professor und, laut Klappentext, Medico International-Vorstand, seine Hoffnungsträger für eine Überwindung des Kapitalismus unter anderem in den Nichtregierungsorganisationen (NGO). In ihnen findet Hirsch, was er sonst überall vermißt: Basisdemokratisch sollen sie sein, lokal verankert und doch global agierend. Er entwirft ein Szenario, demzufolge die demokratische politische Kontrolle über die kapitalistische Ökonomie hergestellt werden muß, um sie für ein gemeinschaftliches Wohl umzugestalten. Damit belebt er alte Irrtümer der Arbeiterbewegung wieder. Diese strategische Illusion konnte man beispielsweise auch im Februar 1996 im Vorfeld der Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises aus der SPD vernehmen, wo die politische Umsteuerung gegen den Primat der Ökonomie gefordert wurde. Eine antikapitalistische Perspektive kann jedoch niemals in dem Versuch bestehen, die politische Kontrolle der Ökonomie in Hinblick auf ihre Gemeinverträglichkeit durchzusetzen, sondern nur in der Abschaffung der Wertvergesellschaftung. Um die Geschichte voranzutreiben, muß die Kritik der verschiedenen Formen der Affirmation und der Integration in ihrem Bezug auf die Gesellschaft geleistet werden. Die Abschaffung des Werts wird natürlich nicht durch die Kritik bewirkt. Diese kann nur verdeutlichen, was alles mit dem kapitalistischen Prinzip zusammenhängt. Die Kritik der falschen Vorstellungen vom Kapitalismus und seiner Abschaffung muß selbst ein Element der Radikalisierung werden.

Bei einigen Reaktionen auf das Buch sind zwar kritische Fragen zu Hirschs Konzept des „radikalen Reformismus" gestellt worden, so z.B. in *Die Beute* 3/95 oder im *AK* vom 11.1.96. Das Buch ist jedoch ein in sich geschlossenes Werk, der theoretische und der beschreibende Teil stehen in direkter Beziehung zueinander. Es reicht daher nicht aus, die Schlußfolgerungen ohne deren Herleitung zu behandeln.

Das Buch

Hirsch knüpft zunächst an die Diskussion um die materialistische Staatskritik aus den 70er Jahren an. Als Basis der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise wird die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln verstanden. Die Arbeitskraft werde selbst zu einer Ware, deren Preis auf dem Markt festgelegt sei, wodurch das vorkapitalistische Zwangsverhältnis durch eine Vertragsbeziehung abgelöst werde. Erst im Kapitalismus ist die ökonomische und die gesellschaftliche Macht mit der politischen nicht mehr unmittelbar identisch, woraus er folgert, daß die Herrschaft einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden könne. Aus der notwendigen Kritik am Ökonomismus, wie sie auch in den 70er Jahren formuliert wurde, entwickelt Hirsch damit nur die relative Autonomie der Bereiche Ökonomie und Politik. Ihre postulierte „widersprüchliche Einheit" (S. 22) bleibt so unreflektiert wie der Begriff selbst und ohne Auswirkung auf die Theorie. So wird die Politik die entscheidende Ebene für die Abschaffung des Kapitalismus, denn in der Möglichkeit der gemeinsam formulierbaren politischen Strategie liege eine relative individuelle Freiheit. Revolutionäres Handeln sei weniger durch die Radikalität der materiellen Ziele, sondern dadurch gekennzeichnet, daß sie sich den kapitalistischen Formen bewußt entgegenstellt und sie durchbricht.

Der Staat stehe scheinbar über der Konkurrenz und den sozialen Kämpfen, seine relative Autonomie macht ihn zum Ort der Vermittlung und des sozialen Kompromisses. Gelingt das Ausbalancieren nicht, so kommt nach der Überzeugung von Hirsch die Krise: Wenn die Profite z.B. durch soziale Zugeständnisse gefährdet oder die Lohnabhängigen durch Arbeitslosigkeit geschwächt seien, verändere sich die Bedingung staatlicher Politik.

Um diese Entwicklung theoretisch zu erklären, greift Hirsch auf die Regulationstheorie zurück, die Ende der 70er Jahre von französischen Neomarxisten wie Alain Lipietz begründet wurde. Diese Theorie unterscheidet zwischen der Akkumulation und den gesellschaftlichen und politischen Institutionen, welche die Aneignung des Reichtums regulieren und sich nach den jeweiligen historischen Bedingungen verändern. Den Regulationstheoretikern zufolge veränderte sich mit der einsetzenden Massenproduktion im Fordismus und dem Fabrikarbeiter als vorherrschendem Sozialtypus auch die Funktion des Staates. Dessen Aufgabe bestand nun in der Integration der Arbeiterschaft: In Krisenzeiten nahm der Staat Kredite auf, vergab Aufträge an die Industrie und finanzierte soziale Leistungen. Politisch fand dieser Klassenkompromiß in den Volksparteien seinen Ausdruck, die jeweils die Sicherung des sozialen Ausgleichs versprachen.

Heute sei nun der Zusammenhang von Massenkonsum, Sozialstaat und Akkumulation zerbrochen. Die Steigerung der Produktivität erzwang eine verstärkte Exportorientierung, die hohen Löhne wurden zu einem wichtigen Standortproblem. Neue Verfahrenstechniken wurden eingeführt, um diese Kosten zu senken. Rationalisierung und Globalisierung führten zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung. Mit der Änderung der Akkumulationsweise ändert sich in der Theorie von Hirsch auch die Regulation: Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Spielräume nationaler Regierungen werden stark beschnitten. Der Staat würde nun selbst wie ein modernes Unternehmen geführt, dessen vorrangiges Ziel in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit liege. Die Politik reduziere sich damit auf die direkte Vermittlung der „Systemzwänge". Auch die Gewerkschaften seien an das Gelingen der Kapitalverwer-

tung gebunden und mutierten zum bloßen Co-Management der Unternehmensleitung. Die Globalisierung der Ökonomie und die Reduzierung der staatlichen Funktionen führe somit zur Auflösung der Massendemokratie in Form der Volksparteien und Gewerkschaften. Der staatliche Auftrag, das Auseinanderbrechen der ökonomischen und sozialen Reproduktion im Kapitalismus zu verhindern, werde damit massiv bedroht. In der Konsequenz bedeute dies eine Krise politischer Vermittlung.

Das Fehlen politischer Konzepte führe nun zu einem andauernden Kampf um das neue Gesicht des Kapitalismus. Dieser Kampf werde nach Hirsch zunehmend durch „private" Akteure jenseits der staatlichen Institutionen ausgetragen, weil sich diese im Zeichen des Postfordimus mehr und mehr aus der Regulation zurückzögen. Hirsch setzt nun auf die NGOs, die als übernationale Zusammenschlüsse Elemente der „wahren Demokratie" in das entstehende Regulationsvakuum einbringen könnten. Solange die Akteure zur Abschaffung des Kapitalismus aber noch nicht auf den Plan getreten seien und eine globale antidemokratische und autoritäre Entwicklung die Politik dominiere, geht es nach Hirsch zunächst einmal darum, die Demokratie, wie sie heute existiert – und von der Arbeiterbewegung erkämpft wurde –, sowie die im Staat gewährten Menschenrechte gegen die Angriffe zu verteidigen und zu sichern. Dies sei eine Voraussetzung für die Transformation des Kapitalismus zur „wahren Demokratie". Voraussetzung einer emanzipativen Entwicklung sei die Wiederherstellung politischer Kontrolle über den globalen Akkumulationsprozeß und die Absicherung von Minimalstandarts sozialer Sicherheit, materieller Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung.

Staat und Gesellschaft

Hirsch hat ein recht ungezwungenes Verhältnis zu den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie. Er bezieht sich zwar auf Marx, spielt dabei aber dessen Frühschriften gegen den Marx der Kritik der politischen Ökonomie aus. Sein Vorhaben, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und deren Beziehung zur Demokratie zu klären, nimmt entsprechend einen verhängnisvollen Lauf. Er macht die historische Trennung von Staat und Gesellschaft bei der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft zur Grundlage seiner Überlegungen. Die Empirie wird dabei nicht auf ihre Ursachen zurückgeführt, sondern dient unmittelbar der Erklärung: Erst wenn der Staat als politisch zentralisierter Gewaltapparat von der Gesellschaft und deren Ungleichheits- und Machtverhältnissen formell getrennt ist, wenn ökonomische und gesellschaftliche Macht mit der politischen nicht unmittelbar identisch sei, könne Herrschaft einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden (S.13). Demokratie wird als Volkskontrolle zum Widerspruch gegenüber der Klassenherrschaft erklärt, ohne daß deutlich wird, worin sich Herrschaft und Demokratie überhaupt widersprechen.

Mit der Möglichkeit der politischen Kontrolle entsteht nach Hirsch ein in der bürgerlichen Gesellschaft eingeschriebenes Element der Freiheit (S. 30). Diese sei im Rahmen des Kapitalismus zwar an strukturelle Zwänge wie den Staat gebunden, beinhalte jedoch ebenso die „grundlegenden demokratischen Prinzipien (...), kurz: die Menschenrechte, selbst in ihrer höchst widersprüchlichen und unvollständigen Entwicklung". (S.15) Der Staat wird als janusköpfig geschildert: Einerseits ermöglicht er die Demokratie, andererseits ist er wesentliche Ursache für ihre Begrenztheit. Das darin enthaltene Widerspruchsdiktum geht einer Klärung aus dem Weg, die Widersprüche bleiben unvermittelt nebeneinander stehen. Der Staat ist sowohl struktureller Zwang als auch Herberge für Demokratie und Menschenrechte. Der entscheidende Punkt, daß die demokratische Politik keine Freiheit gegenüber der Ökonomie gewähren kann, und zwar nicht nur, weil sie für die kapitalistische Ökonomie funktional ist, sondern vor allem, weil sie durch die kapitale Vergesellschaftung mitkonstitiert ist, dieser entscheidende Punkt bleibt außerhalb der Gedankenführung.

Hirsch behauptet einen Primat der Politik über die Ökonomie. Um dies überhaupt plausibel erscheinen zu lassen, stattet er die Trennung von Politik und Gesellschaft mit überhistorischen Qualitäten aus: Die Politik sei ein Hinweis auf die den Menschen eigentümliche „politische Gemeinschaftlichkeit" (S.18). „Der Staat ist nicht nur Zwangsapparat, sondern in ihm drückt sich, da er scheinbar über der Konkurrenz und den sozialen Kämpfen steht, zugleich – wenn auch in einer verdinglichten und verobjektivierten Weise – die politische Gemeinschaftlichkeit der Gesellschaft aus." (S. 20) Der Staat wäre dann zugleich kapitalistische Form, und allgemeine menschliche Gemeinschaftlichkeit. Folgt man dieser Überlegung, dann wäre der Nationalismus wahrscheinlich eine Form der fehlgeleiteten Gemeinschaftlichkeit. Mit seinen analytischen Elementen übernimmt Hirsch die widersprüchlichen Kategorien bürgerlichen Denkens für seine weitere Argumentation: Die Demokratie wird im Namen des Allgemeinwohls durch den Citoyen eingeklagt, der sich gegen die Macht des egoistischen (ökonomischen) Interesses des Bourgeois verteigen muß. Bei Hirsch bewegt sich die Trennung von „Politik" und „Ökonomie" in dem Gegensatz von ökonomischer (Klassen-)Herrschaft auf der einen und Freiheit und Selbstbestimmung aller Menschen auf der anderen Seite (S. 23). Daraus ergibt sich dann wie von selbst sein Vorhaben der Demokratisierung des Politischen. Insgesamt ist diese Auffassung begrifflich auf der phänomenologischen Ebene der Beschreibung der bürgerlichen Gesellschaft verankert – und damit ebenso willkürlich wie diese. Die Trennung von Politik und Ökonomie bei der Herausbildung des Kapitalismus eröffnet aber gerade nicht die Option, die eine Seite mittels der anderen zu kontrollieren. Vielmehr ist diese Trennung notwendige Voraussetzung dafür, daß der Verwertungsprozeß als Ganzes funktionieren kann und sich allein politischen „Regulationsversuchen" gegenüber in seinen Grundfesten als unerschütterbar erweist.

Gefährdung der Demokratie

Das Vorhaben, den Kapitalismus über dessen politische Form abzuschaffen, führt Hirsch auf die Suche nach Anknüpfungspunkten, die sich für diesen Zweck nutzen lassen. Das entscheidende Moment, das nach seiner Auffassung zum Kapitalismus im Widerspruch steht, ist die „wahre Demokratie". Diese Überzeugung übersieht aber das für den Kapitalismus entscheidende Charakteristikum: Ökonomie *und* Politik sind durch den Verwertungsprozeß des Kapitals als Ganzes konstituiert. Sie stehen nicht im antagonistischen Widerspruch zueinander, sondern ergänzen sich. Dem entspricht, daß die Politik von Individuen ausgeführt wird, die als ökonomische Zwangscharaktere agieren. Auch die Menschenrechte sind den Bedingungen des freien Tausches, der an ein ebensolches Individuum gebunden ist, geschuldet. In diesem Zusammenhang ist auch deren Charakter bestimmt. Hirschs Auftrag für die Politik, die Demokratie zu entwickeln, bringt ihn bereits in der Darstellung völlig in die Defensive, denn zunächst muß er diese gegen die autoritären Entwicklungen verteidigen. Sein Kampf für die Demokratie erinnert nicht nur an die Programmatik der DKP vor 1989, sondern übernimmt auch noch deren taktische Varianten. „Da gegenwärtig weder die Konzepte noch die sozialen Kräfte für eine Überwindung des umfassend gewordenen kapitalistischen Produktionsverhältnisses sichtbar sind, kann es zunächst einmal nur darum gehen, eine politische Kontrolle des globalen Akkumulationsprozesses wiederherzustellen." Es gehe jetzt darum, „diejenigen Minimalstandards von sozialer Sicherheit, materieller Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung (zu) gewährleisten, ohne die

eine emanzipative Entwicklung, (...) nicht möglich ist." (S.180) Der Antikapitalismus wird bei Hirsch auf der Ebene des antifaschistischen Kampfes um den demokratischen Staat eingefroren: Die repräsentative Demokratie, von der Hirsch anderswo sagt, daß sie eine Abschaffung des Kapitalismus verhindern soll, muß unter diesen Bedingungen gegen den autoritären Staat verteidigt werden. Hier soll nun keineswegs die Notwendigkeit antifaschistischer Politik bestritten werden. Doch ist es grotesk, diesem Antifaschismus die Fähigkeit zuzusprechen, den kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus zu überwinden.

Krise des Politischen/ Zivilgesellschaft

Während früher die Arbeiterbewegung in einer ökonomischen Krise ihre Chance sah, den Staat zu erobern, um die Herrschaft der Kapitalisten abzuschaffen, soll heute, ginge es nach Hirsch, ein im globalen Kapitalismus durch den Rückzug des Staates entstehendes politisches Regulationsvakuum durch die demokatischen Initiativen erobert werden. Dies werde möglich, weil das neoliberale Konzept einer unbeschränkten Durchkapitalisierung der Welt weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene eine „halbwegs bestand- und konsensfähige Regulationsweise" (S.186) hervorbringen könne. Der Akkumulationsprozeß sei seiner politischen Regulation vorausgeeilt und hätte ein Vakuum der Herrschaft hinterlassen. Diese Entwicklung erzeuge nachhaltige soziale und politische Verwerfungen, die auf die ökonomische Entwicklung zurückschlagen und zu einer Destabilisierung des globalen kapitalistischen Systems führen würden. Das Fehlen politischer Konzepte habe einen andauernden Kampf um das neue Gesicht des Kapitalismus zur Folge.

Die vermeintlichen Subjekte dieses Kampfes tauchen bei Hirsch in den zivilgesellschaftlichen Institutionen auf. Auf sie hat er schon in den 80er Jahren seine Hoffnung gesetzt. Die sozialen Bewegungen wurden daher zum Hoffnungsträger der Durchsetzung neuer Verhältnisse. Leider reagieren die genannten Akteure bisher hilflos auf die Entwicklung. Richtete sich ihre Kritik am Fordismus vor allem auf Phänomene der politischen Erscheinungsebene oder partielle ökonomische Aspekte, so beschränkt sich ihre Aktivität nun auf moralische Appelle, die auch Hirsch kritisiert: „Übrig bleiben bei den meisten Vertretern der etwas hilflose und eher kulturkritisch gewendete Appell zu einer moralischen Erneuerung der Gesellschaft, (...) im Kern also eine eher romantisch gefärbte Kapitalismuskritik, deren konservative Züge unverkennbar sind." (S.166) Gemeint sind damit sowohl die deutsche Zvilgesellschaftsdebatte wie auch die US-amerikanischen „communitarians". Hirsch distanziert sich damit zwar von den philosophischen Positionen dieser Diskurse, nicht aber von ihrer gemeinsamen Grundannahme, daß von der Politik aus die Ökonomie zu zähmen wäre: „Die Möglichkeit, ähnlich wie in Osteuropa einen kritischen, gegen die herrschenden Strukturen von Staat und Gesellschaft gerichteten und die herrschenden institutionellen Formen radikal in Frage stellenden Begriff von 'Zivilgesellschaft' zu entwickeln, wurde völlig versäumt." (S.165) Der Gedanke an eine Ideologiekritik dieser Diskurse kommt Hirsch erst gar nicht.

Verurteilt Hirsch zunächst noch diese zahnlosen Vertreter der wahren Demokratie, so findet er anschließend unter ihnen sein Klientel zur Durchsetzung einer neuen „Regulationsweise": Eine emanzipative gesellschaftliche Veränderung gehe nicht über den Staat (seine Funktion ist strukturell festgelegt). Vielmehr bedarf es „der gesellschaftlichen Selbstorganisation, eines Netzes von praktischen Initiativen und Projekten", die sich „innerhalb der bestehenden sozialen Strukturen und Institutionen entwickeln und sich zugleich gegen sie richten" (S.190). Daher lautet natürlich die Gretchenfrage, wer im Streit der demokratischen Kräfte die Oberhand behält. Da helfe nur noch „ein politischer Kampf, der auf eine international verflochtene politische Selbstorganisation unabhängig von den herrschenden Institutionen begründet ist und der gleichwohl schrittweise institutionelle Reformen zum Ziel hat." (S. 204) Es käme darauf an, die mit der Globalisierung verbundene Funktionsveränderung des Nationalstaates nicht passiv hinzunehmen, sondern aktiv politisch-institutionell zu gestalten. Was auf der Tagesordnung stünde, wäre die Errichtung eines gänzlich neuen Systems demokratischer Entscheidungen (S. 202), ein den neuen globalen Bedingungen vielleicht angemessener „weltbürgerlich geöffneter Lokalismus" (S. 203).

Da Hirsch die Abschaffung des Kapitalismus mit den bestehenden Institutionen bewerkstelligen will, geht es im weiteren nur noch darum, deren Kampf in die richtige Richtung zu lenken. Als Träger einer solchen Entwicklung setzt Hirsch seine Hoffnung auf die NGOs, die sich die Wahrung der Menschenrechte und der Ökologie zum Ziel gesetzt haben. Aus Mangel an Alternativen bleiben selbst die hilflosen Forderungen auf dem Klimagipfel, die Frauenkonferenz in Peking u.ä.m. nicht unerwähnt. Warum aber sollen diese Bewegungen nun plötzlich eine theoretische und praktische Kritik entwickeln, die über das zuvor kritisierte Niveau der Zivilgesellschaft hinausgeht? Seine Argumentation wird reichlich voluntaristisch, hat er doch zuvor selbst ausführlich belegt, daß eine neue „Regulationsform" stets mit der Akkumulationsweise verbunden ist. Die Einforderung der Menschenrechte und demokratischer Verhältnisse sind nur im Zusammenhang mit den strukturellen Voraussetzungen zu sehen. Die „Basisorganisationen" sind in diesem Sinne selbst Ausdruck des Krisenprozesses. Wo der Staat dereguliert, müssen soziale Dienstleistungen zum Beispiel durch private Organisationen ersetzt werden. Wo staatliche Institutionen gänzlich ausfallen, bekommen selbst NGOs parastaatlichen Charakter. Die dezentralen Basisorganisationen sind daher nicht Ausdruck emanzipativer Formen, sondern werden zu Krisenverwaltern des politischen Systems, ersetzen dieses sogar teilweise – und können sich nicht von seinen strukturellen Prämissen freimachen.

In Hirschs Analyse kommt nicht vor, daß das „moderne" Individuum seine eigene Indienstsetzung für die Verwertung organisieren muß. In den gegenwärtigen Diskussionen um die Deregulierung spielt die „Selbstverantwortung" der Individuen eine zentrale Rolle. Die Angst vor dem sozialen Abstieg wird zum Motor einer aktiven Anpassung. Gelingt die Integration in den regulären Verwertungsprozeß des regulären Arbeitsmarktes nicht, so wird das „überflüssige" Individuum zum Objekt staatlicher Zwangsmaßnahmen. Ausgerechnet diese „selbstbestimmten" Individuen, die ihre Verwertung selbst in die Hand nehmen, kürt Hirsch zu seinem Subjekt der Veränderung.

Das ungelöste Problem, wie aus der gegenwärtigen Lage heraus die Befreiung stattfinden soll, wird von Hirsch einfach umgangen. Er setzt auf die List der sozialen Widersprüche, die aus sich heraus das Unmögliche ermöglichen sollen: Der Staat und die Politik ziehen sich zurück – und wie mit einem Fahrstuhl vom Theaterkeller ins Rampenlicht befördert, erscheinen die Subjekte auf der politischen Bühne, wo sie nun ihre Befreiung inszenieren. Aber weder sind diese Akteure zu sehen, noch sollten wir glauben, die Politik gegen die Ökonomie wenden zu können. Diese Vorstellung sitzt selber einer verdinglichten Formbestimmung auf. Die kapitalistische Form ist nicht nach einer Seite aufzulösen, Politik und Ökonomie sind die beiden Seite einer Medaille: Entweder werden sie gemeinsam abgeschafft – oder beide bleiben erhalten. Hier gleicht die neuerliche Suche nach der emanzipatorischen Politik und deren Subjekt dem Wettlauf von Hase und Igel: Der neue Vergesellschaftungsmodus wird immer schon dasein, bevor die

färbsozialen Akteure dessen Widerspüche einklagen können. Bezeichnenderweise beschreibt Hirsch selbst diese Entwicklung für die vergangenen Epochen: „Betrachtet man die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen seit den siebziger Jahren, so fällt auf, daß sie (...) die damals zumindest ansatzweise vorhandenen antiinstitutionellen und kulturrevolutionären Züge mehr und mehr verloren haben. In vielfacher Hinsicht (...) haben sie sich zurücknormalisiert und reintegriert. Die Tatsache, daß sie sowohl politisch wie auch kulturell immer stärker in die herrschenden gesellschaftlichen Formen zurückfallen, daß ihre Kritik bürgerlicher Politik und Lebensweise an theoretischer wie praktischer Bedeutung verloren hat und die Gewalt der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise auch hier immer unmittelbarer durchschlägt, hat wesentlich zu ihrem Niedergang beigetragen." (S.185)

Nun kann es nicht ausschließlich der persönlichen Dummheit geschuldet oder eine Frage der fehlenden Widerspruchslogik sein, wenn sich die „Bewegungen" so bruchlos integrieren lassen. Partielle Forderungen und Kritik ist im demokratischen Spiel der Kräfte vorgesehen und notwendig. Das Einklagen der sozialen Fürsorge durch die Arbeiterbewegung, die Kritik der Ökologie durch die Grünen etc. sorgen für das notwendige Regulativ der „unsichtbaren Hand des Marktes". Deren Umsetzung in institutionalisierte Formen sind die voraussehbare Konsequenz. Welche Gründe sprechen also dafür, daß diesmal alles anders werden soll? Eine veränderte „Regulationsweise" kann zwar die Formen sozialer Bewegungen verändern, ihre Politik aber sicher nicht aus den Zwängen der sie konstituierenden Vergesellschaftungsweise freisetzen. Am Beispiel der EZLN (Hirsch benutzt dies selbst bei einem Interview mit der Beute) in Chiapas wird dies deutlich. Die Bewegung will den gegenwärtigen Zustand durchbrechen und für demokratische Verhältnisse in Mexiko kämpfen. Dies verdient Unterstützung. Eine Perspektive für die Transformation der Verhältnisse ist darin allerdings kaum zu erkennen. Statt Dessen dominiert die Hoffnung auf die Durchsetzung einer wenigstens halbwegs erträglichen Teilhabe – was angesichts der dortigen sozialen Realität schon viel bedeuten würde.

Ontologische Gemeinschaftlichkeit

Hirsch erklärt die Gesellschaft vom autonomen Subjekt aus, das er als geschichtsmächtig handelndes voraussetzt, anstatt Subjekt und Gesellschaft als Produkt der kapitalistischen Entwicklung zu fassen und die Wertvergesellschaftung als von den Individuen abstrahierende Form der Vergesellschaftung zu begreifen.

Bei Hirsch sind die Individuen mit einer gegebenen ontologischen, also von Natur aus die Gesellschaft prägenden Gemeinschaftlichkeit ausgestattet. Diese nimmt er als Grund für ihren Zusammenhang als Gesellschaft an. Die kapitalistische Form der Vergesellschaftung wird dabei zur Hülle, zur Deformation, die es abzuschütteln gilt. Staat und Geld seien die Formen dieser Deformation und hinter diesen, teils schon in diesen, sei die unmittelbare Gemeinschaft existent. Die Bestimmungen von Gemeinschaftlichkeit im Kapitalismus, wie z.B. Familie, Kultur und Nation, werden nicht separat beachtet. Denn damit würde schnell sichtbar werden, daß „Gemeinschaftlichkeit" eine von der Wertvergesellschaftung konstituierte Kategorie beschreibt, die alles andere als eine dem natürlichen aufgeherrschte Form ist. Hinter der Formanalyse verschwindet bei ihm der Inhalt. Zunächst war der Kapitalismus beim Übergang vom Feudalismus tatsächlich eine Form, die wie in Hirschs Begriffswelt ziellos vorhanden war. Doch ist der fortgeschrittene Kapitalismus damit nicht mehr zu verstehen. Er formt selber um.

Gemäß seiner theoretischen Vorgehensweise stellt Hirsch in seinem Buch die als zentral bezeichnete These auf, daß die Entwicklung des Kapitalismus (Globalisierung) und dessen Folgen kein Ausdruck einer Logik des Kapitals seien (S.13). Er beschreibt sie vielmehr als ein politisch-ökonomisches Projekt, das in sozialen Auseinandersetzungen, letztlich im Klassenkampf, durchgesetzt werde. Strategie, Konflikt und Herrschaft sind die wesentlichen Elemente seines Denkens. Mit den Motiven der Individuen befaßt er sich jedoch nicht. Zwar steht es für Hirsch z.B. außer Frage, daß die „Neuen Sozialen Bewegungen" als Akteure bei der Durchsetzung des Neoliberalismus beteiligt waren – ebenso wie die traditionelle Arbeiterbewegung für die Etablierung des Fordismus eine zentrale Rolle spielte. Er fragt aber nicht nach den Intentionen dieser sozialen Akteure oder wie diese Intentionen unter kapitalistischen Bedingungen zustande kommen. Er abstrahiert von ihrem Bewußtsein, weil ihn nur die Handlungen als soziale Beziehungen interessieren. Sein Desinteresse an der Diskrepanz zwischen Absicht und Ergebnis enthebt ihn davon, erklären zu müssen, warum es so wenige Menschen gibt, die den Kapitalismus überhaupt abschaffen wollen. Die Frage nach der Ideologie verschwindet methodisch, bevor sie gestellt werden kann.

So wie Hirsch die Individuen einfach vorfindet, die Gesellschaft durch eine natürliche Gemeinschaftlichkeit erklärt und im Kapitalismus nur eine Form sieht, die diesen Gegebenheiten eine falsche Umgebung schaffen, wird das Dilemma deutlich, daß wiederum diese Setzungen erst erforderlich macht. Kapitalismus ist bei Hirsch als eine Ökonomie des Tausches bestimmt. Er gibt Adam Smiths Invisible Hand neue Namen: das Geld und der Staat. Diese bildeten die beiden grundlegenden sozialen Formen, in denen sich der gesellschaftliche Zusammenhang im Kapitalismus vergegenständliche. Die Form des Wertes drückt sich für ihn im Geld aus, die politische Form äußert sich in der Existenz eines von der Gesellschaft getrennten Staates (S.17). Beide Formen, Geld und Staat, stehen für ein den Individuen „äußerliches Zwangs- und Gewaltverhältnis", das sich im „weltweiten Zusammenhang" „immer weiter entwickelt". Dadurch könne der Einzelne nicht überblicken „wer für wen arbeitet" (S.18). Der Vermittlungsprozeß der Einzelarbeiten hänge „von kaum durchschaubaren internationalen Geld- und Kapitalbewegungen" ab (S.18). Doch ist nach Marx Geld kein äußerliches Zwangsverhältnis, und die abstrakte Arbeit steht für eine Vergesellschaftung, die allein mit Herrschaftskategorien und als den Individuen gegenübertretende Unüberwindlichkeit nicht zu verstehen ist.

Die Gesellschaftsanalyse von Hirsch wird zur Phänomenologie. Der Wert wird auf eine seiner Erscheinungen, das Geld, reduziert. Er hat seine von früher her bekannte Kritik am Ökonomismus in der Staatsableitung konsequent auf dem falschen Weg zu einer Eliminierung der grundlegenden Zusammenhänge des Kapitalismus aus seiner Gesellschaftsanalyse vorangetrieben. Statt das Problem in der Arbeit selbst zu sehen, sieht er es nur in der marktgesteuerten Verknüpfung der Privatarbeiten. Das gleiche wiederholt sich in seiner Auffassung vom Staat: Ebenso wie das Geld stellt der Staat nur eine falsche Vermittlung zwischen den Individuen her. Diese falsche Vermittlung wird als Politik bestimmt, die aber dennoch die Elemente zur Abschaffung dieser falschen Vermittlung bereit halte. Seine Kritik daran: Die Gemeinschaftlichkeit werde „nicht unmittelbar, durch freie Übereinkunft aller" (S.18) hergestellt – so wird es wortgleich auch in der liberalen Demokratietheorie formuliert, die Hirsch nicht hinter sich läßt.

Anton Landgraf / Karl Nele

Anmerkung:
1) Joachim Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat, ID-Verlag, Berlin 1995

Der Islamismus frißt seine Kinder

„SPD-Mann Duve war offenbar im Visier der AIZ" TAZ 4.3.96

Der eine gibt sich betroffen. An den „lieben Hans" schreibt er: „Du wirst Dich erinnern, daß mich die dramatische Wahrheit, die Du in Deinem Brief aussprichst – es gibt einen Vernichtungswillen gegen die bosnischen Muslime – seit Beginn des Krieges umtreibt. Und fast ebenso fassungslos macht mich das Schweigen so vieler Freunde der Linken, mit denen ich seit Jahrzehnten gegen Apartheid publiziert und demonstriert hatte, die diese größte aller denkbaren Bedrohungen Europas nicht sahen: Eine religiös begründete Vernichtungsenergie gegen eine Minderheit. Sie findet sich unter Herzegowina-Kroaten ebenso wie im serbisch besetzten Teil Bosniens."

Die anderen geben sich entschieden. An die „BRD-Linke" gerichtet verkünden sie: „Aufgrund des weltweiten antiimperialistischen Kampfes von revolutionär-islamischen Gruppen haben die imperialistischen Staaten auf dem Balkan darauf hingewirkt, daß dort kein selbständiger und zur Selbstverteidigung fähiger Staat entsteht, der eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung hat."

Beide geben sich entschlossen. Der eine: „Meine Frage ist daher: Können und dürfen die Deutschen sich zurückhalten, wenn Verbrechen begangen werden, die durchaus in der Tradition der deutschen Verbrechen zu sehen sind: Vernichtung und Vertreibung einer ganzen Religionsgruppe. Mit all den grausamen Begleitumständen, der Vermögens'arisierung', der Einrichtung von Lagern." Die anderen: „Die UN haben der Umma, d.h. der zu gegenseitigem Beistand verpflichteten Gemeinschaft aller Muslime weltweit, erneut demonstriert, daß sie ein Instrument der imperialistischen Staaten sind. Die Tatsache, daß die imperialistischen Staaten der muslimischen Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina das Recht auf Selbstverteidung verweigern, wird in der Zukunft weitreichende Konsequenzen haben."

Der eine ist Freimut Duve, verdienter Kämpfer für Demokratie und Rechtstaatlichkeit, ideeller Beschützer islamischer Staatsprojekte als von ihm und seinen deutsche Medien-/Polit-Kollegen ernannte „multi-kulturelle Gemeinschaften". Er schreibt an den „lieben Hans [Koschnik]" und veröffentlicht sein Schreiben in der TAZ (12.1.95). Die anderen sind die Antiimperialistischen Zellem (AIZ), ebenfalls verdiente Kämpfer, und zwar für Widerstand (allgemein) und für Selbstbestimmung der islamischen „Umma" (besonders). Sie publizieren ihre Adresse an die „BRD-Linke" in der Interim (Nr.344).

Beide haben Differenzen. Setzen die anderen auf „weltweiten antiimperialistischen Kampf", hält sich der eine lieber an bewährte Mittel: „Klar muß sein: Deutschland, dessen humanitäre Hilfe niemals ohne die Blauhelme der anderen hätte ausgeliefert werden können, müßte im Notfall die Soldaten, die unter der UNO-Verpflichtung da sind, schützen." Beide unterscheiden sich deutlich durch die ihnen zur Verfügung stehenden außerliterarischen Mittel. Kann der eine, nicht ganz zu Unrecht, sich der Realisierung seiner Phantasien durch die bestausgerüstetsten Armeen des Globus versichern, müssen die anderen sich mit der nebulösen Androhung „weitreichender Konsequenzen" begnügen.

Die Gemeinsamkeiten beider erschöpfen sich zwar in der Projektion einer harmonischen, weil mohammedanischen Herzegowina und romantischen Spintisierereien über die zivilisationsbringende und toleranzstiftende Potenz des Islam. Aber ist das ein Grund, sich gegenseitig zu entführen oder gar in die Luft zu sprengen?

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht, zwei angebliche (im Polizeideutsch „mutmaßliche") Mitglieder der AIZ seien entführt worden (im Polizeideutsch „festgenommen"); diese hätten einen Anschlag auf Freimut Duve vorbereitet. Eine Entführung, möglicherweise gar eine Ermordung sei geplant gewesen. Dies erscheint uns wenig glaubhaft, wenn nicht gar als eine „typische Staatsschutzlüge". Der Berliner „Tagesspiegel" (4.3.96) meldet, daß „in der Wohnung des festgenommenen Bernhard F. eine 'Fülle von Material über Duve' gefunden wurde". Wieviel Material über die AIZ wäre wohl in der Wohnung von Freimut Duve zu finden? Neigen nicht Seelenverwandte dazu, „Material" über einander zu sammeln?

Wir wissen nicht, was den einen mit den anderen über das gemeinsame Engagement für die islamische Sache hinaus verbindet. Sieht man über formale Unterschiede hinweg, könnte durchaus der eine für die anderen oder die anderen für den einen als Co-Autoren oder Ghostwriter eingesprungen sein – natürlich nicht an den entscheidenden Stellen, wo es um Bundeswehr oder international widerständige Subjekte geht.

Fest steht allerdings: Duve ist durchaus wirksamer an der Unterstützung der bosnisch-islamischen Sache beteiligt als die AIZ. Als „Schirmherr" der „humanitären Hilfsorganisation" *Merhamet* versorgt er den islamischen Krieg in Bosnien mit Waffen. *Merhamet* deklariert von Spendengeldern gekauftes Kriegsmaterial als Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen, unter dem Firmenschild der Caritas oder anderer „humanitärer" Organisationen geht die Post dann ab nach Sarajewo. Als weitere „Schirmherren" stehen Duve und seiner Moslem-Klientel so bewährte Mudjaheddin der Demokratie wie der „Bürgerrechtler" Gerd Poppe und der frühere Postminister Christian Schwarz-Schilling (auch er teilt mit den AIZ das Faible für die „Umma") zur Seite. (1) Einen solchen Coup soll man dem Duve erst mal nachmachen. Was sind dagegen die Schwarzpulverspielereien der AIZ.

Handelt es sich bei den über Justiz und Medien ausgetragenen Differenzen des einen mit den anderen etwa um Rivalitäten im Waffenschiebermilieu? Wohl kaum. Schwarzpulver, selbstgedruckte Broschüren, gelegentliche Veröffentlichungen in der Interim können mit der Feuerkraft moderner Kriegstechnik und der geballten publizistischen Ladung von Spiegel, Focus und FAZ/TAZ nicht konkurrieren. Eher ist davon auszugehen, daß es sich hier um einen jener verzweifelten Versuche handelt, die von um Originalität Ringenden angestrengt werden, um das Gespenst der öffentlichen Verwechselbarkeit zu exorzieren. Und schließlich ist bei allen hierzulande öffentlich ausgetragenen Konkurrenzen immer noch ein gelegentlich übersehener Schiedsrichter zugegen: der demokratische Rechtsstaat. Dieser hat das Anliegen der bosnischen Muslime zur Chefsache seiner Souveränität gemacht, und er bestimmt, wie dieses Anliegen am wirksamsten befördert wird. Der SPD-Politiker Duve weiß, was ein deutscher Staat alles kann. Deshalb hat er in der „Umma" und speziell den bosnischen Muslimen die Inkarnation von Demokratie und Menschenrechten erkannt. Die Illusion, *Schariah* und *Djihad* seien als Mittel für wie auch immer definierte revolutionäre Projekte tauglich, bleibt als Wahn den nicht mehr zeitgemäßen Resten der Bewegungslinken vorbehalten. Ein randständiger Wahn hat sich in der Demokratie aber dem allgemeinen Wahn der nationalen Kriegsziele unterzuordnen.

Harald Hönow

Anmerkung:

1) Zur Organisation *Merhamet* vgl. junge Welt vom 8.9.95

Fundamentalismus, Volksfrömmigkeit, Diskursfalle

Wenn Mohammed lebte, wäre die Marktwirtschaft das Reich Gottes

Wo heutzutage in Deutschland von der islamischen Welt die Rede ist, gehört immer auch eine eindringlich vorgetragene Ermahnung dazu: doch bitte bloß nicht die Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus, zwischen legitimer Religiösität und ihrer fundamentalistischen Entartung zu vergessen. Aus allen politischen Lagern ertönt der beschwörende Appell, den Islam nicht zum „neuen Feindbild" zu ernennen. „Wollen wir fromme Muslime allen Ernstes", gibt Ayatollah Herzog in seiner Laudatio für Frau Schimmel zu bedenken, „mit den gewalttätigen Fundamentalisten identifizieren, nur weil wir selbst für die Verspottung religiöser Gefühle anderer kein rechtes Gefühl mehr haben oder zeigen?" (1)

Wollen wir natürlich nicht. Im Gegenteil – durch unser Engagement gegen die handfeste Verspottung bosnisch-muslimischer Frömmigkeit durch die serbischen Teufel beweisen wir, daß Deutschland nicht nur verbaler Anwalt religiöser Gefühle sein will. Auch durch die Führung eines „kritischen Dialogs gegenüber Iran, der gerade kontroverse Themen nicht vermeidet" (Kinkel) (2) und der vermutlich ebenso kritischen Unterstützung, die Vertretern der algerischen FIS hierzulande im völligen Gegensatz zur üblichen Behandlung von Emigranten zuteil wird, stellt Deutschland klar, daß es auf diesem Gebiet sich deutlich von seinen Konkurrenten zu unterscheiden gedenkt. Kinkel: „Amerika will Isolierung, wir wollen kritischen Dialog." (3) Es ist dies ein Dialog, der Deutsche dazu befähigt, in islamischen Glaubensfragen wenn auch kein „rechtes Gefühl", so doch Kompetenz zu zeigen. Noch eimal Kinkel, diesmal als Schiedsrichter in innerislamischen Angelegenheiten: „Ich warne vor der Gleichsetzung des Islam mit Islamismus und Terrorismus. Richtig ist, daß fundamentalistische, aggressive Islamisten die Religion für ihre politischen Ziele instrumentalisieren." (4)

Wenn das so ist, stellt sich die Frage, wer oder was dann eigentlich noch fundamentalistisch sei. Von wem wird die „atemberaubende Vielfalt islamischer Strömungen in Geschichte und Gegenwart" (Herzog) (5) so bösartig instrumentalisiert, daß schließlich Aggressivität und Terrorismus dabei herauskommen? Der Verdacht, daß kein konkretes Subjekt gemeint ist, vielmehr eine potentielle Waffe gegen unbotmäßige Dialogpartner vorgeführt werden soll, wird schon durch die Teilnehmer am stattfindenden „kritischen Dialog" bestätigt. Erhellender ist allerdings eine Betrachtung der Entstehungsgeschichte des Begriffs *Fundamentalismus* und seiner Karriere in der deutschen Öffentlichkeit. Besondere Beachtung verdient hier die demokratische Intelligenz – gehört es doch zu ihren vornehmsten Aufgaben, herauszufinden, wann Lücken im frei Haus gelieferten Sinnangebot auftreten können und wie man diese am besten füllt.

Von Vietnam bis Tschetschenien – „Sieg-im-Volkskrieg!"

Die Zeit der ersten Konfrontationen zwischen dem damals noch einheitlich auftretenden westlichen Imperialismus und islamischen Nationalismen – das Ölembargo seitens der OPEC-Staaten 1973, der Sturz des Schah-Regimes 1979 – fand die westlichen Intellektuellen noch mehrheitlich auf der Seite der vorgeblich für „Befreiung" kämpfenden „Völker". Während westliche Politiker vor der „islamischen Herausforderung" warnten und erstmals laut über die Aufstellung multinationaler Eingreiftruppen zur Sicherung des reibungslosen Ölgeschäfts nachdachten, waren die meisten Linken noch mit dem Schreiben von Rechtfertigungstexten für den arabischen Nationalismus und der Entsendung von Delegationen nach Libyen und anderen „fortschrittlichen" Staaten befaßt. Die bis in die 80er Jahre grassierende 3.-Welt-Romantik verhieß Fortschritt und Emanzipation gerade aus jenen Gebieten, die den Herren der Welt ins Visier ihrer demokratisch-menschenrechtlichen Sorge rückten. Doch wie die USA durchaus in der Lage waren, über den Schatten ihrer Besorgnis über die „islamische Herausforderung" zu springen, wenn es darum ging, daß diese auch eine für den sowjetischen Konkurrenten wurde, so bewiesen auch intellektuelle Sympathisanten drittweltlicher Befreiungskämpfe gelegentlich erstaunliche Flexibilität. Mit der Unterstützung der zu „Freiheitskämpfern" ernannten afghanischen Mudjaheddin bemühten sich manche deutsche Antiimperialisten, die amerikanischen Waffenlieferungen durch Stimmungsmache für die angeblich vom sowjetischen Fortschritts- und Kulturimperialismus bedrohten Völker zu ergänzen.

Wer sich die Mühe macht, die publizistischen Laufbahnen heutiger Kriegshetzer zu verfolgen, stellt eines recht bald fest: mögen sie auch viele gute Vorsätze über Bord geworfen haben – in ihrer Begeisterung für vorgeblich um „Befreiung" kämpfende Völker sind sie sich treu gebieben. Sie sind allerdings präziser geworden. In die Situation, völkische Klienten gegen östliche wie westliche Imperialismen zu verteidigen, wird sich ein Christian Semler heute wohl nicht mehr begeben. Und auch Joscha Schmierer, Stahlhelm Fischer und Frau Vollmer – drei für viele – wissen, daß die Definitionsmacht der deutschen Interessen in der Welt darüber entscheidet, wer mit ihrer Unterstützung vor „Völkermord" gerettet werden soll.

Daß die deutsche Nachkriegslinke eine hauptsächlich jämmerliche bis lächerliche Rolle gespielt hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie dennoch Einfluß auf die konkreten Ausprägungen der deutschen Ideologie genommen hat und nimmt. Beispielsweise durch die Einführung und Durchsetzung politisch gebrauchsfähiger Begriffe. „Völkermord" ist so einer. Seit den Protesten gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam glaubten deutsche Linke die Moral auf ihrer Seite, wenn sie jede Schweinerei des Imperialismus als Völkermord denunzierten – ohne freilich damit erfolgreich zu sein, denn das deutsche Staatsbürgerkollektiv wußte nur zu gut, daß die Schlächtereien in Vietnam und anderswo an den selbst begangenen Völkermord kaum heranreichten. Und der hätte schließlich thematisiert werden müssen, falls in Deutschland sich irgendetwas Revolutionäres entwickeln sollte (6). Heute jedoch, wo der deutsche Staat wieder in seine al-

ten Rechte eingesetzt ist und sich anschickt, diese weltweit durchzusetzen, hört man gern vom „Völkermord" – nämlich dem der in souveräner Entscheidungsfreiheit gewählten Feinde.

Adorno und Chomeini – Verschwörung gegen die Moderne

Der Begriff Fundamentalismus, eingesetzt als Mittel zur Unterscheidung von kooperativ und aggressiv, von aufgeschlossen und verbohrt, geht ebenfalls auf eine Invention deutscher Linksintellektueller zurück. Nicht erst seit Gorbatschows Machtantritt war das Knistern im Gebälk des sowjetisch dominierten Konkurrenzlagers für westliche Ohren zu vernehmen. Es wurde zunehmend deutlich, daß weder aus der 3. Welt noch aus näher gelegenen Gefilden eine die bestehenden Verhältnisse aufhebende Kraft im Anmarsch war. Im Gegenteil – die öde Zukunft einer vom Weltmarkt vereinheitlichten „einen Welt" war in greifbare Nähe gerückt. Schlechte Zeiten, auch für linke Politiker im Wartestand.

Der Volksmund weiß von schlechten Zeiten, daß diese Anlaß sein sollten, sich am (noch) Vorhandenen zu erfreuen, des Ersparten sich zu vergewissern, sich zu bescheiden, und auf die mit einiger Wahrscheinlichkeit kommenden besseren Zeiten zu warten. Die deutsche Linke, die sich in ihrer Mehrheit schon immer dagegen verwahrt hatte, den Volksmund als etwas anderes denn als Quelle inspirierender Weisheit zu begreifen, beherzigte dieses Wissen. Vormals Radikale übten sich in Selbstkritik ob ihrer aufbegehrenden Vermessenheit und leisteten Abbitte bei früher als affirmativ verschrieenen Meistern. Gemeinsam mit diesen sollte das „Projekt der Moderne" ausgestaltet und die „Zivilgesellschaft" gegen Skeptiker und Uneinsichtige verteidigt werden. Letztgenannte sind für gesellschaftliche Harmonielehren skandalös und lebensnotwendig zugleich. Nur im Widerstand gegen sie kann die Geschlossenheit und letztendliche Unfehlbarkeit der Lehre nachgewiesen werden. Für Adepten, Quereinsteiger oder, wie im hier behandelten Fall, geistige Spätheimkehrer, bieten sie dankbar wahrgenommene Gelegenheiten zur Ablieferung von Gesellenstücken.

„Fundamentalismus" wurde eine Zeit lang zum Synonym für grundsätzliche Zweifel an der bestehenden Gesellschaft. Exemplarisch läßt sich das an zwei vom SPD-Parteiphilosophen Thomas Meyer herausgegebenen Büchern aus dem Jahre 1989 belegen (7). Äußerer und damit beliebig austauschbarer Anlaß des damaligen Fundamentalismus-Interesses war die Durchsetzung und Verbreitung radikal-islamischer Vorstellungen durch das iranische Mullah-Regime und das Anwachsen von Bewegungen wie Hisbollah und Hamas im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Neben verschiedenen religiösen Fundamentalismen geht es gegen alle, die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht oder nicht mehr die bundesrepublikanischen Verhältnisse als einzig legitimen Zustand, weil Verkörperung der „Moderne" akzeptieren wollten. Als zumindest potentielle Chomeinis stehen neben Grünen, die sich der Realpolitik verweigerten und der damaligen Frauenbewegung vor allem die historische Arbeiterbewegung, der Marxismus und die Kritische Theorie unter dem Verdacht des Fundamentalismus.

Die „Moderne", so doziert der Habermas-Schüler Meyer, könne durch zwei „Leitbegriffe" charakterisiert werden; „generalisierte Ungewißheit" und „generelle Offenheit" (8). „Der Fundamentalismus setzt" hingegen laut Meyer „an die Stelle des Zweifels und der generellen Ungewißheit ein absolutes Wissen, das allem vernünftigen Zweifel enthoben wird. An die Stelle des prinzipiell unabschließbaren und für alle Argumente offenen Diskurses, der die Wissensform der Moderne ist, tritt ein zum festen Fundament allen weiteren Fragens, Wissens und Handeln dogmatisiertes absolutes Wissen..." (9) Meyer weiter: „Fundamentalistisch wird jegliche Erkenntnis erst durch den Anspruch auf eine Wissens*form*, in der die Sache selbst sich äußert, anstatt daß wir uns rätselnd über die Sache äußern." (10) Der hier forsch kantianisch daherkommende Profi-Rätsler weiß an anderer Stelle mit durchaus „unerschütterlicher" Gewißheit zu Protokoll zu geben; „Es ist wahr, die Moderne ist die menschheitsgeschichtlich erste Kultur, die dazu befugt und verurteilt ist, ihre Legitimation ausschließlich aus sich selbst zu schöpfen." (11) Beim Lesen der antifundamentalistischen Streitschriften beschleicht einen der Eindruck, hier werde eine spiegelverkehrte Welt beschrieben. Denn es ist wohl kaum anzunehmen, daß die zu Vorbild-Tugenden der Gesellschaft erhobenen Eigenschaften Ungewißheit und Offenheit auch dann noch gelten, wenn sie auf das gesellschaftliche Fundament des Warentausches selbst angelegt werden und in den Anspruch auf Aufhebung der angezweifelten Segnungen moderner Zeiten übergehen. Das kämpferische Credo der postfaschistischen deutschen Nachkriegsdemokratie „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit" gilt auch und besonders für die von Meyer versammelten Antifundamentalisten. Wüßte man nicht, wie ernst es den Autorinnen und Autoren ist – man könnte den Eindruck haben, hier werde auf höchst subversive Weise ein realistisches Porträt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung erstellt, indem listigerweise die kritisierten Eigenschaften den jeweils als feindlich rezipierten Richtungen in die Schuhe geschoben werden, der aufmerksame Leser aber jederzeit wissen kann, was eigentlich gemeint ist.

Doch von Subversion und Ironie fehlt jede Spur. Hier soll jede Kritik, die die „Moderne" grundsätzlich in Frage stellt, theoretisch erledigt werden. In dem Sammelband über die „Internationale der Unvernunft" trägt ein Aufsatz den Titel „Fundamentalistische Tendenzen in der frühen Arbeiterbewegung". Seine Autorin, Susanne Miller, rechnet der Arbeiterbewegung vor allem zwei fundamentalistische Kardinalsünden vor: nämlich „zwei fundamentale, unbeweisbare Annahmen: Die eine war, daß eine Wirtschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln so reibungslos und ertragreich funktionieren werde, daß die Bedürfnisse aller ohne Verteilungskämpfe und ohne Benachteiligungen befriedigt werden würden. Die andere war eine anthropologische, daß die Menschen ein Produkt ihrer Umgebung seien und daß darum in einer guten, von den Übeln des Kapitalismus befreiten, Gesellschaft ihr Verhalten von ihren guten, sozialen Trieben bestimmt sein werde. ‚Der Mensch ist gut', sang die Sozialistische Arbeiterjugend noch in der Weimarer Republik, obwohl die Sozialdemokraten damals schon skeptischer geworden waren." (12)Diese Skepsis, nicht nur von Sozialdemokraten, brachte Brecht ebenfalls in der Weimarer Republik in vier Zeilen auf den Punkt: „Der Mensch ist gar nicht gut / Drum hau ihn auf den Hut. / Hast Du ihn auf den Hut gehaut / Dann wird er vielleicht gut." (13) Eine Erkenntnis, die von Sozialdemokraten spätestens seit Gustav Noske auch praktisch umgesetzt wird.

In einem Aufsatz „Marxismus als Fundamentalismus?", dessen Fragezeichen im Titel wohl nur aus Gründen „genereller Offenheit" und nicht, weil eine wirkliche Debatte darüber eröffnet werden sollte, dorthin gelangte, aktualisiert und verallgemeinert Horst Heimann die historischen Überlegungen der oben zitierten Autorin. „Das Totalitätsdenken der Kritischen Theorie, das – wie der antireformistische Marxismus – der Totalität der bestehenden repressiven Gesellschaft die Totalität der emanzipierten Gesellschaft antagonistisch gegenüberstellt und von der antireformistischen Prämisse ausgeht, daß es keine gradualistische und schrittweise Emanzipation geben kann, daß nur die Totalität der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft

durch die Totalität der künftigen emanzipierten Gesellschaft ersetzt werden kann, ist das zentrale Element eines fundamentalistisch-antireformistischen Paradigmas." (14)

Der Fundamentalismus von Wert und Staat

Eine Haltung, die Kritik zum Zweck der Aufhebung des Kapitalismus als fundamentalistischen Angriff auf die „erste Kultur, die dazu befugt und verurteilt ist, ihre Legitimation ausschließlich aus sich selbst zu schöpfen" begreift, ist selbst fundamentalistisch. Die Formel von der legitimen Selbstlegitimation bringt dabei zum Ausdruck, daß im Kapitalismus die religiöse Überhöhung des Daseins nicht zu den Produktionsverhältnissen äußerlich hinzutritt, sondern diesen unmittelbar entspringt. Das Funktionsprinzip kapitalistischer Vergesellschaftung wird von Christoph Türcke treffend beschrieben: „Dieses Prinzip ist das gesamtgesellschaftliche Zwangsverhältnis, das die Menschen auf den Arbeitsmarkt treibt, ihre Arbeitskraft dort liegen läßt oder kauft, die gekaufte auf Arbeitsmittel anwendet, die Produkte gewinnträchtig veräußert, um erneut gewinnträchtig Arbeitskräfte auf Arbeitsmittel anwenden zu können und so seinen Wachstumstrieb zu befriedigen, ohne den es nicht lebensfähig ist, das kapitalistische Produktionsverhältnis...Wo heute von Weltwirtschaftsordnung die Rede ist, ist eigentlich von ihm die Rede. Arbeitskräfte, Konsumgüter, Geld, sind nur seine unterschiedlichen Erscheinungsformen, es selbst aber ist die Seele, die sich in ihnen inkarniert und sie durch Seelenwanderung zu einem universellen Kreislauf von Waren zusammenschließt. Das Wort vom Fetischcharakter der Ware ist wesentlich mehr als eine belletristische Redensart. Es bedeutet, daß die Aufrechterhaltung der Kapitalzirkulation ein gigantischer Fetischdienst ist, ein gesamtgesellschaftlicher Gottesdienst, der...auch die zur Teilnahme zwingt, die seinen Fetischcharakter durchschauen; denn auch die müssen leben. Sich die Lebensmittel verdienen aber heißt einem nimmersatten, zu permanentem Wachstum verdammten Moloch zu willen zu sein, der günstigstenfalls die ernährt, die ihn durch ihre Arbeitskraft ernähren." (15)

Es fiel auch Linken immer schwer, die Herrschaft des Wertfetischs als im Marxschen Sinne „automatisches Subjekt" zu begreifen. Wenn nicht erkannt wird, daß die Macht des Warenfetischs eine unpersönliche Macht ist, deren gewaltsame staatliche Absicherung von einem Personal betrieben wird, dessen Bewußtsein selbst nicht die Einsicht in das Wirken der Fetischherrschaft erlaubt und das seine Tätigkeit als freiwilligen Dienst an der Allgemeinheit der warentauschenden Bürger affirmiert, dann ist ein politischer Bankrott, wie ihn die deutsche Linke erlebt hat, fast unausweichlich. Macht wird dann mit der persönlichen Macht von Kapitalisten, Politikern und Massenmedien identifiziert. Der gegen diese aufgenommene Kampf erweist sich bald als ein Anrennen gegen kaum greifbare Chimären. Was auch immer durch solche Aktivitäten bewirkt werden mag – das gesellschaftliche Elend der Wertverwertung bleibt dabei unangetastet. In der Identifikation von moderner Macht mit ihren Statthaltern und der Gleichsetzung der Kontingenz der Statthalterfiguren mit Herrschaftslosigkeit, die allein durch „Sachzwänge" reguliert wird, treffen sich Linke mit den von ihnen kritisierten politischen Subjekten. Der Übergang von Kritik am Kapitalismus zu seiner Affirmation in Sinne der allgemeinen Vernunft kann dann – besonders in schlechten Zeiten – problemlos vollzogen werden.

Beobachter, die selbst von diesem Übergang innerlich unberührt bleiben, weil sie schon immer auf der richtigen Seite standen, können ihn deshalb nüchtern und anschaulich beschreiben, z.B. eine Autorin des *Tagesspiegel* vom 2.12.95: „Joschka bringt das in diesen Kreisen Unerhörte und doch eigentlich Selbstverständliche unter seine Leute: daß das ‚sozialstaatliche Verteilungsvolumen überhaupt erst erwirtschaftet' werden muß, daß gegen Völkermord nur militärische Gewalt hilft, und daß ein Achtzig-Millionen-Volk im Herzen Europas keine isolationistische Außenpolitik treiben kann." (16) Wie hoffentlich nicht nur durch die Entwicklung der Grünen, sondern auch durch die hier angestellten Überlegungen deutlich geworden sein sollte, besteht zwischen Unerhörtem und Selbstverständlichem in den angesprochenen Kreisen nur ein gradueller Unterschied.

Weil die Werteigenschaft der Dinge und Verhältnisse im Kapitalismus als deren fraglos gegebene Eigenschaft erscheint und herrscht, sind Markt und demokratischer Staat für die ihnen entspringende bürgerliche Vernunft nicht kritikabel. Eine Gesellschaft, die jede Kritik an ihr mit zwingender Notwendigkeit als unvernünftig und das Beharren auf einer solchen Kritik als Ausdruck einer nicht mehr diskutablen, weil unvernünftigen, Starrsinnigkeit begreift, verdiente eigentlich zu recht solche Prädikate, wie sie von den hier behandelten Antifundamentalisten ihren Gegnern verliehen wurden. Die Marktwirtschaft als fundamentaler Götzendienst am Wertfetisch und die Demokratie als praktizierter Gottesstaat, der perfekt in der Lage ist, die Einheit von religiösem Leben (allgemeine Vergleichbarkeit der Menschen als Träger von Wert und ihre freiwillige Bewährung in der Konkurrenz) und staatlichem Wirken (Konstituierung der Individuen als vor dem Gesetz gleiche Bürger) herzustellen, bringen es notwendig mit sich, daß die für sie Engagierten Fundamentalisten sind.

Weil demokratische Fundamentalisten im Gegensatz zu ihren religiösen Verwandten sich nicht Rechenschaft über den Ursprung ihres Fundamentalismus ablegen müssen – schließlich stammt die ihnen offenbarte Wahrheit ja nicht aus schriftlich fixierten Texten, denen das konkrete Leben immer wieder neu angepaßt werden muß, sondern entspringt aus der Vernünftigkeit von Handel und Politik ständig neu –, sind sie in der Lage, Unterschiede von konkreter Person und abverlangter Rolle in Sinne einer fast schon idealen Identität aufzulösen. Quereinsteiger wie Joschka Fischer, der von einer Autorin des *Tagesspiegel* den Titel „der Gegen-Kohl" verliehen bekommt, entwickeln da sehr schnell eine atemberaubende Könnerschaft. Im *Tagesspiegel* vom 2.12.heißt es: „Andere nehmen an der Debatte teil, Joschka lebt sie und stellt sie dar, ist nicht nur einzelner, ist selbst ein Stück Parlament, ist die Opposition, ist der Zwischenruf, ist der parlamentarische Einfall." (17) Etwas Tröstliches hat diese gespenstische Beschreibung fundamentaler, ja nahezu totaler Identität aber doch: Sie weckt nämlich die Hoffnung, der „Gegen-Kohl" möge dereinst ebenso identisch mit einem der Geschosse zerplatzen, die er und die Seinen auf die Serben abzufeuern gedenken.

„Fundamentalismus": Vehikel deutscher Nahostpolitik

Nach der „Wende" tritt „Fundamentalismus" als „Totalitarismus", inhaltlich erweitert und effektiviert, an die Öffentlichkeit. Auch einige der Verteidiger von „Zivilgesellschaft" und „Moderne" mußten sich den Vorwurf gefallen lassen, der Gefahr des Totalitarsimus in der Vergangenheit dadurch Vorschub geleistet zu haben, daß sie nicht entschlossen genug *jeder* Versuchung eines irgendwie kapitalismuskritischen Denkens entgegentraten. Im Verlauf einer produktiven Selbstkritik haben sie inzwischen ein umfangreiches *product-enlargement* betrieben und der Fundamentalismus rangiert nun als eines der ziemlich fiesen Mittel, die dem Totalitarismus für seine Bedrohung der Gemeinschaftswerte zur Verfügung stehen. Dies verhilft auch den durch die Wende ins Hintertreffen geratenen ehemaligen Dissidenten des Ostens

wieder zu einer Chance, ihre Fähigkeiten auf dem Markt der Sinnstiftungen gewinnbringend anzubieten.

Der Begriff Fundamentalismus hat heute seinen Platz hauptsächlich auf dem Gebiet der Außenpolitik. Er wird benutzt, um nichtkooperative von kooperativen Kräften, hauptsächlich in der islamischen Welt, voneinander zu unterscheiden. Auch hier wird mit der Totalitarismus-Keule gedroht. „In Wahrheit ist das, was wir landläufig als Fundamentalismus bezeichnen", stellt der schon zitierte Herzog fest, „jedoch nichts anderes als die politische Instrumentalisierung religiöser Gefühle, der blanke Griff zur totalen Macht." (18) Zwei Ereignisse in der islamischen Welt markieren diesen Bedeutungswandel: Chomeinis Todesurteil gegen Salman Rushdie Anfang 89 und zwei Jahre später der 2. Golfkrieg.

„Für Intellektuelle wiegt die durch dieses ‚Urteil' erfolgte Verletzung der Menschenrechte weit mehr als die damit einhergehende Verletzung der Souveränität Großbritanniens durch diesen von einem fremden Staatsmann ausgesprochenen Urteilsspruch über einen britischen Staatsbürger." (19) Das meint jedenfalls der hierzulande als Islam-Experte geschätzte Politologe Bassam Tibi. Allerdings läßt sich die Existenz von Menschenrechten nicht von der sie gewährenden Instanz, dem Nationalstaat, trennen. Die eigenmächtige Verurteilung des Spötters und Kritikers Rushdie durch Chomeini erhielt ihre internationale Brisanz gerade durch die Anmaßung, explizit religiös begründete und nur auf begrenztem Territorium geltende Rechtsvorstellungen dort Geltung verschaffen zu wollen, wo dies durch die Existenz anderer und vor allem stärkerer Souveräne ausgeschlossen ist. Daß Rushdies literarische Ambitionen – archaische Religion und Mythen als kulturelle Artefakte den modernen, massenmedial vermittelten Mythologien gleich- und damit auch zur Disposition zu stellen – nicht dem entsprachen, was man für den richtigen Umgang mit auf der Suche nach Identität beschäftigten Armutskolektiven hielt, wurde auch deutlich gemacht. Die beredt vergossenen öffentlichen Tränen über Frau Schimmels Tränen über die Tränen der frommen Muslime haben diese Haltung noch einmal bekräftigt.

Ein etwas anders gelagerter Fall war die Annektion Kuwaits durch die irakische Staatsführung. In einer durch Warentausch und Wertverwertung konstituierten Weltgesellschaft kommt dem unmittelbaren physischen Zugriff des Staates auf Land und Leute die Rolle einer Kontroll- und Sicherungsmaßnahme zu. Obwohl staatliche Gewalt ihren Grund in der unmittelbaren Unterwerfung der zu Bürgern erklärten Subjekte und in der unmittelbaren Aneignung des Territoriums hat, besteht ihre wesentliche Rolle darin, das reibungslose Funktionieren von Tausch und Verwertung, also vermittelter Aneignung, zu gewährleisten. Diese Ambivalenz von Raub als Existenzgrund und Tausch als Existenzzweck wird, wenn eine existentielle Krisensituation eintritt, zugunsten einer Besinnung auf den Existenzgrund aufgelöst. Chomeini erhob Anspruch auf die Durchsetzung seiner Rechtsnormen dort, wo andere gelten, Saddam Hussein Anspruch auf ein Territorium unter einer fremden Souveränität. Scheiterte Chomeinis Anliegen am Fehlen einer effektiven Durchsetzungsmöglichkeit, gelang Husseins vorerst durch den Einmarsch seiner Armee. Aufgrund dieser geglückten Suspendierung des freien und gleichen Warentausches wurde sein Verstoß von den Weltmächten ungleich schwerwiegender bewertet. Nicht ganz zu unrecht konnte der dienstfertige Enzensberger mühelos eine wohlfeile Rechtfertigung für den blutigen Kreuzzug zur Durchsetzung der „Neuen Weltordnung" auf den Tisch legen: Saddam Hussein als „Wiedergänger Hitlers". Gewaltbewehrte Ansprüche auf eine solche Ordnung, die sich nicht dem Primat des Weltmarkts und seiner politischen Gestaltung durch die führenden Staaten unterwerfen, sind fundamentalistisch und vor allem totalitär.

War noch in der Fundamentalismus-Debatte der 80er Jahre die Auffassung vorherrschend, „daß der Hang zur fundamentalistischen Haltung im Islam aus dem ‚Totalitätsanspruch' des Islam selbst abzuleiten ist" (20), so unterscheidet man heute überwiegend zwischen legitimer Ausübung und illegitimer Inanspruchnahme von Religion. Daß der Islam mit seinem Anspruch unmittelbarer Regelung gesellschaftlicher Verhältnisse vermittels der Ideen eines Propheten aus dem 7. Jahrhundert eigentlich die Ausgeburt fundamentalistischer Unvernunft, wie man sie noch vor wenigen Jahren begriffen hatte, darstellt, kümmert heute niemanden mehr. Koran und Islam werden als grundsätzlich modernisierungsfähige Institutionen verstanden.

Beispielsweise ist es nach Meinung des außenpolitischen Sprechers der CDU Lamers wichtig, „die Vereinbarkeit des islamischen Glaubens mit der modernen Welt" (21) zu beweisen. Ein wichtiger Schritt sei die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen. Beweise für diese Vereinbarkeit liefern deutsche Medien in jüngster Zeit zahlreich. So berichtete *Der Tagesspiegel* Ende Mai 95 über eine Konferenz islamischer Frauen im Berliner Aspen Institut. Titel: „Wenn Mohammed lebte, wäre er für die Rechte der Frauen". Diese Feststellung aufgreifend, stellt die Autorin des Berichts fest: „Hier hat der Prophet gewissermaßen die Ergebnisse der Kairoer Bevölkerungskonferenz im letzten Jahr vorweggenommen...Die muslimischen Frauen brauchen also gar nicht zu polarisieren und auf die ‚bösen Männer' oder den ‚bösen Islam' schimpfen: Es gibt genug Argumente für eine Gleichstellung der Frau, die sich auf gemeinsame Interessen von Männern und Frauen, von religiösen und weniger religiösen Menschen berufen können. Ob sie sich im konkreten politischen Kampf durchsetzen, ist eine andere Frage." (22)

Das außenpolitische Interesse einer BRD, die ihre Projekte nicht mehr von vornherein mit den verbündeten Konkurrenten wie vor der „Wende" absprechen muß, scheint recht deutlich zu sein. Der schon zitierte Lamers beklagt sich laut TAZ darüber, „daß die deutsche Politik sich zuwenig mit den Vorgängen im ‚islamischen Krisenbogen' befasse. Die Bundesrepublik müsse aber Interesse an der Stabilität im Mittelmeerraum zeigen und bereit sein, zu dieser Stabilität ‚etwas beizutragen'. So habe die Türkei eine „strategische Bedeutung für den ganzen Westen'." (23) Auch Außenminister Kinkel weist auf strategische Interessen der neuen Großmacht hin: „Der ganze Nahe und Mittlere Osten ist für uns von großer strategischer Bedeutung, zwei Drittel der bekannten Ölreserven liegen dort." Außerdem haben die Deutschen dort natürlich auch ihre besondere Art von Verantwortung durchzusetzen. Kinkel weiter: „Gleichzeitig verfügt diese Region über ein hohes Chaospotential mit wirtschaftlichen Krisen, instabilen politischen Regimen und überdurchschnittlich vielen kriegerischen Konflikten. Hier gibt es die höchste Waffendichte der Welt." (24) Klar, daß es dann den Deutschen zusteht, in solchen Gegenden ein Wörtchen mitzureden.

Regression aufs Stammesbewußtsein in der Krise

Für den in letzter Zeit an den Tag gelegten Respekt vor islamischen Kulturwerten gibt es aber neben zweckrationalen außenpolitischen Erwägungen noch gewichtigere Gründe. Einer davon ist das Verhältnis des demokratischen Nationalstaates zu seiner Marktökonomie. Ein Höchstmaß an produktiver Wertverwertung ist Voraussetzung und Garant seiner Stärke in der Auseinandersetzung mit internationalen Konkurrenten. Daneben ist die ideologische Affirmation der Staatsbürger gerade *des* nationalen Souveräns, unter dessen Herrschaft sie das Schicksal ihrer Geburt verschlagen hat, von großer

Wichtigkeit. Es kann für einen staatlichen Souverän nicht angehen, daß seine Bürger ihre Loyalität vom ökonomischen Erfolg unter seiner Regie abhängig machen. In ihren speziellen Nationalideologien finden Staaten in der Regel das geistige Schmiermittel, das ihre Bürger stolz auf ihre Herrschaft sein läßt. In einer Welt jedoch, die aufgrund der Durchsetzung von internationalen Wertmaßstäben überall prinzipiell gleich – und das heißt für die meisten:gleich trübe – aussieht, sind solche Schmiermittel zumindest potentiell in Gefahr, ihre Wirksamkeit einzubüßen.

Neue Quellen staatsbürgerlicher Bescheidenheit erzielen dann hohe Kuswerte auf dem Markt der Sinnangebote. Herzog z.B. setzt auf allgemeine Volksfrömmigkeit als Tugend. „Ist es nicht denkbar", fragt er, „daß wir uns mit dem Islam so schwertun, weil er auf einer tiefen Volksfrömmigkeit beruht, während wir selbst in einer weitgehend säkularisierten Welt leben?" (25) Die rhetorische Form der Bedürfnisartikulation des Präsidenten macht deutlich, daß das Wort Nachfrage durchaus im wortwörtlichen Sinne verstanden werden kann. Als Anbieter soll hier stellvertetend für viele andere ein gewisser Ingo Arend zitiert werden. In der TAZ vom 8.9.95 wird er als „Kulturjournalist" und Spezialist in „Fragen des westlich-islamischen Dialogs" vorgestellt. Anläßlich der Schimmel-Affäre gibt er unter anderem folgendes zu bedenken: „Ihre Themen [die von Frau Schimmel] – der Zwiespalt zwischen intuitiver und diskursiver Erkenntnis, die Suche nach einer Sprache der Erfahrung – sind von neuer Aktualität. Zwar ist das erotische Sufi-Märtyrertum, die Freude zu sterben, um eins mit Gott zu sein, *auch* Vorbild für die Todesbereitschaft fundamentalistischer Mordbanden. Wie wichtig aber eine ernsthafte Erörterung dieser Fragen wäre, zeigt auch unsere anschwellende sozialwissenschaftliche Diskussion um eine neue Aktualität von Askese, wie sie die Sufis pflegten. Auch daß die Sufi-Ziele von der Unmittelbarkeit zu Welt und Natur wieder attraktiv werden, muß man als Indiz für die Verlustseiten des Prozesses unserer Zivilisation werten." (26)

Es liegen nur knapp sechs Jahre zwischen diesem Text und der oben erörterten Fundamentalismus-Kampagne deutscher Linksintellektueller. Die TAZ, früher ein wichtiges Organ „diskursiver Erkenntnis" in der „generellen Offenheit" von „Moderne" und „Zivilgesellschaft" ist nun zu einem Forum von Botho-Strauß-Adepten der zweiten Garnitur geworden. Der Schaden wäre gering, würde diese Verklärung von erotischer Todesbereischaft, Askese und anderem Schwachsinn nur zu einer massenhaften freiwilligen Selbstrekrutierung TAZ-lesender deutscher Sadomasochisten an den bosnischen Fronten führen. Zu erwarten ist aber vielmehr eine weitere Ausbreitung des Angebots an Askese und Bescheidenheit für deutsche Sinnsuchende, die das Objekt ihrer Suche im ökonomischen Erfolg und Wohlstand wohl nicht mehr finden werden.

Dafür sprechen auch Signale, die aus dem Teil der deutschen Linken stammen, der beansprucht, sich noch nicht der Staatsräson unterworfen zu haben. Stellvertretend seien hier die Antiimperialistischen Zellen (AIZ), eine Gruppierung, die vor allem durch Anschläge auf Politiker des mittleren und hinteren Gliedes von sich reden macht, genannt. Ihre Einschätzung der Weltlage ist denkbar schlicht: kämpfende „Völker" – die AIZ zählen dabei auch bosnische und tschetschenische „Freiheitkämpfer" zu ihren Verbündeten – wehren sich gegen das im Imperialismus personifizierte Böse. Dabei spielt auch der Antisemitismus seine gewohnte Rolle, ohne daß jedoch das übliche antizionistische Gephrasel bemüht wird. Stattdessen ist unverblümt von der „teuflischen Siedlungspolitik des Staates Israel" die Rede (27).

Imperialismus ist den Antiimperialistischen Zellen vor allem ein Ort kulturellen Unwohlseins, der keine Möglichkeit zur Entfaltung einer irgendwie echten „eigenen kulturellen Identität" bietet. „Wir müssen", schreiben sie, „die BRD-‚Kultur', die als eine Mischung aus Ethanol, RTL und TUI bezeichnet werden kann, täglich erleben. Von den Menschen im Maghreb/Nahen Osten kann nicht erwartet werden, daß sie so etwas übernehmen." (28) Die Kraft der Kämpfe gegen die herrschenden Zustände „speist sich vor allem aus dem Widerspruch zwischen der Lebensweise in den imperialistischen Staaten und der islamischen Vorstellung von einem einfachen und gerechten Leben." (29)

Wie Linke sich ihren Reim auf Barbarei machen

Die Faszination des „einfachen und gerechten Lebens" wirkt aber weit über die Kreise durchgeknallter AIZler hinaus. Beispielsweise warnt in der Februar-Ausgabe der *Konkret* ein Marcel Stötzler vor der „Diskursfalle ‚Feindbild Islam'". (30) Ginge es nach ihm, der Prophet Mohammed brauchte nichr zur Erde zurückkehren, um die Situation der islasmischen Frauen zu korrigieren. Es ist bereits alles bestens bestellt: In der Türkei ist der Anteil von Frauen in akademischen Berufen höher als in der BRD, in Saudi-Arabien gehört 40% des Privatbesitzes Frauen, außerdem gibt es dort Banken, die nur von Frauen geleitet werden. Das Patriarchat – bekanntlich von Teilen der Rest-Linken in den Rang eines eigenständigen „Widerspruchs" erhoben – verliert sein unsympathisches Antlitz, wenn seine kulturelle Ausdrucksformen mit dem Anschein des Widerständigen auftreten. Bedauerlicherweise können „sich auch westliche Linke und Feministinnen gar nicht vorstellen, daß es womöglich Mädchen gibt, die etwa den vieldiskutierten(!) Schleier freiwillig, gar gegen den Willen der Familie tragen." Folgerichtig muß dann auch der islamische Terror gegen Frauen, die solche Freiwilligkeit nicht schätzen vertuscht werden, und Organisationen wie die „Hamas", deren algerische Erscheinung sich unter anderem auf das Abschlachten nicht islamisch-konformer Frauen spezialisiert hat, werden von ihren Taten exkulpiert. „In ‚islamischen Ländern' werden Nationalismus und Rassismus, die dem koranischen Konzept der Umma, der Gemeinschaft der Gläubigen, widersprechen, folgerichtig auch nicht etwa von den ‚Fundamentalisten', sondern von den mit dem Westen verbündeten Eliten praktiziert."

In diesem Satz sind Lüge und Wahrheit auf geniale Weise miteinader verknüpft. Lüge, weil schon ein einfacher Blick in das Gründungsdokument der palästinensischen „Hamas" eines besseren belehrt. Dort finden wir in Artikel 7 die folgende SA-Prosa: „Trotz aller Hindernisse, die von den Pro-Zionisten geschaffen wurden, wird der Tag des Gerichts kommen, und die Moslems werden die Juden bekämpfen und sie töten. Dann werden die Juden versuchen, sich hinter den Felsen und Bäumen zu verbergen, aber die Felsen und Bäume werden ausrufen: ‚O Moslem, hinter mir verbirgt sich ein Jude, komm und töte ihn'." (31) Wahrheit, weil der Unterschied zwischen „Fundamentalisten" und „mit dem Westen verbündeten Eliten" der normativen Entscheidungsmacht eben des Westens unterliegt. Für diesen bedarf es nicht einmal eines „Paradigmenwechsels" oder ähnlicher Salti, um einen noch heute als Terroristen gebrandmarkten zum Friedensnobelpreisträger von morgen zu ernennen. Bezüglich der algerischen „Hamas" in Form der „Islamischen Heilsfront" dominiert schon seit längerem in den deutschen Medien ein empathisches Sympathisantentum. Bezüglich der Glaubensbrüder in Bosnien und neuerdings auch Tschetschenien ist es voll durchgesetzt.

„Für Europa läßt sich berechtigterweise feststellen," resümiert der *Konkret*-Autor, „daß religiös fundierte gesellschaftliche Normen in der Regel eine Reduzierung der Lebensräume von Frauen auf Küche, Kinder, Kirche zur Folge haben, was wiederum gleichbedeutend ist mit gesellschaftlicher Marginalisierung. In anderen historisch gesellschaftlichen Zusammenhängen muß dies aber nicht automatisch genauso sein." Warum eigentlich nicht, läßt der

„Armut ohne die Würde des Messers des Schlagrings der Faust“

Heiner Müller – kein deutscher Nationaldichter

Wenn der Tod eines Dichters in der Tagesschau mit den Worten „Deutschlands größter Dramatiker ist tot“ angekündigt wird und sich am 2.1.96 buchstäblich alle Tageszeitungen in diesem Sinne verbreiten, Gestalten wie Weizsäcker sich zum Begräbnis einfinden, und das Feuilleton schließlich darin übereinkommt, daß der Verblichene wegen seines „Transit“-Lebens ein prima Gesamtdeutscher gewesen sei, dann ist zu vermuten, daß ein Rübermacher-Sparlicht mit bescheidenen Verdiensten vom Schlage eines Huchel, Kunze, Biermann, Kunert heimgegangen ist. Doch die posthumen Huldigungen vermögen nur mühsam zu übertünchen, daß mit Heiner Müller einer gestorben ist, der schon zum Zeitpunkt seines Todes als Dichter kaum mehr zählte. Sein Heimgang ist dem Feuilleton längst schon Abgesang auf eine Interimszeit am Theater und Erinnerung an einen zeitweise tauglichen Medienexponenten für Wiedervereinigungszwecke. „Denn verloren haben wir ... einen Dramatiker, dessen Werk nach einer Pietätserhebung völlig versinken wird. (Oder wer will den ‚Lohndrücker‘, den ‚Bau‘ noch einmal auf die Bühne bringen? ... wer in die Blutspur ‚Germania‘ rutschen? Die Zeit der nackten Männer in Soldatenstiefeln, die auf der Bühne ihr Gemächte zeigen und über die Hure Deutschland düstere Sätze tauschen, geht längst, wie jede Mode irgendwann einmal, auf ihr Vergehen im Vergessen zu.)“ (SZ, 27./28. Januar) „So kann die PDS von nun an ganz getrost auch zum Dorotheenfriedhof wallfahren. Der dort liegt, war einer der ihren, was die Pflege eines Ressentiments betrifft, das keine Gründe braucht, nicht einmal vortäuscht: Stattdessen Kurzschlüsse im Halbdunkel, so daß es für Sekunden blitzt und blendet, vom König von Preußen zu Hitler, und dann gleich zu Napoleon; es kommt nicht darauf an, die Macht ist ewig.“ (ebd.) Die Neuinszenierung seines Stückes „Der Bau“ aus dem Jahr 1965, einer Adaption von Erich Neutschs Roman „Spur der Steine“ im Berliner Ensemble Anfang 96 hat nur genervtes Gähnen ausgelöst: Probleme des sozialistischen Aufbaus aus sozialistischer Sicht und das ohne Manfred Krug. Die Absetzung des Dichters Müller hat längst begonnen, nicht weil es um Kunstfragen geht, sondern um Deutschland. Und Deutschland heißt nationaler Aufbruch – der war mit Müller nicht zu haben.

Der Vielschwatz

Angesprochen darauf, was denn das Schreiben dieses Heiner Müller charakterisiere, halten sich die linken Freunde am Kneipentisch ähnlich bedeckt und antwor-

Fortsetzung: Fundamentalismus ...

Autor offen. (Abgesehen davon, daß er emanzipatorische Ansprüche auf ein angebliches Gegenüber von „Lebensräumen“ versus „Marginalisierung“ herunterbringt.) Jenseits der vorgestellten Einflußgrenzen – reale sind es jedenfalls nicht – wird ein anderes, besseres Leben imaginiert. Dort können Dinge, die hierzulande empfindsamen Menschen zu Recht große Pein verursachen, ganz andere, freundliche, Bedeutung haben. Das läßt allerdings den Umkehrschluß zu, auch hierzulande werde von Linken mit falschen, weil – um eine Dummdeutschvokabel zu variieren – „ratiozentrischen“, Maßstäben gemessen und eine zutreffende Beurteilung der Verhältnisse verfehlt. Und hier stellen linke Kritiker der „Diskursfalle“ mit anderen Worten die schon zitierte Frage des deutschen Gesamtayatollah Herzog: „Ist es nicht denkbar, daß wir uns mit dem Islam so schwertun, weil er auf einer tiefen Volksfrömmigkeit beruht, während wir selbst in einer weitgehend säkularisierten Welt leben?“ Unnötig zu bemerken, daß dies auch eine einverständige Antwort ist.

Horst Pankow

Anmerkungen:

1) Roman Herzog, Wider den globalen Kulturkampf, in: *Frankfurter Rundschau* 16.10.95, S.13
2) Kinkel-Interview im *Spiegel* 45/1995, S.52f
3) Kinkel-Interview ebenda
4) Kinkel-Interview ebenda
5) Herzog ebenda
6) Andererseits betrieb die Inflationierung des Begriffes auch das Geschäft der Relativierung der deutschen Verbrechen durch die Auflistung weltweiter „Völkermorde“. Stahlhelm Fischer bezeichnet inzwischen auch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR 1968 als „Völkermord“. Vgl. Michael Jäger, Die schuldigen Zeugen, in: *Freitag* vom 8.12.95.
7) Thomas Meyer, Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne, Reinbek 1989; in folgenden Zitaten: *Aufstand.* Thomas Meyer (Hrg.), Fundamentalismus in der modernen Welt. Die Internationale der Unvernunft, Frankfurt/M. 1989; in folgenden Zitaten: *Internationale.*
8) *Aufstand*, S.25
9) *Aufstand* , S.161
10) *Aufstand*, S.163
11) *Aufstand.* S.214
12) *Internationale*, S.205
13) Bertolt Brecht, Das Lied von der Unzulänglichkeit menschlichen Strebens, in: Die Gedichte von Bertolt Brecht in einem Band, Frankfurt/M. 1981, S.1118f
14) *Internationale*, S.224
15) Christoph Türcke, Kassensturz. Zur Lage der Theologie, Frankfurt/M. 1992, S.31
16) Sibylle Krause-Burger, Von Bauch zu Bauch, in: *Der Tagesspiegel* 2.12.95, S.3
17) Krause-Burger, ebenda
18) Herzog ebenda
19) Bassam Tibi, Die Krise des modernen Islam, Frankfurt/M. 1991, S.204
20) So der an der Hamburger Bundeswehr-Universtät lehrende Orientalist A. Ghanie Ghaussy in seinem Beitrag „Der islamische Fundamentalismus in der Gegenwart, in: *Internationale*, S.85
21) zitiert nach: Hans Monath, Islam akzeptieren, in: *TAZ* 2.2.95
22) Dorothee Nolte, „Wenn Mohammed lebte, wäre er für die Rechte der Frauen“, in: *Der Tagesspiegel* 25.5.95
23) TAZ ebenda
24) Kinkel-Interview ebd.
25) Herzog ebenda
26) Ingo Arend, Untauglich als Bösewichtin, in: *TAZ* 8.9.95
27) Erklärung der AIZ in *Interim* Nr. 319, S.26ff.
28) Erklärung der AIZ in *Interim* Nr. 319, S.26 ff.
29) Erklärung der AIZ in: *junge Welt* 18.7.95
30) Marcel Stötzler, Rezension von Pinn/Wehner, EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht, in: Konkret 2/96, S.52f
31) zitiert nach: Auszüge aus der Charta von Hamas, verabschiedet am 18. August 1988, in: israel & palästina. Zeitschrift für Dialog. Themenheft 39. Religion und Nahostkonflikt. ISLAM, Edenkoben 1995

ten unwissend-allgemein wie das Feuilleton. Den dünnen Brillenträger mit Zigarre und Whiskeyglas, keinen Medientreff auslassend und überall vor sich hin monologisierend, der das Abgesonderte sofort in Druck gab, hat man noch in Erinnerung, als Fernsehbildchen. Noch nicht einmal den Inhalt der Dauerstatements weiß man zu erinnern, nur daß Skandalöses darin vorkam. Er hat Carl Schmitt zitiert auf seine alten Tage, den Jünger gelobt und selbst mit Syberberg palavert – scheint also irgendwie zum Neurechten oder doch zum verblödeten Mitmacher konvertiert zu sein, und sich so neudeutscher Geschichtsaufarbeitung dienstbar gemacht zu haben – daher die schöne gesamtdeutsche Leichenfeier. Ein Verdacht, den der Meister leider allzuoft selber genährt hat. Wer auch nur einige seiner Interviews, die er seit den späten 80ern und erst recht seit 1990 gab, nachliest, wird zugeschüttet mit erstaunlichstem Gedankenmüll hart an der Grenze zum GaGa. Mit seinem zwanghaften Hang, aphoristisch zuzuspitzen, ohne zu wissen, welche Aussage das Bonmot haben soll, mit seiner Lust an der Provokation, die nur noch den sogenannten Tabubruch kannte, machte Müller sich gemein mit jenen ex-linken Querdenkern, die den Aufbruch nach rechts in der BRD seit über 10 Jahren mit reaktionärem Gesabbel begleiten. Einem manchmal vernünftigen Ausgangspunkt schließen sich freischwadronierende Dummheiten an, die schon mal ins rechte Abseits gehen. Ein Beispiel: Müllers Einlassung zur SS-Totenehrung in Bitburg 1985 (in „Jenseits der Nation", 1991, S. 49 f.). Nachdem er erläutert, daß in Aischylos' Tragödie „Sieben gegen Theben" die Aufrührer und Angreifer schließlich neben den Siegern und Verteidigern der Stadt ein ehrenhaftes Begräbnis bekommen, während kaum 50 Jahre später in Sophokles' „Antigone" anderen Aufrührern das pure Recht auf Beerdigung verweigert wird, ihre Leichen zum Fraß der Hunde und Geier werden müssen und damit Objekte staatlichen Zugriffs auf die Toten, fährt er fort: „In Bitburg hätte formuliert werden müssen, daß der Staat auf die Toten kein Recht mehr hat. Die Mehrheit der SS-Leute, ob das Killer waren oder nicht, glaubte an ihr historisches Recht. Sie haben ein Recht, begraben zu werden wie andere auch ... Diejenigen, die im Zweiten Weltkrieg als Soldaten gefallen sind, waren doch nicht alle Verbrecher, vielmehr Verführte." (ebd., S. 50) Und im gleichen Interview auf den 1990 in der Noch-DDR grassierenden Neofaschismus angesprochen, begibt er sich in halsbrecherische Nähe zu den Anti-Anti-Faschisten bundesrepublikanischer Provenienz: „Aber wie entsteht so etwas? Ein Punkt ist, daß die Geschichte nie wirklich aufgearbeitet wurde, daß das immer nur moralisch verfemt wurde. Nie wurde berücksichtigt, daß Leute in bestem Glauben gekillt haben. Man hat sie immer zu Verbrechern erklärt statt zu Gesinnungstätern ... Jetzt werden Gulags gegen KZs aufgerechnet, weil nie darüber gesprochen wurde (ebd., S. 50 f)." Mag sein, daß er mit dem richtigen Verweis auf die Gesinnungstäterschaft auf etwas anderes als Verständnis mit den Mördern hinauswollte. Eine Klarstellung bleibt er schuldig und damit für die Brauchbarkeit solcher Aussagen im Wende-Jahr 1990 allein verantwortlich.

Wo er nicht mit offen geschichtsrevisionistischen Thesen kokettiert, verkommt ihm der Gehalt seiner Rede nicht selten zu solch altbackenem Blödsinn, daß ihm nur ein gnädiger Zufall davor bewahrt zu haben scheint, auch noch den Markt der Möglichkeiten auf dem katholischen Kirchentag zu beehren: „Aber wer gegen den Kommunismus ist, ist gegen die Bergpredigt, ist gegen Jesus. Das hat man in Lateinamerika erkannt. Im nächsten Jahrtausend muß es zur Allianz von Kommunismus und Katholizismus kommen. Die Realität gibt nur nach, wenn man sich gegen sie verbündet. Che Guevara ist ein Heiliger, ein neuer Apostel. Das setzt die Fusion von Rom und Byzanz voraus. Dagegen ist der Kapitalismus eine Fußnote. Alles andere ist ephemer, Tagespolitik." (ebd. 33) Nicht einmal vor den billigsten Erklärungen der Geschichte als einer Geschichte von Staatslenkern, die wegen allerlei Gebrechen zum Terror sich entschlossen hätten, schreckt er zurück: „Und dann die Ressentiments: Napoleon litt, nach allem, was man weiß, unter Potenzproblemen; Stalin hatte einen zu kurzen Arm, war verkrüppelt. Oft sind große Staatsmänner eigentlich Krüppel, und angesichts dessen ist der Konflikt zwischen Politik und Kunst eher normal. Lebensgefährlich wird hingegen die Verbindung von Kunst und Politik wie bei Nero und Hitler, denn Künstler sind ja auch Krüppel, Staatsmänner und Künstler sind Krüppel." (Zur Lage der Nation, 1990, S. 46)

Modischer Pessimismus?

Ist es nun so, daß das geistige Dünnbrettgebohre der Müllerschen Interviews seine Entsprechung in Müllers Stücken findet? Diente in diesen der den Verwaltern des Feuilletons hingerotzte Dreck – sprachlich aufgemöbelt – als gedankliches Gerüst? Obwohl die Interview-Flut losbrach als der Dichter schon verstummt war (seit spätestens Mitte der 80er Jahre war es vorbei mit der Dichtung und der Dichter schulte auf Talk-Gast um), deutet manches darauf hin.

In Müllers dichterischem Werk wird in Geschichtspessismismus gemacht, die Fragwürdigkeit, wenn nicht gar Sinnlosigkeit gesellschaftlichen Eingreifens verhandelt, und in markigen Bildern viel von Blut, Fleisch, Mord geredet und private Konflikte wie der zwischen Vater und Sohn scheinen als Erklärung für das Grauenhafte des Geschichtsprozesses herhalten zu müssen. Utopie dagegen wurde augenscheinlich zwischen den Mühlsteinen von Faschismus und Stalinismus zerrieben.

Vom literarischen Rang des Verstorbenen bliebe zurecht nicht viel, wenn das alles gewesen wäre. Die politische Nützlichkeit des Grenzgängers für neudeutsche Zwecke wäre nicht nur evident, sondern ihm auch persönlich anzukreiden, mithin der Götze vom Sockel zu stoßen.

Als Müller Ende der 70er Jahre in der BRD populär zu werden begann, erhob einer aus dem Literaturkritikerlager der Linken warnend die Stimme und vermutete den Meister auf dem Irrweg. 1981 veröffentlichte Michael Schneider unter dem Titel „Heiner Müllers Endspiele. Der aufhaltsame Abstieg eines sozialistischen Dramatikers" (In: Schneider, Den Kopf verkehrt aufgesezt, S. 194 ff.; in Kurzform bereits 1979 in Literatur-Konkret erschienen) eine gerade durch ihre Ressentimentgeladenheit erhellende Schmähschrift gegen den Müller von „Gundling", „Germania" und „Hamlet-Maschine". Der Text nimmt vorweg, woran das Feuilleton des Frühjahrs 96 noch knabbert – er erledigt Müller im Zeichen von Fortschritt und Psychoanalyse, er schlachtet ihn für Deutschland und gibt zugleich – unfreiwillig – die Stichworte für eine andere Müller-Rezeption. Die Gründe, aus denen er Müller damals von links her angriff, sind heute Allgemeingut. Dem Autor war Müllers Angriff auf sein politisches Projekt, das sozialistische Deutschland ein Dorn im Auge. Heute beginnt sich die Kulturkritik entlang eines positiven Deutschland-Bezugs neu zu orientieren. Weil ein positives Deutschlandbild nicht umstandslos an der militaristischen und faschistischen historischen Kontinuität anknüpfen darf, damit das Anliegen nicht allzu leicht kenntlich wird, steht die vermeintlich kritische Deutschland-Umarmung Michael Schneiders heute noch als ideales Ideologieangebot bereit. (Ironischerweise hat ausgerechnet die antideutsche Konkret Schneiders Aufsatz ins Jubiläumsheft von Literatur-Konkret 1995 wiederaufgenommen und sich so zum Forum des Linksnationalismus ihres früheren Autors gemacht.

Mit Müllers letzten Stücken, so Schneider, würden „die trostlosen Abgesänge ei-

nes dramatischen Werkes, ja, die Krise eines Autors vermarktet werden. Aus sehr naheliegenden Gründen: Die geschichtsphilosophische Verzweiflung, die in Müllers letzten Stücken so kraß zutage tritt, paßt wunderbar zu jenem modischen Pessismismus und koketten Nihilismus, der spätestens seit Mitte der 70er Jahre das Klima der bundesrepublikanischen Kulturszene prägt. Nicht nur die konservativen Skeptiker, auch die Kultur-Linke hier hört man als neuen Gewährsmann ihres neoexistentialistischen Ekels an Politik, Geschichte und Aufklärung immer häufiger Heiner Müller zitieren" (Schneider, S. 197 f.). Über die Bedeutung von Müllers „geschichtsphilosophischer Verzweiflung" wird noch zu verhandeln sein; daß es diese Tendenz in seinen späteren Stücken ist, die ihren Autor schon zum gesamtdeutschen Dichter machte, als an den Zusammenbruch der DDR noch keiner glauben wollte, ist zweifellos richtig. Auch der Befund, daß es ehemals linke Kulturbetriebsfunktionäre waren, die Müllers Stücke an die Seite Peter Zadeks lustiger Nazi-Musicals voll busenwackelnder Fliegerbräute und brünstiger SS-Männer stellten, ist wahr. Damals schickte sich der Betrieb an, im Zeichen des „mutigen" Brechens von „Tabus" Geschichte neu zu verarbeiten. Brecht wich langsam den menschlich-allzumenschlichen Volksstücken seines Zeitgenossen Horvath, Peter Weiß trat ab, Syberberg eroberte die Leinwand – es ließ sich wieder unbefangen über alles reden, besonders über Deutschland.

Da schien einer reinzupassen, der aus der Brecht-Schule kommend, am Vers der griechischen Tragiker und Shakespeares geschult, in der DDR erhebliche Verwirrung angericht hatte im sozialistischen Aufbau-Sujet („Umsiedlerin", „Traktor", „Bau"), danach in Parabel-Stücken auf Stoffe aus der antiken Mythologie grauenvoller Bilder für schreckliche Vorgänge sich bediente („Philoktet", „Horatier"), schließlich in „Gundling" und „Germania" deutscher Geschichte als ungeheuerlichem Blutbad sich näherte; einem Blutbad, aus dem der Antifaschismus gewiß als das Bessere hervorging, um dennoch schon bald in unendlichem Heldengedenken zu Zwecken der Staatslegitimation zu verrotten. Die Unentschiedenheit bei der Bestimmung von historisch legitimierten Siegern, der Zweifel am Sinn des Märtyrertodes, die blutrünstigen Bilder von zerstückelten Leibern, Menschenfresserei, Todeserwartung und nicht zuletzt die Kritik am Realsozialismus angesichts lähmender Stagnation, machten Müllers Stücke im Westen verwertbar. Je mehr Müller seinen Arbeitsschwerpunkt von Ost nach West verlegte, desto stärker gerieten seine Arbeiten formal nach dem Geschmack des dortigen Theaterpublikums, das nach Expressivität, Psychologisierung der Handlung und der Herrschaft des anrüchigen Effekts verlangte. Fürs Auge hatte Müller Blut und Kannibalismus, surreal, aber plastisch dargeboten im Angebot, fürs Ohr die ungeheuerlichen, selbstzerstörerischen und häufig geschmacklos-epigonalen Tiraden wie jene: „Ich breche mein versiegeltes Fleisch auf. Ich will in meinen Adern wohnen, im Mark meiner Knochen, im Labyrinth meines Schädels. Ich ziehe mich zurück in meine Eingeweide. Ich nehme Platz in meiner Scheiße, meinem Blut." (Mauser, S. 96) Dem so betäubten Geist drängte sich die Ahnung auf, daß vielleicht alles umsonst war im Kampf um Befreiung.

Jene, die den bundesrepublikanischen Linksgeist einmal mit einem gewissen Recht für sich beanspruchten und gegen die neudeutschen Sex-and Nazi-Operas, das Botho-Straußsche Innerlichkeits-Gemurmel, den Syberbergschen Neo-Faschismus ankämpften, hatten in Germania und Hamlet-Maschine nicht nur ästhetisch Verwandtes erblickt. Die raunende Botschaft vom schwarzen Loch Geschichte, in dem diese durch pseudo-psychologisch hergeleitete anthropologische Kontinua wie Sexus und Geist, Geschlechterkampf, etc. ersetzt wird, erschien ihnen als das geeignete Mittel, mit dem historischer Kontext systematisch zerstört und an Stelle des dramatischen Konfliktes die Ästhetisierung von Sex-and-Crime-Pornos bis hin zum Splatter-Movie gesetzt wurde. Diese Kritik, die bezüglich der „Hamlet-Maschine" und „Quartett" (sein letztes und wohl miserabelstes Stück) teilweise berechtigt ist, geht jedoch bei „Germania", „Gundling" und den früheren Stücken fast völlig ins Leere - und das nicht zufällig.

Engagement für Deutschland

Trotz manchmal peinlicher Verwandschaft, die der Müllersche Gestus zu populären Formen des Theater- und Filmbetriebes aufweist, sind seine Stücke ein Generalangriff auf deutsche Geschichte und ihre Folgen – und damit auch auf jedes Engagement, das sich, wie progressiv und kritisch auch immer, einem idealisierten Deutschland verpflichtet sieht.

Die Sachwalter engagierter Kunst haben dies nur zu gut erkannt. Der bereits zitierte Michael Schneider machte seinerzeit Müller den Vorwurf, „jenen Theater-Intellektuellen" zugearbeitet zu haben, „die sich vom einst politisch engagierten Theater wieder zu l'art pour l'art zurückgezogen haben ... und ihren heimlichen Zynismus nun auch noch ästhetisch sublimieren können, indem sie die deutsche Geschichte als immerwährendes grandioses „Schlachtfest" spektakulär in Szene setzen."(ebd., S.198) Engagierte Kunst, insbesondere das engagierte Theater war in den 70er Jahren das Lieblingskind der Linksintellektuellen und der Lieblingsfeind des konservativen Feuilletons, wobei die Gründe für Zustimmung bzw. Ablehnung häufig genug dieselben waren. Der engagierte Charakter des Theaters bemaß sich nicht an der Avanciertheit der ästhetischen Materialien, sondern an der Wahl der Stoffe einerseits sowie an der „Konkretheit" der Aussagen, in denen zu tagespolitisch aktuellen Ereignissen Stellung bezogen wurde.

Mit der Aufbereitung sozialistisch-kommunistischer Geschichts- und Heilserwartung, haben die Dorst, Kroetz, selbst Weiß im maßlos schlechten Hölderlin-Stück zwar nicht die Kunst befördert, sich aber doch den Haß des traditionellen Kulturbetriebs zugezogen. Müllers Pessimismus war da ein Angebot gegen den konkreten Protest. Daß dieser, so unangenehm und volltönend sozialistisch er sich für viele darstellte, dem System stärker anhing als Müllers nihilistischer Stinkefinger, blieb bis heute weitgehend unbemerkt. Wo das Engagement betroffen und radikal aber immer konstruktiv daherkam, formulierte Müller den Generalzweifel am Bezugspunkt, Politik und Staat. Er hat den Sinnzusammenhang der Engagierten verlassen und kritisierte seine Grundlagen: Staatsgläubigkeit, geschichtlich verbürgter Fortschritt und Deutschland samt Volk und Kultur. Er hat sich geweigert durch Individualisierung sein Personal der Mitmenschlichkeit des gerührten Zusehers zu überantworten und so den Weg von der Revolution zu Willy Brandt nicht mitbereitet. Darin blieb Müller der von Brecht ausgehenden DDR-Theatertradition treu, die den Zuschauer in eine Verhandlung über gesellschaftliche Prozesse einbeziehen wollte, also an den kritischen Kopf appellierte und Distanz zum Bühnengeschehen forderte.

Daß heute kein dem Michael Schneider im Geiste Verwandter offen gegen den posthumen Müller-Kult aufsteht, ist nicht dem nach wie vor vorhandenen Ressentiment gegen den Müllerschen Pessimismus zu danken, sondern allein der Konsequenz der deutschen Engagement-Literatur. Die führte Michael Schneiders schwer engagierten Bruder Peter zu Erinnerungen an Vati (der bei der SS gewesen ist), F.X. Kroetz zur live-Berichterstattung über die Geburt seiner Tochter für die „Bunte" und Tankred Dorst zu den „Nibelungen". Die Engagement Literatur ist ins Private und vordergründig Unpolitische ausgewichen – obwohl sie da eigentlich immer schon war. Sie hat gemenschelt, wo ein Prozeß

mit kalten Augen nachzuzeichnen war, sie war betroffen, wo Kritik angesagt gewesen wäre, sie hat sich an den besseren Staat gewandt wo, jeder zu bekämpfen gewesen wäre. Sie war immer so Deutsch wie Schneider. Jetzt erholt sie sich von den schweren 80er Jahren und setzt sich an die Spitze deutscher Wiedererweckung, immer kritisch und irgendwie links. Wo der Michael Schneider seine linken Entartungen an der Stasi-Frage sühnt, kämpft Peter bereits an forderster Front für Sarajewo und heißt den „Konservativen" Handke, der sich dem Engagement widersetzt, einen Reaktionär. Sie werden den Anschwärzer Müller nicht auf Dauer dulden, aber sich vorläufig damit zufrieden geben können, daß er nicht Gerechtigkeit für Serbien forderte und den Gauck keinen Inquisitor gescholten hat.

Das vorübergehende Verstummen der „linken" Müller-Kritik macht nicht das Unbehagen mit seinem Pessimismus obsolet. Was sich an der kollektiv begangenen Erledigung von Günter Grass´neuem Roman wegen Festhaltens an einigen Zweifeln an Deutschlands Mission vollzogen hatte, wird dem Müller, der immer für den Sozialismus und stets gegen Deutschland zu Felde gezogen war, den Ehrenplatz im neudeutschen Dichterhimmel kosten.

Schneiders Kritik an Müllers Pessimismus trifft ins Zentrum seiner späteren Stükke, seinem Umgang mit Deutscher Geschichte im „Gundling", mit dem partout kein positives Deutschland-Verständnis zu schaffen ist, und er argumentierte gegen das Müller-Stück bereits im Sinne der Heimatprosa des reifen Lothar Bisky. Der hatte angemerkt, daß „die deutsche Nation nicht 1871 im Spiegelsaal zu Versailles geboren worden" sei. „Sie bildete sich in Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg ebenso wie in Mainz beim Drucker Gutenberg, sie wuchs auf meklenburgischen Kornfeldern und in erzgebirgischen Silbergruben (...) und in Goethes Dichterwerkstatt. Sie reifte (...) in Hambach und in einem literarischen Wintermärchen." (ND, 29.03.94)

Wenn Müller Deutschland als Verhängnis sichtbar macht, das nicht 1933 einsetzte und 1945 zu Ende ging, sondern schon im friederizianischen Preußen seinen Ausgang nahm und wenig Hoffnung auf Veränderung in sich barg – also das in der DDR u.a. von Brecht und Eisler aufgenommene Theorem von der „Deutschen Misere" kompromißlos zuspitzt –, tritt dem Schneider der Schaum vor den Mund. Der geschulte Psychologe macht den Deutschland-Hasser zum Psychopathen, der Vertreter ödesten historischen Materialismus bricht um der Lehre willen eine Lanze für Deutschland. Im historischen Bilderbogen „Gundling", der sich um die Gestalt Friedrich II. rankt, habe Müller „die Position der Aufklärung, auch die einer Aufklärung ex negativo, endgültig verlassen. Ihm geht es nicht mehr um kritisch-materialistische Legendenentlarvung." (199) Man dürfe den preußischen Staat nicht „von Anfang bis Ende eine einzige terroristische Gewalt- und Unterdrückungsmaschine" nennen. Schließlich habe es in Preußen „erstaunliche religiöse Toleranz und eine Gerichtsbarkeit" gegeben, „deren Gesetzestreue ... auch gegenüber den Ärmsten der Untertanen sprichwörtlich gewesen sei", und er erinnert „an die demokratisch-revolutionären Guerilla-Konzepte eines Clausewitz im Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft."(199 f.) Das ist das gute Deutschland, wie ein demokratischer Sozialist es sieht (und beiläufig auch jeder Parteikommunist und alle anderen National-Sozialisten): Gesetzlichkeit für und mit den Armen statt Aufruhr gegen den Zwang. Revolution wird verstanden als Aufstand des Volkes für das Vaterland und damit (jedenfalls in Deuschland) für seine Herren und gegen seine französischen Befreier – und das auch noch freiwillig. Daß Müller im „Gundling" „Lessing und Kleist nur mehr als resignierte und verkrüppelte Opfer des Preußentums vorführt", verärgert Schneider so sehr, daß er den Müller erledigt wie nur ein Psychologe zu erledigen vermag: „Er benutzt Lessing und Kleist als literarische Transportmittel seines geschichtspessimismus, ja, letzlich als Pseudonyme seiner eigenen Identitätskrise." (200f.) Die Identitätskrise ist es dann auch, die in allen Nachrufen herhält für die Verharmlosung von Müllers unangenehm-monströs dargestellten deutschen Verhängnissen: Weil er zwischen Ost und West zerrieben worden sei und nicht produktiv seine Gespaltenheit hat umsetzen können, bekam er einen Sprung in der Schüssel und hetzte maßlos gegen das Vaterland, statt für ein besseres und geeintes zu arbeiten.

Der Destruktive

Der DDR-Kulturphilosoph Wolfgang Harich hatte 1973 Müllers Macbeth-Bearbeitung in „Sinn und Form" verrissen, und mit seinem Verriß auf sein ganzes späteres Werk gezielt. Müller habe sich der „modernistischen Verramschung und Enthumanisierung des Kulturerbes" angedient und durch die „vielen ekelhaften Grausamkeitseinschiebsel ... alle zukunftsweisenden, Hoffnung offenhaltenden Momente dieser großen Tragödie" eliminiert. Schneider geht dieses säuerliche Pochen auf Humanismus und Erbe des DDR-Philosophen bezeichnenderweise nur aus einem Grund gegen den Strich. Harich sei „gegenüber Müller streckenweise in der Position des stalinistischen Kunstrichters" aufgetreten. In der Sache jedoch treffen sich DDR-Humanist und demokratischer Sozialist Marke BRD. Müllers letzte Stücke hätten „mit kritisch-realistischer Geschichtsdemontage nichts mehr zu tun." (Schneider, 195) „Überwindung des Historismus – gut und schön," hebt Schneider verlogen an, um dann in der Manier des stalinistischen (oder wems gefällt sozialdemokratischen) Kunstrichters sein Verdikt zu fällen: „Wenn das aber heißen soll, den historisch-materialistischen Blick auf die Geschichte zugunsten einer monströsen Einäugigkeit und Schwarzmalerei aufzugeben, dann ist damit niemandem gedient." (Schneider, 200)

Der Müllersche Nihilismus und Pessimismus bezüglich der Geschichte – ganz besonders der deutschen – ist ein Schwerstangriff auf linkes Heilsdenken orthodox-realsozialistischer Kulturbewahrer wie Wolfgang Harich genauso, wie plural-sozialistischer Undogmatiker wie Michael Schneider. Beide Schattierungen linken Denkens oder besser Fühlens sind sich so ähnlich, wie sich Apologien staatlich garantierten Zwangsglücks unterm Signum sozialdemokratischer Fürsorge eben ähnlich sein müssen. Der erklärte Gegner des Stalinismus entpuppt sich dort als dessen modern auffrisierte Variante, wo er um die Bewahrung des geschichtlichen Prozesses zu mehr Sonne und Freiheit ringt und auf den rabenschwarzen Denunzianten stößt, dem der Fortschritt ein Grauen ist und die Toten am Wegesrand kein Schritt zum Ziel, sondern zuvörderst Anlaß abgrundtiefen Grams sind.

Beide Spielarten des gleichen staatlich verbürgten Heilsversprechens bürden jedem Einzelnen die ganze geschichtliche Notwendigkeit auf. Die ihm angetane Benutzung soll der Unterworfene „historisch-materialistisch" deuten und sich so einem fremdbestimmten Prozeß unterwerfen, der irgendwie zum Fortschritt führe, in nationalstaatlichen Bahnen versteht sich. Kritik und auch die Beteiligung an sozialen Kämpfen sind ihm freigestellt, wenn er sich nur konstruktiv auf die „zukunftsweisenden Hoffnungen" bezieht, die der Geschichtsprozeß in sich berge, und die im „realistischen" Kunstwerk verbürgt sein sollen.

Schneiders Behauptung, niemandem sei mit Müllers antideutschen Anfeindungen gedient, ist auch die Harichs, und sie ist konsequent: Müllers Deutschland-Bild richtet sich gegen den Wahn, mit dem Weltgeist zu sein, der den Herrschaftsanspruch der Sachwalter der kleinen Leute begründet, ob diese nun als Klasse, Partei oder als das ganze Volk vorgestellt werden. Dem staubtrockenen, aber wenigstens von der Intention her redlichen DDR-Sozialisten treten zur Veränderung bereite Kritiker von

Verkrustungen, demokratische Sozialisten und andere Kretins zu Seite. Beide wollen jenes Übel, das der Theoriekitschier Ernst Bloch den „Wärmestrom der Geschichte" nannte, für sich reklamieren und verkennen damit die vernichtende und endgültige Niederlage, der parteisozialistischen Opposition in Deutschland gegenüber dem Faschismus und damit die vollständige Pervertierung ihres Klassen- und Fortschrittsbegriffs. Sie stellen sich mit ihrem verbrauchten Geschichtsbegriff – gewiß unfreiwillig – an die Seite jener, die wenigstens einen Zipfel des „Mantels der Geschichte" (H. Kohl) erhascht haben, nicht als ihre Parteigänger, aber als Schönschreiber von Geschichte, deren Sinn irgendwo doch sein muß, und sei es in einer Geschichte von Niederlagen.

Die Konsequenz

Zum verkappten Stalinisten wird der Nihilist und Pessimist Heiner Müller für Schneider dort, wo er sich mit der tödlichen Konsequenz revolutionärer Praxis befaßt, ohne sich hinreichend davon zu distanzieren. Im „Mauser" knüpfte Müller an Brechts „Maßnahme" an und verhandelte ähnlich wie dieser die Liquidierung eines Genossen durch seine Genossen. Damit wollte er nicht die Schönheit der Liquidation eines Versagers im Klassenkampf feiern (was bereits Brecht nicht getan hat) und schon gar nicht die teilweise aberwitzigen Entscheidungen loben, wohl aber denen, die im Dickicht der Klassenkämpfe standen und die dabei fast genausoviel Übel verschuldeten wie Teilerfolge errangen, eines nicht absprechen: daß im Zweifel der Kampf bis aufs Messer gehen werde, daß es kein Entrinnen geben werde vor endgültiger Entscheidung – auch nicht der vor dem Töten, wenn man die Sache der Revolution ernst nimmt. Über die erheblichen Zweifel an der Liquidierung (in „Mauser" im russischen Bürgerkrieg) stellt er die Notwendigkeit des Tötens: „Nämlich die Unwissenheit kann töten/so wie der Stahl töten kann und das Fieber/aber auch das Wissen genügt nicht, sondern die Unwissenheit/muß aufhören ganz, und nicht genügt das Töten/sondern das Töten ist eine Wissenschaft/und muß gelernt werden, damit es aufhört/denn das Natürliche ist nicht natürlich/sondern das Gras müssen wir ausreißen/und das Brot müssen wir ausspein/bis die Revolution gesiegt hat endgültig/in der Stadt Witebsk wie in andern Städten/damit das Gras grün bleibt und aufhört der Hunger." (Mauser, S. 59) Daß es derart endgültige und blutige Entscheidungen überhaupt geben kann, vermag einem guten Menschen (der sichs inmitten des weltweiten Blutbads bequem eingerichtet hat) unmöglich einzuleuchten. Daß solche Entscheidungen auch vor familiären Bindungen nicht Halt machen, läßt ihn vor dem Sohn Müller erschaudern. Dieser hatte seinem sozialdemokratischen Vater, der sich von der West-SPD 1949 hat abwerben lassen, anläßlich seines Todes ein Epitaph voll kalter Verachtung über den schäbigen Verrat hinterhergeschickt: „Er fand seinen Frieden Jahre später in einer badischen Kleinstadt, Renten auszahlend an Arbeitermörder und Witwen von Arbeitermördern" (Der Vater, in Müller, Germania, S. 20). Schneider, der meint, daß man über alles reden können müsse, bleibt unverständlich, daß Müller „seinen eigenen Erzeuger mit einer mir unbegreiflichen Härte verurteilt – und zwar ausschließlich unter politischen Gesichtspunkten, als habe es jenseits der politischen Ebene niemals eine Gefühlsbeziehung zwischen Vater und Sohn gegeben."(Schneider, S. 218)

Müllers Schrecknissen entsprechen Einsichten ins Zusammenbrechen eines kommunistischen Sinnzusammenhangs bei gleichzeitigem Fortbestehen der Notwendigkeit, daß bis aufs Meser zu kämpfen sei, um die herrschende Barabarei, die bei ihm bis zum Schluß Kapitalismus heißt, zu beseitigen. Die großen Experimente des 20. Jahrhunderts bleiben die Bezugspunkte: die russische Revolution und der Realsozialismus, konkret die Entwicklung in der DDR. Ihr Scheitern ist Müllers Stoff. Ihnen stellt er die große Verheerung in Gestalt des Faschismus gegenüber, den er sehr wohl als deutsches Übel begreift. Insofern bleibt „Germania" ein antifaschistisches Stück; und „Gundling" ein antideutsches, das den Weg zu den in „Germania" verhandelten Schrecken zeigen will.

So kann es nur von kurzer Dauer sein, daß der „Antitotalitarist" Müller noch die Weizsäckers zu Ehrenbezeichnungen lockt, und den Stichwortgeber für modische Geschichtspessimisten abgibt. Die Zeiten in denen der Intellektuelle kritisch-naserümpfend abwartete und sich Pessimismus und Provokation leistete, sind vorbei. Man positioniert sich wieder engagiert, konstruktiv für Deutschland – lediglich das Attribut sozialistisch hat man abgelegt. Das neuerliche Engagement hat in der Geisterschlacht um Sarajewo bereits begonnen. Die Kombattanten – und sie repräsentieren Deutschlands kritische Intelligenz – werden nicht verstehen können, warum dem Heiner Müller schon die preußisch-deutsche Vorgeschichte Verhängnis war, bestückt mit Knallchargen, ohne die der November 1989 nicht denkbar ist; ein Verhängnis, das jede humanistische Begründung deutschen Engagements im Ausland von vorneherein diskreditiert. „Kurzschlüsse im Halbdunkel" wie die SZ-Kolumnistin Ende Januar Müllers Geschichtsbild nannte, wird bald als noch freundliche Einschätzung gelten. „Ressentiments" in Sachen Geschichtsbetrachtung, die die gleiche Dame Müller an die Seite der PDS stellen läßt, werden ihm den Garaus machen. Die wirkliche PDS wird sich von dergleichen Unterstellungen zu distanzieren wissen. Diejenigen, die den „Bau" wiederaufführten sind bereits verwarnt, wer sich demnächst an die Inszenierungen der Deutschen Schlachtstücke „Germania" oder „Gundling" wagt, darf sich nicht wundern, wenn seine Karriere Schaden nimmt.

Linksradikale sollten Geduld haben mit dem langjährigen Vielschwatz Müller und auch mit seinen gelegentlich post-expressionistisch daherschwallenden Tiraden und auf Billigeffekte setzende Bilder. Er bleibt böser Schatten bürgerlicher und damit genauso sozialistischer Heilserwartung. Müller blieb Kommunist im einzigen Sinn, den diese Zuschreibung erlaubt: Einer der das umfassende Verhängnis wenn schon nicht zu deuten vermochte, so doch einer parteiischen Besichtigung zugänglich machte und dessen „Pessimismus" als immer neue Aufforderung zu radikaler Unversöhnlichkeit gegenüber den Verhältnissen zu begreifen ist.

Der als politischer Dichter in der BRD zum Glück gescheiterte Müller wußte von seinem Scheitern. Er hat sich zuletzt als sein eigener Clown vorgeführt und doch die richtige Einsicht nicht verleugnet. Auch wenn manche seiner Verse inhaltlich schlecht sind, mit ihnen läßt sich einiges nicht besingen: Ein sozialistisches Deutschland, jedes andere sich Einrichten im scheinbar Unveränderlichen oder gar nationale Versöhnung im humanistischen Aufeinanderzugehn.

„Ich gehe nach hause und schlage die Zeit tot, einig/mit meinem ungeteilten Selbst./Fernsehn der tägliche Ekel Ekel/am präparierten Geschwätz Am verordeneten Frohsinn/wie schreibt man GEMÜTLICHKEIT/Unsern täglichen Mord gib uns heute/denn dein ist das Nichts Ekel/ An den Lügen die geglaubt werden/von den Lügnern und niemanden sonst Ekel/an den Lügen die geglaubt werden Ekel/an den Visagen der Macher gekerbt/vom Kampf um die Posten Stimmen Bankkonten/Ekel ein Sichelwagen der von Pointen blitzt/geh ich durch Straßen Kaufhallen Gesichter/mit den Narben der Konsumschlacht Armut/ ohne Würde Armut ohne die Würde des Messers des Schlagrings der Faust/die erniedrigten Leiber der Frauen/ Hoffnung der Generationen/in Blut Feigheit Dummheit erstickt/Gelächter aus toten Bäuchen/heil Coca Cola/ein Königreich/für einen Mörder." (Hamlet-Maschine, in Mauser, S. 95)

Justus Wertmüller

Haupttendenz Hedonismus?

G. Jacobs Thesen zur Individualisierung in der Kritik

Sollte sich die radikale Linke, gemeinsam mit subkulturellen Strömungen, in ein neues Projekt einbringen, um über eine Analyse des Alltagsdenkens neue Klarheit zu gewinnen? Kann sie so die Ursachen bisheriger Erfolglosigkeit ausloten und zugleich subversive kulturelle Äußerungsformen entwickeln? Oder läuft ein solcher Vorschlag auf ein Einschwenken auf postmoderne Beliebigkeit hinaus? Ist es ein Vorschlag mit der Konsequenz, nach verschwundenem politischem Einfluß nun auch noch sinnvolles Analyseinstrumentarium aufzugeben?

So oder so ähnlich wird im Spektrum antinationale Linke eine durch zwei Veröffentlichungen geprägte Kontroverse rezipiert. Bereits 1986 verfaßte Günther Jacob seine Untersuchung „Kapitalismus und Lebenswelt. Theorie des bürgerlichen Individuums bei Marx" (1). Zur aktuellen Debatte hat die zugespitzte Kritik geführt, die im neuen Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert (2) gegen den Jacob-Aufsatz gerichtet wird.

Die antideutsche Szene nimmt die Angelegenheit als zu erwartenden Promi-Show-down mit einiger Spannung auf, stehen sich doch bekanntere Exponenten gegenüber: Hier ehemals prominente Grüne, die noch heute immer mal wieder in Talk Shows gesichtet werden können; dort der Musik- und Kulturkritiker, dessen intensive Publikationstätigkeit in den letzten Jahren seinen Bekanntheitsgrad in der Szene erheblich steigerte.

Tatsächlich gibt es Gründe für die Befürchtung, daß sich die Auseinandersetzung im Streit um oberflächliche Abgrenzungen so verheddert, daß unterschiedliche theoretische Grundlagen der Kontrahenten nur unzulänglich zur Sprache kommen. Bei Jacob ist das Bemühen erkennbar, Diskurstheorie für marxistische Positionen zu erschließen, beides zu verknüpfen; bei Ebermann/Trampert macht sich eine traditionell angelegte Kritik der politischen Ökonomie Denkmomente der kritischen Theorie zueigen.

Ein sich selbst widerstreitender Text

Eine Schwierigkeit für eine klar strukturierte Debatte: Bei Jacobs Aufsatz handelt es sich nicht nur um einen langen, sperrigen Text, mit dem seit seiner Veröffentlichung in 17 Grad Celsius und Spezial mehr kokettiert wurde, als daß er tatsächlich gründlich rezipiert worden wäre. Es handelt sich dabei um einen sich selbst widerstreitenden Text. Eine große Zahl der triftigen Einwände, die gegen Jacob ins Feld zu führen wären, könnten ohne Probleme dem Aufsatz selbst als Zitate entnommen werden. So wird mancher Kritik entgegenschallen, sie beträfe den Text nicht – auch bei Argumenten, deren Berechtigung sich aus der gründlichen Rezeption der Gesamtzusammenhänge ergibt.

Der Autor will in seinem Aufsatz zwei unterschiedliche Intentionen vereinigen. Einmal ist da das Interesse, den LeserInnen ausführlich die Grundlagen der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie nahezubringen. Andererseits wird nachzuweisen versucht, daß der Kapitalismus auf eine immer weiter fortschreitende Individualisierung zusteuere, die das System verändere, vielleicht – die Hypothese schimmert manchmal durch – ein neues Zentrum der Gesellschaft begründe. Das Anliegen: Die Subkulturellen sollen Marx studieren, die Marxisten sich endlich den modernen Erscheinungen des hedonistischen Lebens öffnen, damit sich neue gemeinsame Perspektiven ergeben können.

Beides gehe deswegen zusammen, weil schon Karl Marx eine stetige Tendenz zur Individualisierung vorhergesehen habe. Eine adäquat ausführliche Erarbeitung dieser These habe Marx alleine deswegen nicht leisten können, weil seine ursprüngliche Planung einer sechsbändigen Kapital-Ausgabe nicht umsetzbar gewesen sei.

Die Individualisierung also als höchstes Stadium des Kapitalismus? Um zur Frage vorzudringen, ob diese Marx-Interpretation aufgeht, oder ob sie in Widerspruch zum Marxschen Denken gerät, müssen sich die LeserInnen des Textes schon mindestens bis zur Mitte der dreiteiligen Serie durcharbeiten.

Kapital-Rezeption...

Zunächst hält die Untersuchung nämlich, nachdem das Projekt in der Einleitung ausführlich begründet wird, einen kleinen Kapital-Kursus bereit. Unterkapitel verhandeln nacheinander den Aufbau des Marxschen Kategoriensystems, die Unterscheidung zwischen Erscheinungen und Wesen, die Differenz von „idealer" und realhistorischer Kapitalismusanalyse sowie die Erschließung des im Kapitalismus in Erscheinung tretenden „realen Scheins" aus dessen Kernstruktur.

Die zentralen Begriffe zur Erläuterung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie sind dabei „Kernstruktur" und „Oberfläche". An ihnen entwickelt Jacob die Marxsche These, nur die wissenschaftliche Kritik könne jene inneren Gesetze (Kernstruktur) entschlüsseln, die dem Kapitalismus zugrundeliegen – etwa, daß über Wert und Mehrwert soziale Beziehungen konstituiert sind, oder welche Bewegungsgesetze im Kapitalismus wirken. Daß in Ware, Geld, Lohnverhältnis etc. solche sozialen Beziehungen in versachlichter Weise organisiert sind, erschließt sich nur einer solchen Analyse. Die Oberflächenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft entspricht dieser Kernstruktur nicht. Die Verdinglichung der sozialen Beziehungen in Ware, Geld etc. verschleiert auf der Erscheinungsebene die das Wesen des Systems definierenden Momente – Jacob: *„Die Durchsetzung der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise ist kein selbstbewußter Akt, sie vollzieht sich 'hinter dem Rücken' der Beteiligten und ist deshalb mit ihren Motiven nicht unbedingt identisch. (...) Logische Kategorien wie etwa 'relativer Mehrwert' gehen nicht in die Zwecksetzung der Menschen ein."* (I, S. 27). Die Oberfläche wird mit Marx als „realer Schein" bezeichnet: Einerseits „real", weil nicht bloß eingebildet, sondern als tatsächliche Verhältnisse hervorgebracht, andererseits aber „Schein", weil auf dieser Erscheinungsebene gesellschaftliche Beziehungen und Entwicklungsgesetze des Kapitalismus nicht zutage liegen, sondern gerade verschleiert werden.

Es leuchtet so unmittelbar ein, daß Jacob mit Marx von dem im Kapitalismus entstehenden *„notwendig falschen Bewußtsein"* spricht, daß er gar an einer Stelle seiner Untersuchung entwickelt, bei Marx sei Kritik der Ökonomie immer *zugleich* als Kritik des daraus erwachsenden notwendig falschen Bewußtseins konzipiert: *„Die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft interessiert Marx immer in einem doppelten Sinn: Erstens die objektiv-strukturellen Beziehungen und zweitens die Denkformen."* (I, S. 33) Diese beiden Ebe-

nen einer Kritik der politischen Ökonomie dürften demnach im Sinne marxistischen Denkens niemals losgelöst voneinander entwickelt werden.

Der kleine Kapital-Kursus in Jacobs Untersuchung umfaßt denn auch einen Abschnitt zu den im Kapitalismus notwendig erwachsenden *„Mystifikationen"*. In Kurzform werden hier Einzelschritte nachvollzogen, die im *„Kapital"* die Verschleierung ökonomischer Beziehungen im Kapitalismus aufzeigen. Sie führen u.a. vom Warenfetisch (soziale Beziehungen definieren sich über Warentausch und erscheinen in der Wahrnehmung als bloß mehr Eigenschaften der Dinge) über den Schein, die Zirkulationssphäre bilde das Zentrum der kapitalistischen Gesellschaft (durch die Anschauung, daß Mehrwert und Wert, die in der Zirkulation erst realisiert werden, dort entsprängen) bis hin zur Auslöschung der Kategorien „Wert" und „Mehrwert" in der „trinitarischen" Vorstellung, daß *„Kapital Profit oder gar Zins bringt, Boden Grundrente abwirft und Arbeit Arbeitslohn verdient"* (I, S. 32).

Auf die Entschleierung der auf ökonomische Kategorien bezogenen Mystifikationen ist die Kritik fetischistischer Wahrnehmungsweisen im Kapitalismus bei Jacob aber begrenzt. Von zwei kurzen Exkursen einmal abgesehen (3) macht er nicht zum Thema, wie sich die Mystifikationen der Denkformen darüber hinaus auf Wahrnehmungsstrukturen, Weltanschauungen etc. auswirken.

...und hedonistisches „Reich der Freiheit"

Im zweiten Teil der Untersuchung geht Jacob zur Analyse des „bürgerlichen Individuums" über. Er will die theoretischen Grundlagen für jene Veränderung des Kapitalismus erschließen, die er die Entwicklung zum „hedonistischen Individuum" nennt. Der entscheidende Punkt hierfür ist die Bestimmung des Verhältnisses von Produktion und Reproduktion. Jacob zitiert Marx: *„Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist (...) die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse (...) Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst. Die individuelle Konsumtion des Arbeiters bleibt also ein Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals. (...) Es tut nichts zur Sache, daß der Arbeiter seine individuelle Konsumtion sich selbst und nicht den Kapitalisten zuliebe vollzieht"* (II, S. 25). Die bei Marx vorgenommene Einschränkung *„"innerhalb der Grenzen ..."* wird zum Anknüpfungspunkt einer grundlegenden Unterscheidung der „notwendigen Reproduktion", die auf die Produktion bezogen bleibe, von einem davon losgelöst gedachten Bereich des Konsumierens. Der Autor bezeichnet die notwendige Reproduktion als *„Kompensation"* und kennzeichnet die darüber hinausreichende als *„Hedonismus"*. Diese hedonistische Sphäre wachse im sich entwickelnden Kapitalismus an – der Kapitalismus treibe *„das hedonistische Individuum gewissermaßen selbst als Tendenz hervor"* (II, S. 28).

Entscheidend ist, daß Jacob an diesem Punkt das Denken in den Kategorien Wesen-Erscheinung verläßt, daß er das Dasein des hedonistischen Individuums als *unabhängig* von einem Denken der Gesamtstruktur zu begreifen beginnt. Solche Verschiebung führt dazu, daß er das Handeln des konsumierenden Individuums in dieser Sphäre als „wirklich frei" bestimmt. Richte sich das kompensierende Individuum *„überwiegend nach der vorgefundenen sachlichen Gewalt"*, existiere *„diese Determination"* für das hedonistische Individuum nicht mehr: *„Ein Teil der frei verfügbaren Zeit dient wirklich freier Tätigkeit."* (II, S. 27). Der gegebene individuelle Gestaltungsspielraum bringe, so betont Jacob, *„eigene Logiken"* hervor, die nicht mehr *„Gegenstand der ökonomischen Wissenschaft sein"* könnten.

Jacob wendet sich hier erkennbar gegen Verkürzungen des traditionellen Marxismus, die Erscheinungen des alltäglichen Lebens reduktionistisch auf einfache Ökonomiekategorien zurückzuführen versuchten. Im „Hedonismus" sieht er ein Areal, das durch seine kategoriale Ausgliederung aus der Kapitalismusanalyse haltbaren Widerstand gegen solchen Determinismus zu garantieren scheint. Die Eigenständigkeit der wissenschaftlichen Logik von, nehmen wir einmal: Psychologie ist aber aus Jacobs Bestimmung sinnvoll gar nicht abzuleiten, wäre sie doch auch dort geltend zu machen, wo sie das reale Verhalten von Menschen in der Produktion zu analysieren versucht. Und anders herum: Logiken, Denksysteme etc., die sich im Kapitalismus artikulieren, bleiben stets auf ihre Eingebundenheit in das Systemganze hin zu untersuchen, ohne daß sie in grundlegenden ökonomischen Bestimmungen bereits erschlossen wären. Natürlich erledigt auch ein – vom traditionellen Marxismus zu unterscheidendes – Verständnis von „Kritik der Ökonomie", in dem damit stets die Analyse sozialer Verhältnisse gemeint ist, nicht per se die Problematik einer möglicherweise reduktionistischen Verkürzung von Zusammenhängen. Das Herauslösen einer „hedonistischen" Sphäre aus dem Gesamtsystem Kapitalismus kann das Theorieproblem aber keinesfalls lösen, nähmlich jene „Totalität", die der Begriff „Kapitalismus" definiert, nichtdeterministisch zu fassen.

Individuum als „Schnittpunkt"

Daß bei Jacob eine Abkehr von einem um die Systhesis der Gesellschaft zentrierten Denken vorliegt, ist in den Begriffen angezeigt, in denen er die *„Totalität"* des Individuums zu beschreiben sucht. Jacob ersetzt den Marxschen Begriff des Individuums als „Ensemble" der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Bestimmung des Individuums als *„Schnittpunkt"* unterschiedlicher Bestimmungen und Sphären. Jacob ist nicht bewußt, daß damit für die Struktur des Denkens ein Unterschied ums Ganze vorliegt: *„Marx spricht von ‚ensemble' oder 'Momenten'. Den Terminus 'Schnittpunkt' benutzt er im Zusammenhang seiner Kritik an Stirner,"* (Anm.: ein bürgerlicher Ideologe des unabhängigen Individuums) *„weil dieser vom Subjekt als Schnittpunkt verschiedener Bestimmungen ausgeht. Da der Zusammenhang aber entwickelt wurde, ist das Problem der Namensgebung weniger bedeutend."* (II, S. 29; vgl. auch II, S. 27) Mit *„Schnittpunkt"* ist aber auch bei Jacob eine additive Zuordnung der im Individuum zusammengeführten Bereiche ausgedrückt, wo „ensemble" *gerade das In-eins-Gesetztsein* der diskutierten Elemente bedeutet. Ist für das Individuum erst einmal eine in ihrer Struktur additive Definition eingeführt, ist auch für den an ihm verdichteten Gesellschaftsbegriff eine entsprechende Definitionswelt und somit der Abschied vom Denken in „Wesen – Erscheinung" vorausgesetzt.

Jacob ist nach der Setzung einer solchen Definition – obwohl er mehrmals von der *„bornierten Form"* der Individualisierung im Kapitalismus spricht (4) – nicht mehr wirklich in der Lage, die „Freiheit" des konsumierenden Individuums im Kapitalismus als Oberfläche, Erscheinungsform, als „realen Schein" mit dahinter verschleierten Bestimmungen zusammenzudenken. Wenn er schreibt, *„das 'Reich der Freiheit' ist ohne das 'Reich der Notwendigkeit' nicht zu haben, aber es handelt sich dennoch um zwei eigenständige Bereiche"* (II, S. 27), so meint die Eigenständigkeit letztlich ein wirkliches *„Reich der Freiheit"*, da die Bestimmung des Individuums als „frei" als Abschluß der Untersuchung vorgenommen ist und so zu ihrem Ergebnis wird.

Einen wichtigen Hintergrund für Jacobs reduzierte Kritikfähigkeit gegenüber dem *„hedonistischen Individuum"* bildet der ontologisch-überhistorische Zeitbegriff, den Jacob voraussetzt, und den er auch Marx unterstellt: *„Für Marx ist die*

Zeit Maß und Raum des aktiven menschlichen Daseins, Voraussetzung zur Entfaltung der Individualität" (II, S. 25). Die Bestimmung hat zur logischen Folge, daß ein anwachsender Anteil an „Freizeit" quasi automatisch „Individualisierung" bewirkt. Indem „Zeit" nur als allgemeinmenschliche Kategorie begriffen wird, kann „Freizeit" als Freiheit von kapitalistischer Durchdringung mißverstanden werden.

Ein gegenteiliges Verständnis, wie es pointiert z.B. bei Walter Benjamin formuliert ist, findet sich bei Jacob nicht erörtert. Für Benjamin ist die Vorstellung von der leeren, homogenen Zeit innerste Grundlage des Fortschrittsbegriffs, der die Sozialdemokratie ausmachte und auch die kommunistische Bewegung zutiefst korrumpierte. Im Bruch mit solcher Zeitvorstellung, die den bürgerlichen Historismus definiere und eine *„Geschichte der Sieger"* erzeuge, sieht Benjamin in *„Über den Begriff der Geschichte"* die wesentlichste Voraussetzung des Marxschen Denkens, des historischen Materialismus. Benjamin setzt dagegen *„auf den Begriff einer Gegenwart, die nicht Übergang ist sondern in der die Zeit einsteht und zum Stillstand gekommen ist"* und verweist darauf, daß während revolutionärer Unruhen *„an mehreren Stellen von Paris unabhängig voneinander und gleichzeitig nach den Turmuhren geschossen wurde"*. Für Benjamin war die kapitalistische Entwicklung untrennbar mit der Entwicklung ihrer spezifischen Wahrnehmungsmuster verbunden, deren Untersuchung einen Großteil seines Werks ausmacht. – In jüngster Zeit hat Moishe Postone in einem Kapitel seines 1993 erschienenen Buches die Herstellung einer spezifischen Zeitvorstellung als entscheidende Voraussetzung zur Durchsetzung des kapitalistischen Systems beschrieben (5).

Beruht aber das System gerade auf der Kategorie „Arbeitszeit" und entwickelt sich auf dieser Grundlage, so läßt sich die Dominanz damit verbundener Zeitvorstellungen und Wahrnehmungsformen auch auf die aktuellsten Entwicklungen beziehen – auf die schöne neue Freizeit-Welt mit ihren beschleunigten Wahrnehmungschocks, Muskelentwicklungsmaschinen und Spiel-Shows.

Ebermann/Trampert: Freizeit-Arbeiter

In jenem Buchkapitel, in dem sie sich mit Günther Jacobs Aufsatz auseinandersetzen (6), heben Ebermann/Trampert hervor, die gewachsene Freizeit qualifiziere den Menschen im modernen Kapitalismus *„für die Lohnarbeit, indem er den Rhythmus beibehält"* (S. 117). Ihre feuilletonistische Beschreibung der modernen Freizeitgesellschaft, in der *„für alle immer etwas vorgesehen"* sei (S. 119), liest sich vergnüglich und bringt dabei immer wieder treffend die Fortsetzung der Produktionslogik in das „Privatleben" hinein zur Sprache.

Ebermann/Trampert verbinden solche Analysen der Freizeitgesellschaft mit der These, der Kapitalismus fordere im Produktionsbereich immer stärkere eigenverantwortliche Einfügung der Arbeitenden in den Verwertungszweck (vgl. hierzu auch Schlosser, beigefügter Kasten). Ein längeres Adorno-Zitat bringt in ihrem Kapitel den Zusammenhang so auf den Punkt: *„Längst ward dargetan, daß die Lohnarbeit die neuzeitlichen Massen geformt, ja den Arbeiter selbst hervorgebracht hat. Allgemein ist das Individuum nicht bloß das biologische Substrat, sondern zugleich die Reflexionsform des gesellschaftlichen Prozesses, und sein Bewußtsein von sich selbst als einem an sich Seienden jener Schein, dessen es zur Steigerung der Leistungsfähigkeit bedarf, während der Individuierte in der modernen Wirtschaft als bloßer Agent des Wertgesetzes fungiert (...) Entscheidend ist dabei in der gegenwärtigen Phase die Kategorie der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Darunter verstand die Akkumulationstheorie 'das Wachstum in der Masse der Produktionsmittel, verglichen mit der Masse der sie belebenden Arbeitskraft' (Marx). Wenn die Integration der Gesellschaft (...) die Subjekte immer ausschließlicher als Teilmomente im Zusammenhang der materiellen Produktion bestimmt, dann setzt die 'Veränderung der technischen Zusammensetzung des Kapitals' in den durch die technologischen Anforderungen des Produktionsprozesses Erfaßten und eigentlich überhaupt erst Konstituierten sich fort. Es wächst die Zusammensetzung des Menschen an. Das, wodurch die Subjekte in sich selber als Produktionsmittel und nicht als lebende Zwecke bestimmt sind, steigt wie der Anteil der Maschinen gegenüber dem variablen Kapital."* (7)

So entgegnen Ebermann/Trampert auf Günther Jacob, daß die *„vermeintlich freie Zeit umfassend vom Kapitalverhältnis in Beschlag genommen"* (S. 135 f) sei, und daß auch Marx den Jacobschen Leitgedanken, *„Produktion und Konsum seien im Kapitalismus zwei im wesentlichen voneinander getrennte Sektoren, die zwei verschiedene Menschen schaffen würden"* (S. 133), nie geteilt habe. Sie bestehen darauf, Individualismus würde *„Persönlichkeit, Eigenart, Autonomie"*, Hedonismus würde *„Sinnesfreude und Genuß als Lebensprinzip"* meinen, und sehen solche Positiv-Konnotationen auch bei Günther Jacob mit der Bestimmung des *„hedonistischen Individuums"* verbunden (vgl. S. 132).

Ebermann/Trampert liegen in beiden Aspekten – Auftrennung der Sphären, daraus abzuleitende Orientierung auf die Freiräume des „Hedonismus" – wie gezeigt, durchaus richtig. Daß sie sich um die innere Widersprüchlichkeit des Jacobschen Textes nicht weiter kümmern, daß sie sich insbesondere nicht darum scheren, woraus die bei Jacob *implizite* positive Bezugnahme auf „Hedonismus" sich ableiten läßt, ist einer produktiven Theoriedebatte indessen nicht allzu zuträglich.

Insgesamt bewährt sich aber bei Ebermann/Trampert diesbezüglich die Adaption von kritischer Theorie, deren Gehalt über einmontierte Zitate immer wieder aufscheint. Daß Günther Jacob in seiner Untersuchung, die ja ausführlichst dem vermassten Individuum galt, und in der verschiedenste Denkansätze, soziologische Richtungen etc. erörtert werden, jede Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule unterließ, ist ein eklatanter Mangel (8).

Rock contra Techno?

Die Lektüre des Ebermann/Trampert-Textes läßt indessen an einigen Stellen die Frage aufkommen, ob sich da nicht unterschwellig dem traditionellen Marxismus entstammende problematische Denkmuster undiskutiert ein Wirkungsrefugium erhalten. Ebermann/Trampert suchen in ihrem Buch insgesamt nachzuweisen, daß das revolutionäre Subjekt der kommunistischen Bewegung mittlerweile abhanden gekommen sei. U.a. wird, wie gezeigt, die wachsende Eigenverantwortung der in den kapitalistischen Zentren Produzierenden für Warenproduktion und Profitmaximierung als dafür verantwortlich erklärt. Sie weisen eine solche Entwicklungstendenz, im großen und ganzen überzeugend, vor allem am sich entfaltenden Fordismus sowie an den aktuellsten Veränderungen der 80er und 90er Jahre nach. Im Kontext solcher Argumentation formulieren sie u.a.: *„Die Verwendung menschlicher Ressourcen für die Kapitalbildung und die wachsende Ausformung einer allgegenwärtigen Vergnügungsindustrie verwischte das erkennbar starre Oben und Unten früherer Systeme."* (S. 115) Ist damit in der Negation nahegelegt, vor dem Fordismus anzusiedelnde Phasen des Kapitalismus seien vom *„erkennbar starre(n) Oben und Unten früherer Systeme"* noch durch und durch geprägt gewesen? Bei einer solchen Interpretation wäre die Vorstellung aufgerufen, im Frühkapitalismus hätten die Gewaltverhältnisse noch so deutlich auf der

Hand gelegen wie etwa im Feudalismus, und aufgrund solch klarer Polarisierung habe anno danno ein, inzwischen eben verlorenengegangenes, revolutionäres Subjekt, die Arbeiterbewegung, die Klassenbeziehungen einfach durchschauen und so auf den Plan treten können. So richtig einerseits ist, daß die Verinnerlichung der Verwertungsprinzipien in den kapitalistischen Zentren an Bedeutung gewann und gewinnt, so gilt doch, daß die Mystifikationen des „realen Scheins" auch in frühen kapitalistischen Phasen (wie von Marx beschrieben!) vorherrschten, daß sie auch das Bewußtsein der linken Massenbewegungen (mit)prägten. Es wäre an dieser Frage (die vorgenannte Interpretation vorausgesetzt) eher Günther Jacob rechtzugeben, der der historischen Arbeiterbewegung ein verkürztes Verständnis von *„Klassenkampf"* und *„Ausbeutung"* unterstellt und sie – ohne ihr dadurch die Berechtigung abzusprechen – als in mystifizierenden Denkmustern befangene Interessenvertretung einstuft (9). Auch Traditionen des Marxismus-Leninismus sind ja beispielsweise durch und durch von der Vorstellung geprägt, Kommunismus könne als Selbstverwirklichung der Arbeit begriffen werden, so wie sie sich im Kapitalismus, durch eine parasitäre Schicht behindert, entwickle.

An der Thematisierung anderer vergangener Milieus, denen Ebermann/Trampert ebenfalls verpflichtet scheinen, wiederholt sich die Figur. Die von ihnen gewählten Beispiele für Freizeit- und Konsumindustrie beziehen sich fast alle auf die 80er/90er Jahre. Es entsteht dadurch manchmal der Eindruck, die Autoren kämen hier mit Jacob jedenfalls insofern überein, als auch sie von einem qualitativen Sprung durch die Entwicklung der Freizeitindustrie speziell in den 80er Jahren ausgehen. Eine solche Argumentationstendenz widerspräche aber bekanntlich völlig den durch Zitate immer wieder aufgerufenen Ansichten Horkheimers/Adornos, die bereits für die Nachkriegszeit die als Entwicklung der Kultur- und Freizeitindustrie pessimistisch beurteilten. Ebermann/Trampert dagegen stellen der Techno-Jugend der 90er die Rock-Kultur der späten 60er gegenüber: *„Zwar hat noch jede Jugendbewegung ein Moment der Identifikation über Äußerlichkeiten, es ist jedoch ein Unterschied ums ganze, ob eine solche Identifikation Leistungszwang, Konsumterror und stumpfe Etabliertheit der Älteren angreift oder ob sie als wandelnde Produkt- und Markenwerbung herumläuft (...) Während die Jugendbewegung in der zweiten Hälfte der 60er Jahre der Wunsch nach Freiheit antrieb, ist die aktuelle Bewegung eine in Marktsegmente aufgespaltene, deren Gegner die je anderen Marktsegmente sind."* (S. 128) Mit solch idealisierender Gegenüberstellung ist ein verquerer Debattenverlauf bereits vorgeprägt: Dem Vorwurf an Ebermann/Trampert, aktuelle Jugendkulturen gegenüber eigenen Jugenderlebnissen unzulässig zu verteufeln, folgt der Gegenvorwurf des kritiklosen Modernismus.

In Ebermanns/Tramperts Argumentation ist hier ein logischer Widerspruch angelegt. Sie beziehen sich einerseits uneingeschränkt positiv auf Adornos Pessimismus, indem sie ihn in ihre Untersuchung hereinzitieren (vgl. im oben wiedergegebenen Zitat die Formulierung, *„der Individuierte"* fungiere *„als bloßer Agent des Wertgesetzes"*), sehen bei der Jugendbewegung der 70er Jahre aber in deren Freiheitsdrang einen *„Unterschied ums ganze"*. Gerade die Frage aber, wo im Kapitalismus der Raum für eine Kritik der Verhältnisse entstehen kann, trieb ja, wie schon angedeutet, Günther Jacob zur Errichtung eines hedonistischen Refugiums. Tatsächlich ist Jacobs Untersuchung deutlich vom Anliegen motiviert, zu verkürzenden Erklärungsvarianten des Marxismus-Leninismus

Dominanz des „Klassenindividuums"

Kritik von Robert Schlosser

In der Zeitschrift SPEZIAL veröffentlichte Robert Schlosser zwischen Ende '94 und Ende '95 in vier Folgen (13) *„Fragmente einer Kritik an Günther Jacobs ‚Kapitalismus und Lebenswelt'"*. Hauptkritik: Trete Jacob zunächst an, Verhältnisse als „Form von etwas" zu analysieren, gehe er im Text mystifizierend zu einer Verselbständigung des „Individuum"-Begriffes über. Sehe Jacob das Klassenindividuum als Moment im persönlichen Individuum enthalten, so verhalte es sich in Wirklichkeit umgekehrt. Argumente dafür, kurz zusammengefaßt:

* In der Produktionssphäre konkretisiere sich – in Jacobs Text unterschlagen – der im Kapitalismus dominierende Sachzwang auf wechselseitiges Verhalten von Personen zueinander: Beaufsichtigen, Kommandieren. In der aktuellen Entwicklung der Produktionsverhältnisse würden indessen dem „persönlichen Individuum" zugeordnete Eigenschaften wie Selbstbeherrschung etc. zunehmend zur Anforderung an das lohnabhängige Klassenindividuum selbst. Schlosser untersucht in diesem Kontext Tendenzen zur *„flachen Hierarchie"*, die nicht erst mit dem Toyotismus wirksam geworden seien. Kommando und Aufsicht werde nicht abgeschafft, sondern als eine Art *„Stasi-System"* in die gegenseitigen Beziehungen der Arbeitenden hinein ausgeweitet.

* Konkurrierende Lebensstrategien sorgten für soziale Auswahl und effektive Verteilung von Qualifikation im so strukturierten Kapitalismus, sie könnten und müßten daher insgesamt als Aspekte der Reproduktion begriffen werden.

* Ein „Mehr" an Bedürfnissen sei im Freizeitbereich zwar festzustellen, dies kennzeichne aber nicht spezifisch die Reproduktion, sondern gelte auch für den Produktionsbereich.

* Daß sich ein solches „Mehr" an Bedürfnissen in (sub)kulturellen Milieus niederschlagen und verfestigen könne, sei keine neue Erscheinung – schon oppositionelle „Milieus" z.B. in den 20er Jahren hätten sich nicht kurzschlüssig auf soziale Lagen zurückführen lassen. Auch ein in solchen Milieus verfestigtes „Mehr" an Bedürfnissen könne aber, angesichts stetiger Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse, morgen schon eingehen in den Wert der Ware Arbeitskraft.

Schlosser kritisiert an Jacobs Text weiter dessen Sichtweise, soziale Hierarchien verflachten oder verschwänden in der „hedonistischen" Phase; mehrere Jacob-Zitate werden hier kritisch beleuchtet. Soziale Durchlässigkeit finde hingegen ihre Grenzen an Klassenschranken. Auch Kriterien wie Bildung etc. bestimmten weiterhin, vielleicht wieder zunehmend, Chancen über Generationen hinweg. Schließlich werde im Kapitalismus in jedem Fall Qualifikation proportional entsprechend Bedarf verteilt.

Schlosser hebt gegen Jacob die Bedeutung der Massenmedien für die Stabilität des modernen Kapitalismus hervor: In ihnen trete den Individuen ihre eigene Gesellschaftlichkeit als fremde Macht gegenüber. Wo kollektive Deutungsmuster in Einweg„kommunikation" verallgemeinert würden, werde „Selbstverwirklichung" als Schein erzeugt.

Bei Jacob, hebt Schlosser schließlich hervor, sei in der Bestimmung des „hedonistischen Individuums" eine euphemistische Verschleierung der Geschlechterhierarchie bezüglich Reproduktionsarbeiten angelegt. So werde bei Jacob nicht zufällig die Analyse von „Stilen" und „Habitus" nirgends auf die Kategorie des „Geschlechts" bezogen.

(Kapitalismus als „Ausbeutung“ + „Klassenkampf“, „Basis“ + „Überbau“ etc.) Abstand zu gewinnen. Jacob kommt zunächst, mit Marx, zur Bestimmung, die im Kapitalismus entstehenden Mystifikationen seien objektiv gegeben und deswegen nicht *beliebig* zu überschreiten: *„Ihre* (Anm.: der bürgerlichen Individuen) *„Deutungsmuster und ihre Sinngebung werden vom Schein der Konkurrenz vorstrukturiert. Die Durchbrechung dieses Scheins ist nur wissenschaftlich oder aber durch eine praktische Umwälzung der Kernstruktur möglich.“* (I, S. 34) Schon einige Zeilen weiter ruft Jacob dann aber, scheinbar in Fortsetzung dieser ja durchaus sinnigen Aussage, in Wirklichkeit aber gegen sie, die Kategorie des Willens auf den Plan: *„Die Widersprüchlichkeit der Verhältnisse und die menschliche Fähigkeit zum Erkennen, Handeln und Erleben, zum absichtsvollen Vorgriff auf die Zukunft wie zum Rückgriff auf die Vergangenheit, zur planvollen Zwecksetzung wie zur Selbstreflexivität, ermöglichen die gedankliche Verarbeitung des Vorgefundenen“*; ob das *„Resultat des Durchdenkens“* Affirmation oder praktische Kritik der Verhältnisse sei, *„es handelt sich in jedem Fall um ihre Willensentscheidung“*. Es ist offensichtlich, daß mit dieser Bestimmung die bürgerliche Kategorie des übergeschichtlichen, gesellschaftsunabhängigen Individuums wiedereingesetzt wird. In der Auseinandersetzung um Günther Jacob sollte die Diskussion um erkenntnistheoretische Grundfragen deshalb eine wichtige Rolle eingeräumt werden.

Defizit Faschismusanalyse

Jacobs Abwehr gilt Theorien, die er als *„fundamentalistische Wertkritik“* begreift und verwirft (vgl. z.B. I, S. 20). Dadurch negiert er undifferenziert alle Ansätze, die Grundstrukturen des Alltagsdenkens erschließen können, indem sie sie als durch die Struktur der kapitalistischen Mystifikationen geprägt begreifen. Daß einerseits positivistische, andererseits romantische Denkstränge für den Kapitalismus typisch sind, weil beiden Denktraditionen fetischisierende Strukturen zugrundeliegen, bleibt bei Jacob daher außer Betracht. Solche Analyse könnte aber zur Erkenntnis beitragen, daß das moderne Individuum und beispielsweise der nationalsozialistische Volksgenosse einander nicht ausschließend gegenüberstehen, daß sie vielmehr als aufeinander verwiesen zu denken sind. Mit Jacobs Theorie des *„hedonistischen Individuums“* ist ein Erklärungsdefizit bezüglich des Nationalsozialismus, aber auch gegenüber aktuellen Rechtstendenzen verbunden, die ohne aufmerksame Analyse volksgemeinschaftlicher Momente gar nicht adäquat wahrgenommen werden können.

Der Mangel ist nicht dadurch aufgehoben, daß Jacob den Nationalsozialismus im Rahmen eines historischen Abrisses durchaus einmal als Entwicklungsalternative im Spätkapitalismus beschreibt: *„... wobei die reformistische Idee der Koppelung von Konsumsteigerung und Steigerung von Arbeitsintensität und faschistische ‘nivellierende’ Gewalt als zwei mögliche Konsequenzen aus dem verdinglichten Umgang mit der widersprüchlichen Form kapitalistischer Individualisierung aufzufassen sind.“* (II, S. 41). Zwar hebt Jacob hier Parallelen zwischen Fordismus/“New Deal“ und NS hervor, beschreibt den Nationalsozialismus insofern als *moderne* Herrschaftsvariante, und legt damit eigentlich die Grundlage dafür, Citoyen und den Volksgenossen als einander verwandte Erscheinungsformen des Individuums erkennen zu können. Doch mag er das „Individuum“ mit der Ideologie der Volksgemeinschaft nicht in Verbindung bringen, spricht stattdessen vom *„Spießer“*, der sich *„ja das ‚Volk‘ als Volksgemeinschaft“* vorstelle, worin sich *„in ideologischer Weise die kapitalistischen Trennungen und die Gespaltenheit der bürgerlichen Person“* ausspreche (S. 38).

Jacob nimmt die hier nur angedeutete Untersuchungsaufgabe nicht ernst, sie nimmt, verbannt in die historischen Passagen, auf die Theorieentwicklung in seinem Aufsatz keinen Einfluß. Die Struktur volksgemeinschaftlichen Denkens ist *a priori* nicht deren Gegenstand. Durch die in den 80er Jahren angesetzte Modernisierungszäsur erscheint die „Volksgemeinschaft“ bei Jacob wie ein lange vergangenes und völlig abgeschlossenes Phänomen. Daß aus dem hedonistischen *„Reich der Freiheit“* faschistisches Denken erwachsen könnte, wird bei Jacob letztlich ausgeschlossen. Der deutsche Nationalsozialismus, der sich ja durchaus in Zeiten einer entwickelten und sich entwickelnden *„Freizeit“* etablierte, wird so zum schwarzen Loch der Analyse.

Nationalismus, Rassismus, Patriarchat, Antisemitismus...

Wo Jacob von der Darstellung der *„Kernstruktur“* kapitalistischer Gesellschaft zur Darstellung der *„Oberfläche“* übergeht, tritt bei ihm einzig die Kategorie *„Konkurrenz“* auf. Ihre Gesetze halten das System nicht nur seiner Logik nach in Bewegung, sondern gelten ihm auch als *die* handlungsmotivierende Kategorie: *„Die Konkurrenz ist für Marx (...) die Handlungsebene der bürgerlichen Individuen, die sich im praktischen Konkurrieren ihre Vorstellungen bilden und denen gegenüber die Konkurrenz etwas ‘zeigt’ oder ‘verbirgt’.* (I, S.33) Natürlich determiniert „Konkurrenz“ tatsächlich Denken und Handeln im Kapitalismus, jedoch nicht in der von Jacob nahegelegten eindeutigen und ausschließlichen Weise. „Konkurrenz“ ist logisch an das in ihr vertretene Interesse geknüpft, eine objektivierbare Bestimmung. Konkretes Handeln im Kapitalismus ist aber nicht 1:1 auf solche Interessen rückbeziehbar, vielmehr wären mystifizierende Bewußtseinsformen, an Kapitalismus gekoppelte Charakterstrukturen etc. zu analysieren, um auch irrationale Momente im Denken und Handeln begreifen zu können. Indem Jacob solche analytischen Weiterungen ablehnt, steht er in der an „Interesse“ orientierten Analysetradition des traditionellen Marxismus.

„Nationalismus“ erscheint in Günther Jacobs Text beispielsweise als adäquater Ausdruck des Staatsbürgers, den ein überindividuell-kollektives Konkurrenzinteresse umtreibe: *„Jenseits der nationalen Grenzen existiert ein anderer Souverän, dessen Willen prinzipiell den Willen des ersten begrenzt. Diese historische Tatsache erfordert von jedem Gemeinwesen die Fähigkeit, sich als solches gegen die Einwirkung fremder Willen verwahren zu können.“*; deshalb: *„... als Staatsbürger und moralischer Wächter über die Beschränkung seiner Konkurrenten, d.h. als Fanatiker des Allgemeinwohls ist“* das Individuum *„auch Nationalist (...) gegen andere Gemeinwesen.“* Damit ist aber nur eine Facette nationalistischen Denkens beschrieben. Ihre irrationalen Muster, die ja auch zu Handeln führen können, das selbstsüchtig-rationalen Interessen *entgegengesetzt* ist, werden der Analyse so nicht zugänglich (10).

Patriarchat und Rassismus werden in Jacobs Text als vorgefundene, dann den Kapitalfunktionen zunutze gemachte Strukturen dargestellt, die dem Kapital seinem Begriff nach fremd seien: Es *„‚verbindet‘ sich der entstehende Kapitalismus mit den bestehenden Mächten und zieht etwa aus vorgefundenem Rassismus oder aus der Unterdrückung der Frauen jederzeit seine Vorteile...“* (I, S. 28) Daß der Kapitalismus Familie und andere patriarchale Strukturen im Prozeß seiner Totalisierung subsumiert, das heißt zu dem Kapitalismus spezifisch dienenden Institutionen umformt, die zur Stabilität der kapitalistischen Gesellschaft entscheidendes beitragen, fällt dadurch weitgehend unter den Tisch. Tatsächlich berücksichtigt Jacob z.B. in seiner Bestimmung der „hedonistischen“ Sphäre an keiner Stelle Reproduk-

tionsarbeit und die (nicht nur) damit verbundene unterdrückte Stellung der Frau. „Rassismus“ ist als eine mit diesem Begriff zu belegende, umfassende, quasi-wissenschaftliche Weltanschauung gerade erst *mit* der Herausbildung kapitalistischer Strukturen entstanden, muß mit ihr also verbunden sein: Ein Zusammenhang, der in Jacobs Text völlig verkehrt wird.

Auch eine Analyse des in der gesamten kapitalistischen Welt als Massenphänomen anzutreffenden modernen Antisemitismus ist mit Jacobs präsentiertem Instrumentarium nicht zu leisten. Jacob, der doch Strukturen des Alltagsdenkens analysieren will, kommt auf Antisemtitismus gar nicht zu sprechen. Mit den Kategorien Konkurrenz/Interesse kann dieses zentrale Ideologiemuster der nationalsozialistischen Bewegung höchstens umschrieben, nie aber in seiner Struktur begriffen werden. Die Sichtweise, daß es sich um überkommene, verschwindende, weil *eigentlich* vorkapitalistische Denkformen handeln müsse, ist dabei schon angelegt. Daß aber der Antisemitismus des NS eine seiner Zeit gemäße, moderne Ideologieform war, hat Moishe Postone in seinem Aufsatz *„Nationalsozialismus und Antisemitismus“* eindrucksvoll nachgewiesen (11). Ihm gelang es, die ideologischen Muster des NS-Denkens sehr detailliert als Ausformungen einer modernen romantischen Weltanschauung zu deuten. Offene Fragen schließen sich an: Warum und wie sich gerade in Deutschland der „Volksgenosse“ des Nationalsozialismus durchsetzte; wie von Deutschland aus Vernichtungspolitik möglich wurde; welche Konsequenzen dies für die Beurteilung der aktuellen spezifisch deutschen Verhältnisse hat? Bei zugrundeliegender These einer „Haupttendenz Hedonismus“ können diese entscheidenden Themen aber aus logisch-systematischen Gründen kaum zum Gegenstand werden.

Zu berücksichtigen ist allerdings, daß Jacobs Aufsatz vor 1989 entstanden ist, zu einer Zeit, als fast die ganze heute antideutsche Linke sich mit der Theorie des Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus wenig bis gar nicht auseinandergesetzt hatte. Auf die 1989 deutlicher werdende Tendenz zur deutschen Renationalisierung hat Günther Jacob als einer der ersten analytisch und aktiv reagiert. Zur Destruktion deutschnationalen Denkens hat er seitdem vieles beigetragen; selbst das Bemühen, im subkulturellen Milieu Ansätze für Zusammenarbeit zu entwickeln, führte im Konkreten immer wieder zur Destruktion inakzeptabler Tendenzen – zuletzt, als Jacob nationalistische Tendenzen in der Musikszene der Kritik unterzog (vgl. dazu u.a. in Nr. 17 der BAHAMAS).

Daß Jacobs 1986 entwickelter Theorieansatz Entwicklungstendenzen zum Denken in volksgemeinschaftlichen Kategorien a priori ausschloß, scheint dennoch ein auch heute noch virulentes Problem des Autoren anzusprechen. Offensichtlich prallen sein Theoriezugang und seine aufmerksame Wahrnehmung der Wirklichkeit immer wieder aufeinander. Zuletzt hat Jakob bei der Debatte am Berliner *„antinationalen und antideutschen Aktionswochenende“* in seinem Diskussionsbeitrag *„Diskontinuität der Identitäten“* versucht, Dilemmata so herauszuarbeiten, wie sie sich ihm darstellen (12). Jacob behauptete dort, *„die Konstruktion des nationalen und volksgemeinschaftlichen WIRs gehe“* heute notwendig *„ständig mit Versuchen und der Integration der neuen Subjektpositionen einher“* (S. 39) und legt nahe, eine dauerhafte neonazistische Identität erweise sich als inzwischen unmöglich: *„Ich denke, daß man nach den Nazi-Pogromen sehen konnte, daß die Nazis das Problem haben, diese faschistische Rebellion in organisierte Strukturen zu überführen, denn dieser faschistische Mob ist selbst schon durch die ‚Schule‘ der 80er Jahre gegangen. Die beteiligten Leute sind selber hedonistisch orientiert und das bedeutet, daß sie vielleicht nicht in der Lage sind, eine stabile Bewegung aufzubauen.“* (S. 34) Aktuelle Rechtsentwicklungen könnten demnach a priori eine Stabilisierung in Form autoritärer Bewegung und Herrschaft nicht mehr erfahren – eine Selbstberuhigung, die sich zerschlägt, sobald erkannt ist, daß moderne „Individualität“ die Tendenz zum Umschlag zum faschistischen Mob in sich trägt. Eine Debatte in *diesem* Widerspruchsfeld könnte das kleine Segment „antideutsche Strömung“ vielleicht wirklich voranbringen.

Berthold Brunner

Anmerkungen:

1) Vgl. die dreiteilige Veröffentlichung in *„17 Grad Celsius“* Nr. 3, Nr. 4 und Nr. 5 (im folgenden zitiert als I, II und III plus jeweilige Seitenangabe). Der Text wurde auch in der Zeitschrift SPEZIAL veröffentlicht; Kurzfassungen erschienen in SPEX, im ak, in der „Volkszeitung“ und im Buch „Die Radikale Linke“.

2) *„Die Offenbarung Der Propheten. Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft.“*, Hamburg 1995

3) Vgl. ein Kurzexkurs zum positivistischen Denken Poppers (I, S.25 f) und ein Marx-Zitat zum romantischen Denken (III, S. 39).

4) Er spricht davon beispielsweise in II, S. 24; dort definiert er als Bornierung der Individualität allerdings das *„Nichtwissen ihrer Bestimmungsgründe“*, wodurch die vorangestellte Frage, *„inwieweit diese Freiheit des Individuums wirklich real ist“* nur sehr eingeschränkt negativ beantwortet ist. Die Theorieentfaltung erfolgt weiterhin auf Grundlage der „Schnittpunkt“-Definition. Argumente, die ihr widersprächen, bleiben peripher, sie finden in Jacobs Untersuchung aber dennoch weiter ab und zu Erwähnung; so findet sich z.B., kaum daß *„Hedonismus“* vom Gesamtsystem abgekoppelt definiert wurde, folgendes Marx-Zitat: *„Die Produktion produziert die Konsumtion daher, 1. indem sie ihr das Material beschafft, 2. indem sie die Weise der Konsumtion bestimmt, 3. indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnis im Konsumenten erzeugt.“* (II, S. 28)

5) Moishe Postone, *„time, labor, and social domination. A reinterpretation of marx's critical theory“*, Cambridge 1993

6) Vgl. Ebermann/Trampert S. 109 ff, darin der Jacob-Exkurs S. 132 ff.

7) Ebermann/Trampert S. 116 f; bei Adorno: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/Main 1980.

8) Der einzigen kurzen – und positiven – Erwähnung von Horkheimer, Adorno und Lukács folgt die nicht nachvollziehbare Behauptung, jene hätten *„vor allem die institutionelle Macht im Auge“*, weshalb Foucaults Diskurstheorie vorzuziehen sei (vgl. III, S. 52).

9) Jacob wiederum sympatisiert in einigen Textstellen allzusehr mit Theorien, die eine Definition von Klasse *bloß mehr als Konstruktion* entsprechender Diskurse oder gesellschaftlicher Handlungen versuchen; vgl. beispielsweise bei Jacob I, S. 19 f.

10) Die Verkürzung ist in Jacobs Staatskritik angelegt. Jacob führt aus, der Staat werde vom Staatsbürger als Macht reproduziert, die über den konkurrierenden Individuen stehe, und die Voraussetzung ihrer Konkurrenz erst herstelle. Der Gedanke ist – obwohl hier Staatslobbyismus für Kapitalinteressen schon ausgeblendet ist – als ein Analyseschritt zwar einleuchtend. Jacob sieht damit aber implizit (Fragestellung: *„...woher kommt dann der bürgerliche Staat, oder besser gefragt, wodurch wird er täglich reproduziert?“*, II, S. 30) auch die Genese des bürgerlichen Staates erklärt und gerät so in die Nähe zur bürgerlichen These vom Gesellschaftsvertrag. Der Staat erscheint als Überbau über dem „persönlichen Individuum“ errichtet (vgl. II, S.30: *„Die auf diese Weise etablierte Form des Staatsbürgers deckt sich ganz offensichtlich am ehesten mit dem oben entwickelten persönlichen Individuum.“*); er *entsteht* also nach Jacobs Vorstellung aus dem freien Willen der Konkurrenten und ist so dem hedonistischen Individuum verpflichtet. Daß die Instanz des volonté générale nur gewaltförmig eingesetzt werden kann und der bürgerliche Staat aus der Widersprüchlichkeit seiner Entstehung notwendig einem substantialistischen Nations- und Volksbegriff entgegentreibt, bleibt hier unbeachtet.

11) Moishe Postone, *„Nationalsozialismus und Antisemitismus“*, in: Dan Diner *„Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz“*, Frankfurt a.M. 1988

12) Abgedruckt in: *„Dokumentation der Beiträge zum antinationalen und antideutschen Wochenende am 6./67.Mai 1995“*, S. 33 ff.

13) Schlossers Kritiktext erschien in SPEZIAL Nr. 99 bis 102.

Widerspruch und Totalität

Im Artikel „Die wundersame Renaissance des Louis Althusser" (Bahamas 18/95) stört die VerfasserInnen nicht die von ihnen behauptete Wendehalsigkeit der westdeutschen Linken, sondern deren Beständigkeit. Die westdeutsche Linke beharre auf dem Widerspruch und damit auf der Möglickeit, Politik machen zu können. Die AutorInnen hingegen sehen nur den Verblendungszusammenhang und das lautlose Funktionieren des Wertgesetzes.

Politische Theorien gelten im allgemeinen als Referenzpunkt für Politik. So ist es nicht gänzlich falsch, im Scheitern einer Bewegung auch das Scheitern einer Theorie zu sehen, aber eben auch nicht richtig. Der Zusammenbruch der UdSSR war nicht in erster Linie das Produkt einer falschen Theoretisierung, sondern das Produkt des machtpolitischen Erfolges der gesammelten GegnerInnenschaft, womit Menschen, aber auch Strukturen gemeint sein sollen. Eine Theorie erweist sich nicht in erster Linie durch ihre praktischen, sondern durch ihre theoretischen Effekte.

Kritik des Ökonomismus ...

Sich beim Niedergang der Linken den Ökonomismus (des Marxismus) zum zentralen Punkt der Kritik zu nehmen, ist mit Sicherheit kein so neues Projekt, wie im oben genannten Artikel behauptet. Bereits Georg Lukács sah darin in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts seinen Ansatzpunkt. Er schrieb und argumentierte gegen die ökonomistischen Verkürzungen der II. Internationale (1) und der darin führenden deutschen Sozialdemokratie. Daß er sich dabei selbst nicht vom Ökonomismus befreien konnte, steht auf einem anderen Blatt. Lenins Werk baut nicht zuletzt auf der Kritik des Ökonomismus auf. Gramsci entwickelt dieses leninistische Projekt weiter, weit über Lenin hinaus, von dem er den Begriff der Hegemonie übernimmt, diesen jedoch gänzlich neu faßt. Die Kritische Theorie und der westliche Marxismus wären ohne Kritik des Ökonomismus nicht zu denken. Was Althusser vom Hauptstrang des westlichen Marxismus unterscheidet, ist denn auch weniger das Anliegen einer Kritik des Ökonomismus, sondern vielmehr die Kritik an einer bürgerlichen Bewußtseinsphilosophie, an einer Hypostasierung des Subjekts, die im westlichen Marxismus als probate Allheilmittel gegen die Alterskrankheiten des Marxismus galten und gelten.

Doch klären wir kurz den Begriff. Wenn man sich selbst auf dem theoretischen Feld des Marxismus verortet, stellt sich der Ökonomismus als ein Determinismus in der „Entwicklung der Produktivkräfte" dar. Eine marxistische Kritik des Ökonomismus behauptet deswegen den Primat der Produktionsverhältnisse über die Produktivkräfte, so daß sich ergibt, daß „Widersprüche" im Kapitalismus keine Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sind, sondern diese durchziehen. Dies impliziert aber gerade nicht die Behauptung einer Autonomie des Politischen oder des Staates von der Sphäre der Warenwirtschaft, noch von den (Klassen-) Kämpfen (2).

... als Voraussetzung der Kritik

Wider den Ökonomismus zu streiten, ist also nicht der letzte Schrei linker Selbstkritik, sondern systematischer Ausgangspunkt des kritischen Marxismus. Der Ausgangspunkt der Triple-Theorie, wie sie mit K. Viehmanns „Drei zu Eins" (3) formuliert wurde, ist alt, aber nicht falsch. Gegenüber den meisten Texten aus der RAF, dem autonomen und dem antiimp. Spektrum, betont er die Notwendigkeit der Theorie (gegen das Identitäts- und Gefühlsgedusele) und der relativen Eigenständigkeit verschiedener Formen der Unterdrükkung. So weit, so richtig. Das Problematische an der Triple-Theorie ist insofern nicht, daß sie dem Niedergang der Linken die passende Intonierung ihres selbstkritischen Dahinscheidens und Wiederauferstehens besorgt, sondern daß sie in der alten Logik verbleibt. Sie macht aus eins drei. Damit mehren sich dann zwar die Widersprüche – auch macht die Theorie Platz für aktuelle und wichtige politische Themen – doch löst sie das Problem nicht (4). Die Althussersche Kritik der Logik der Haupt- und Nebenwidersprüche mündet gerade nicht in eine schlichte Addition und Reihung diverser Widersprüche, die nebeneinander das Geschäft der Repression gleichsam als verschiedene Filialen des Kapitalismus besorgen (5). Widersprüche sind vielmehr immer schon überdeterminiert, also weder autonom und „in letzter Instanz" durchschlagend, noch einfache Ausdrucksformen eines Hauptwiderspruchs (6).

In diese Frage bettet sich eine zweite ein. „Hauptsache Widerspruch!" (7) ist die zentralste Kritik des Nachtmann/Müller-Textes, der die theoretische Inkonsistenz der Triple-Theorie nur dazu benutzt, ein Denken zu bekämpfen, das in und mit Widersprüchen denkt und daraus auch eine Politikstrategie herleitet: „Gerade die auftrumpfenden ‚Selbstkritiken' der bundesdeutschen Linken waren nichts anderes, als die Bewegungsform ihres praktischen Opportunismus und ein untrügliches Indiz dafür, daß das polit-strategisch bestimmte Grunddogma nicht in Frage gestellt, sondern unbeschadet in die jeweils nächste Runde hinübergerettet wurde: das Dogma, wonach es irgendwelche relevanten gesellschaftlichen Widersprüche gebe, die auf ihre womöglich revolutionäre Dynamik hin zu interpretieren und zu politischer Einheit zusammenzufassen *die* Aufgabe der linken Intellektuellen sei."

Hierzu wird stellvertretend der französische Marxist Louis Althusser kritisiert, weil sein Denken ein Denken in antagonistischen Widersprüchen ermöglicht, gleichzeitig aber die Sackgasse des einen Widerspruchs verläßt und den (Klassen)-Kampf, die mögliche Organisierung in einer Partei, und das widerständige aber nicht ontologisch gesetzte oder klassenspezifisch hergeleitete kämpfende Subjekt denkbar macht. Doch leider fehlt hier der Platz, Althusser näher darzustellen. Dabei ginge es nicht um eine reine Verteidigung (obwohl auch die nötig wäre). So treffen nämlich die schweren Geschütze, die in Berlin zur Teufelsaustreibung (im 'Inhalt' heißt es doch tatsächlich „Über einen prominenten *Untoten*"), wenn auch selten ins Schwarze, so doch einige Probleme, die bei Althusser bestehen. Das kann man, bei Interesse, an anderer Stelle nachlesen (8). In Anbetracht knapper Zeit- und Raumressourcen scheint es sinnvoller, sich die theoretische Alternative, die uns aus dem in Berlin liegenden Vorort von Freiburg namens Bahamas zwischen den Zeilen, in denen es angeblich um Althusser geht, präsentiert wird, vor Augen zu führen.

Die Kritik wird nämlich mit Hilfe von Theorieelementen aus dem Arsenal von Theodor W. Adorno und Georg Lukács geführt. Dies ermöglicht den Autoren eine eigenwillige Interpretation der Marxschen Werke, aus denen nichts als ein 'Wertgesetzbuch' gemacht wird (mit Marx eine Kritik des Denkens in Widersprüchen begründen zu wollen, ist schon ein recht gewagtes Unternehmen). Aufschlußreich ist darin aber nicht nur die theoretische Debatte – obwohl ich sie nichtsdestotrotz im Anschluß führen werde, um zu explizieren, aus welchen theoretischen Überlegungen welche Praxisformen gewählt werden – sondern: Die Gefahr, die der Artikel „Die wundersame Renaissance..." beschreibt, ist leider (!) gar nicht gegeben. Es gibt keine radikale Linke mehr (wenn wir mal den

Zeitungsverein namens Ökologische Linke vergessen), die auf Massenwirksamkeit schielt und die dafür – in diesen Zeiten (9) – zu recht kritisiert werden müßte. Nichtsdestotrotz wird von Nachtmann/Müller ein Bild von einer zwar immer kleiner werdenden, dennoch kampfbereiten Linken gezeichnet, die sich einer oberflächlichen theoretischen Erneuerung unterzieht, um hernach wieder kräftig die Massen mobilisieren zu können. Diese Einschätzung wird besonders absurd, da der Artikel zu recht schon definitorisch diejenigen ausschließt, die sich an „Massenprojekten" à la GRÜN und PDS beteiligen. *Diese* ex-Linke hat weder etwas gemein mit Triple, noch mit Althusser (10), noch mit Rassismustheorien von Balibar und Foucault. Diese ex-Linke befaßt sich einzig mit machtpolitischen und marketing-gerechten Politikstrategien. Der Artikel behandelt und bearbeitet also die disparate radikale Linke (fast bin ich geneigt zu schreiben: die disparaten radikalen Einzelpersonen), die potenziell das Rekrutierungsfeld für einen bestimmten politischen Ansatz sind.

Der Begriff des Ökonomischen im Marxismus ist in den Verflachungen und Vulgarisierungen, die sich, nicht ganz zu Unrecht, auch auf Marx, insbesondere aber den späten Engels beziehen können, zu einem Begriff der Selbstbewegung der als gesellschaftsneutral sich aus einer inneren Dynamik entwickelnden Logik der Produktivkraft geworden. Im Produktivkraftökonomismus gibt es keine Menschen, die kämpfen, aber eben auch keine, die verlieren können. Diese theoretische Annahme ist, obwohl schon alt und lange bekämpft, nicht überwunden. In der II. Internationale fand sie sich in den Formen der politischen Passivität und der Siegesgewissheit. In der DDR und anderen real existierenden sozialistischen Gesellschaften in Form der sauberen Atomkraft. Im Nachkriegsdeutschland in Form von Theorien à la Industriegesellschaft und verschiedenen Derivaten von Technikneutralität – gegen die Adorno in seinem Referat auf dem 68er Soziologentag zu Felde zog. Auf der Linken findet sich der Ökonomismus weiter in den beständigen Krisenszenarien, deren publikumswirksamster Protagonist Robert Kurz den Kapitalismus als faktisch schon zusammengebrochen ansieht (11). Aber auch die Analysen vom Sozialflügel der CDU bis zu den Antiimps, nach dem der Rassismus nur ein Problem der ökonomisch zu kurz gekommenen sei, zeigt die Verbreitung ökonomistischer Argumentationstopoi.

Gegen diesen vulgarisierten Begriff des Ökonomischen stehen zwei recht unterschiedliche Ansätze. Zum einen Georg Lukács und in durchaus dazu kritischer Nachfolge die Frankfurter Schule. Er steht grob gesagt für den Paradigmenwechsel im Marxismus von Sein zum Bewußtsein und ist damit einer der zentralen Begründungsfiguren des westlichen Marxismus. Andererseits Louis Althusser (in Nachfolge von Lenin und Gramsci).

Sein und Bewußtsein bei Lukács

Beginnen wir mit Lukács. Er soll, so suggeriert der zur Behandlung stehende Artikel, einer der Theoretiker sein, auf die sich die heutige Linke positiv zu beziehen habe. Für Lukács war, wie für die Ökonomisten seiner Zeit auch, unumstößlich klar, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus kommen werde – er bezog sich dabei rein affirmativ auf die ökonomietheoretischen Arbeiten von Rosa Luxemburg (12). Der Unterschied zu den ÖkonomistInnen der II. Internationale bestand für ihn darin, daß der Zusammenbruch *zeitlich* ergebnisoffener war, da er von der bewußten Intervention des Proletariats abhing (13). „Solange dieses Bewußtsein nicht da ist, bleibt die Krise permanent, kehrt zu ihrem Ausgangspunkt zurück, wiederholt die Situation, bis endlich nach unendlichen Leiden, nach schrecklichen Umwegen der Anschauungsunterricht der Geschichte den Bewußtseinsprozeß im Proletariat vollendet und ihm damit die Führung der Geschichte in die Hände gibt. Das Proletariat hat aber hier keine Wahl. Es muß, wie Marx sagt, nicht nur ‚gegenüber dem Kapital', sondern auch ‚für sich selbst' zur Klasse werden; d.h., die ökonomische Notwendigkeit seines Klassenkampfes zum bewußten Wollen, zum wirksamen Klassenbewußtsein erheben" (14). Damit entzerrte Lukács den Konnex zwischen ökonomischem Stand der Produktivkräfte und dessen politisch-ideologischen Ausdruck. Doch dies war nur der erste Schritt. Lukács installiert einen anderen Begriff der Ökonomie. Er begriff „die Ökonomie selbst als Totalität, als gesellschaftliche Wirklichkeit" (15). So verliert der Begriff der Ökonomie nicht seinen im Marxismus zentralen Status, wird aber modifiziert und erweitert und so zum bestimmenden gesellschaftlichen Bezugspunkt, besser: er wird zur Gesellschaft selbst. Der gesellschaftstranszendierende Widerspruch wird aber nicht mehr zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen, sondern im Bewußtsein verortet. „Mit dem Kapitalismus, mit der Abschaffung der Ständestruktur und mit dem Aufbau einer *rein ökonomisch* gegliederten Gesellschaft ist das Klassenbewußtsein in das Stadium des *Bewußtwerdenkönnens* getreten. Jetzt spiegelt sich der gesellschaftliche Kampf in einem ideologischen Kampf um das Bewußtsein, um Verhüllung oder Aufdeckung des Klassencharakters der Gesellschaft" (16). Ist für den klassischen Marxismus die Identität von Sein und Bewußtsein irgendwann automatisch, beziehungsweise durch die sich automatisch entwickelnde Überwindung der Arbeitsteilung (Marx, Deutsche Ideologie) oder die Entwicklung der Produktivkräfte (Kautsky/Plechanow) gegeben, muß für Lukács das subjektive Moment hinzutreten. So fügt Lukács in diesen bislang quasi automatischen Prozeß eine Ungleichzeitigkeit von relevanter Tragweite ein. Es bedarf des Bewußtseins, um den objektiv vorhandenen ökonomischen Entwicklungsprozeß politisch-gesellschaftlich umzusetzen. „Zu dem bloßen Widerspruch – dem automatisch gesetzmäßigen Produkt der kapitalistischen Entwicklung – muß also etwas *Neues* hinzutreten: das zur Tat werdende Bewußtsein des Proletariats" (17).

Lukács „Überhegeln Hegels"

Unklar bleibt aber, warum das Bewußtsein einen so zentralen Ort in der Gesellschaftstheorie von Lukács einnehmen kann. Dazu jetzt: Die Verhüllung und Verdinglichung (18), als Produkt der Warenproduktion in der kapitalistischen Produktion (19), verhindert, daß die Klasse an sich zur Klasse für sich (20) werden kann, anders gesagt: das Objekt muß zum Subjekt werden. Gleichzeitig kann aber auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung diese Verdinglichung aufgelöst werden „wenn er (der Arbeiter, mt) über sich selbst als Ware bewußt wird ..., beginnen die fetischistischen Formen der Warenstruktur zu zerfallen: der Arbeiter erkennt sich selbst und seinen eigenen Beziehungen zum Kapital in der Ware. Soweit er noch praktisch unfähig ist, sich über diese Objektsrolle zu erheben, ist sein Bewußtsein: *das Sebstbewußtsein der Ware*; oder anders ausgedrückt: die Selbsterkenntnis, die Selbstenthüllung der auf Warenproduktion, auf Warenverkehr fundierten kapitalistischen Gesellschaft" (21). Dieses ‘Selbstbewußtsein' ist dann kein Bewußtsein über eine Sache, sondern das Bewußtsein der Struktur der Gesellschaft, „da das Bewußtsein hier nicht das Bewußtsein über einen ihm gegenüberstehenden Gegenstand, sondern das Selbstbewußtsein des Gegenstandes ist, *umwälzt der Akt des Bewußtwerdens diese Gegenständlichkeitsform seines Objekts*" (22). Damit fallen Selbstbewußtsein und Revolution in eins. Das sich selbst erkennende Bewußtsein revolutioniert die Gesellschaft, indem es die Verdinglichung auflöst.

Aber dieser Kampf des zur Tat gewordenen Bewußtseins ist nicht offen, sondern

der Sieg ist präjudiziert, denn egal ob die Entwicklung des proletarischen Bewußtseins episodischer oder entscheidender Natur ist, so ist sie doch ein Schritt auf dem richtigen Wege, „da es sich ja doch um einen ununterbrochenen Prozeß von solchen Durchbrüchen handelt" (23).

Doch wie kann so etwas vor sich gehen? Wie kann ein Bewußtseinsprozeß eine Gesellschaftsstruktur ändern? Wie der Sieg garantiert sein? Lukács beantwortet die Frage selbst. In seinem 67er Vorwort zu „Geschichte und Klassenbewußtsein" schreibt er: „Das Umschlagen des ‚zugerechneten' Bewußtseins in revolutionäre Praxis erscheint hier – objektiv betrachtet – als das reine Wunder" (24). Er selbst glaubt in diesem Vorwort auch den Grund für seinen damaligen Wunderglauben gefunden zu haben. Die Konstruktion des identischen Subjekt/Objekts, mit der er glaubte, den bürgerlichen Antinomien entkommen zu sein (selbiges glauben Nachtmann/Müller noch immer), ist „ein Überhegeln Hegels" (25). Nur auf dem Hintergrund der Hegelschen Geschichtsphilosophie, die eine Inaugurierung eines Prozesses ohne Subjekt (insoweit 'überhegeln', denn der *objektive* Idealismus Hegels wird von Lukács wieder versubjektiviert), besser gesagt: ohne menschlich-tätiges Subjekt darstellt. Denn das Hegelsche „Subjekt" ist der Prozeß selbst (26). Was bei Hegel die Selbstbewegung des Begriffes ist, wird bei Lukács zur Anthropologie des revolutionären Subjekts. Der Begriff der Entfremdung, so Lukács Selbstkritik, war zwar als gesellschaftliche Kategorie gemeint, näherte sich aber in seiner als unaufhebbar beschriebenen Existenz in der Klassengesellschaft und vor allem in seiner philosophischen Begründung einer „ewigen" „condition humaine" an (27). Das Gegengift zu dieser Ineinssetzung waren die Ausführungen von Marx „über die Gegenständlichkeit als primär materielle Eigenschaft aller Dinge und Beziehungen" (28). Über diesen „neuen", materiellen Blick auf die Dinge mußte der Prozess wieder in seine Teile zerfallen. Die Revolution konnte nicht länger mit der Selbstbewußtwerdung zusammenfallen. Lukács schlußfolgert daraus, daß „die theoretischen Fundamente dessen, was die Besonderheit von ‚Geschichte und Klassenkampf' ausmachte, endgültig zusammengebrochen" (29) seien.

Totalitätsperspektive und Bewußtsein adornitisch

Hier scheint ein Kapitel abgeschlossen zu sein, doch die radikale Selbstkritik von Lukács hatte Hintertüren offen gelassen. Die größte Hintertür wird durch den Begriff der Totalität (30) markiert. Diesem Begriff wieder einen zentralen Stellenwert gegeben zu haben, bleibt, in Lukács Augen, auch nach seiner Selbstkritik, das zentrale Verdienst von „Geschichte und Klassenbewußtsein" (31). Nun ist aber, und das macht Lukács radikale Selbstkritik weithin zahnlos, die Kategorie der Totalität in gewisser Hinsicht nur ein anderer Name für das Identitätsdenken, für das Ineinanderfallen von Subjekt und Objekt. Dieses Denken in den Kategorien der expressiven Totalität, in der die Teile immer nur Ausdrucksformen des Ganzen sind (32), nimmt allen Prozessen ihre Eigenständigkeit. Ideologie und Sein, Wissenschaft und Wahrheit laufen zusammen.

Seine ganze Theorie kreist um die Frage des zur Wahrheit kommenden Subjekts. Sie bewegt sich im Schema Subjekt – Realität – Entfremdung. Alle Subjekte sind entfremdet, doch nur einer Klasse obliegt es, diese Entfremdung kraft ihrer richtigen Ideologie aufzuheben. Die Subjekte brauchen in diesem Rahmen keine realen Instrumente zum Kampf, weil sie auch nicht real kämpfen. Sie müssen den ideologische Kampf gewinnen, doch sie werden ihn ohnehin gewinnen. Diese Aussage scheint paradox, ist aber dennoch das Fazit.

Nun wäre es natürlich falsch, Nachtmann/Müller den gesamten Lukács in die Schuhe schieben zu wollen. Daß sie weder dessen geschichtsphilosophischen Optimismus, noch dessen Parteihuberei und Metaphysik des zu sich selbst kommenden Proletariats teilen, ist selbstverständlich. Sie nehmen gar eine Position ein, die Lukács als die Einmietung im „Grand Hotel Abgrund" bereits an der Frankfurter Schule kritisiert hatte. Auch Adorno und Horkheimer hatten philosophisch gewichtige Vorbehalte gegen Lukács. So verwarfen sie Lukács Totalitätskategorie, weil sie das Partikulare „kassiere", bekämpften dessen Identitätsdenken und verweigerten sich der Möglichkeit einer philosophischen Anthropologie (33).

Dennoch hielt gerade Adorno an der Wichtigkeit von „Geschichte und Klassenbewußtsein" immer fest und verteidigte sie gegen die Kritik ihres Autors. Was Adorno und Lukács verbindet (und sie von Althusser trennt (34)), ist jene philosophische Mischung, die uns getarnt als Althusser-Kritik von Nachtmann/Müller präsentiert wird: Eine Totalität, in der das Kapitalverhältnis alles durchdrungen, alles subsumiert hat. In dieser monolithischen Vorstellung einer völlig dem Kapitalverhältnis unterworfenen Gesellschaft hatte Lukács den Anker des sich notwendig revolutionär zu seinem Begriff entwickelnden Proletariats. Die Erfahrung des Faschismus und des Stalinismus aber machte es Adorno unmöglich, an diese Aufhebung des Bestehenden zu glauben. In Zeiten der „Kulturindustrie" verdichtet sich Ideologie zu einem universellen Verblendungszusammenhang, womit sich nicht nur Ideologie und Bewußtsein bis zur Ununterscheidbarkeit angleichen, sondern die Realität auch Bestandteil dieses Zusammenhangs wird. „Die Ideologie ist keine Hülle mehr, sondern nur noch das drohende Anlitz der Welt" (35) oder „die Ideologie (geht) in der Realität auf" (36).

Nun stellt sich natürlich eine, zugegeben, etwas beckmesserische Frage: Wie um alles in der Welt ist es den Vertretern der Theorie einer expressiven Totalität des Kapitalverhältnisses; in der alles, ja die scheinbar radikalste Kritik subsumiert wurde, noch bevor sie überhaupt gedacht werden konnte, möglich, das zu erkennen, was doch ein universaler Verblendungszusammenhang so trefflich zu verhüllen weiß. Wir haben die „Lösung" dieses theoretischen Paradoxes bei Lukács im Wunderglauben des sich selbst bewegenden Bewußtwerdungsprozesses kennengelernt. Adorno, der – wie gesagt – das revolutionäre Subjekt der Geschichte mit guten Gründen verabschiedet hat, löst dieses Paradox mit Hilfe einer Theorie ideologischer Ungleichzeitigkeit. Da in der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft immerhin der Anspruch rationaler Rechtfertigung steckte, ließ sich dieser kritisch wenden, und es war die Sozialisation gebildeter und kritischer, kurz: erkennender Subjekte möglich. Zu diesen vereinzelten Subjekten hat die Vernunft sich geflüchtet. Ihre Werke aber sind nichts weiter als eine „Flaschenpost", ins umtosende Meer der Verblendung geworfen, um irgendwann von anderen vereinzelten Subjekten oder (diese letztendlich theoretisch unbegründete Hoffnung gab Adorno nie auf) in einer das Kapitalverhältnis überwunden habenden Gesellschaft gefunden zu werden. Wie aber lösen Nachtmann/Müller und ihre WeggenossInnen das Paradox?

Der Kapitalismus, so können wir bei Nachtmann/Müller lesen, funktioniert von selbst. Jede Frage nach Legitimation, jede Theorie der Unterwerfung hypostasiert einen Zustand, in dem es auf derlei noch ankäme. Die spätbürgerliche Ordnung ist endlich das perpetuum mobile geworden, als das sie die wirtschaftsliberale Theorie schon immer sehen wollte. Nun haben die AutorInnen zwar die Rede Althussers von der Notwendigkeit „freiwilliger Unterwerfung" zur Reproduktion der Produktionsverhältnisse gründlich mißverstanden. In ihrem Mißverstehen offenbaren sie aber die gesamte Absurdität ihres Projektes. Wenn es denn der kapitalistischen Gesellschaft völlig egal sein kann, ob an sie geglaubt

werden kann, und zudem die Differenz von Individuum und Gesellschaft (im übrigen eine strunzbürgerliche Vorstellung) kaum (!) mehr wahrnehmbar sei, so fragt sich, warum so viel Aufhebens über die Übernahme des Zirkulars Bahamas gemacht wird.

Wahrscheinlich läßt sich auch diese Übernahme nur mittels einer Paradoxierung beschreiben. Es wird die Notwendigkeit gesehen, immer aufs Neue die Wahrheit zu verbreiten, wie unwichtig die Verbreitung der Wahrheit ist. Sie werden politisch-theoretisch aktiv, wenn es darum geht, die Absurdität politischer Aktivität unterm Wertgesetz zu beweisen.

Nun mag die Beschäftigung mit Althusser diverse politische und theoretische Schwierigkeiten zur Folge haben. Ja sie mag uns gar der Gefahr des „Praktischwerdens" aussetzen, so daß Opportunismus und Vereinshuberei an jeder Ecke lauern. Gegenüber einer Theorie, die die kapitalistische Totalität in den Köpfen unbezwingbar macht, die im Widerstand immer nur die Integration antizipiert, in der das Ende der Geschichte verkündet wird, zeigen sich uns die Stärken des Althusserschen Denkens deutlicher, als dies eine werkimmanente Beschäftigung ermöglicht hätte.

Manon Tuckfeld

Anmerkungen:

1) Diese ökonomistischen Verkürzungen sind allerdings nicht nur als Abweichungen vom Marxismus von Marx und Engels zu verstehen. Die II. Internationale hat einen durchaus zentralen Strang der Marxschen und Engelsschen Theorie bis zur Kenntlichkeit verändert.

2) Die Definition orientiert sich am Vorwort von E. Balibar in ders./I. Wallerstein, Rasse Klasse Nation, Hamburg 1990, S. 5 ff..

3) K. Viehmann und GenossInnen, Drei zu Eins, in Projektgruppe (Hg.), Metropolen(Gedanken) & Revolution, Berlin 1991, S. 27 ff..

4) Dies ist im Vorwort zu einem an Althussers Theorien anknüpfenden Sammelband im übrigen vermerkt worden: „Heutzutage wird in weiten Teilen der Linken, abgesehen vielleicht von irrelevanten dogmatischen Sekten, jeder vernünftige Mensch anerkennen, daß etwa Rassismus oder Sexismus nicht einfach als ‚Nebenwidersprüche' zu behandeln sind, die irgendwann von selbst verschwänden, sondern als mindestens relativ eigensinnige Kampffelder. Die für die marxistische Theorie entscheidende Frage ist aber die, wie die Kampffelder konzeptuell im Verhältnis zueinander und zum traditionellen ökonomischen Klassenkampf zu bestimmen sind", H. Böke/J.C.Müller-Tuckfeld/ S. Reinfeldt, Einleitung, in: dies. (Hg.), Denk-Prozesse nach Althusser, Hamburg 1994, S. 11.

5) Unglücklicherweise bezieht sich die Berliner „Broschürengruppe" etwas unkritisch auf den „Triple"-Ansatz. Jedoch mindert dies den Wert der von der Broschürengruppe erstellten Textsammlung „Triple Oppression & Bewaffneter Kampf" nur unwesentlich.

6) Es fehlt hier der Platz, dies auszuführen. Nachlesen kann man dies im Original bei L. Althusser, Widerspruch und Überdetermination, in: ders., Für Marx, Ffm 1968, S. 52 ff.. Eine gute Weiterentwicklung dieses Ansatzes findet man bei S. Resnick/R. Wolff, Knowledge and Class – A Marxian Critique of Political Economy, Chicago 1989.

7) Im übrigen ist dieser Widerspruchsbegriff nicht derjenige, der sich auf Althusser beziehen kann. Gegen einen Begriff des Widerspruchs als Garantie revolutionärer Veränderung setzte er nicht nur die Notwendigkeit der Formierung ungleichzeitiger Widerspruchsebenen (also sozusagen eine Theorie revolutionärer Konjunktur) und den Begriff der Unterdetermination, also der, sagen wir mal revolutionären Harmlosigkeit von Widersprüchen in einer bestimmten konkreten Situation. Somit ist auch hier die Kritik an Althusser, wie sie Nachtmann/ Müller üben, von einer äußerst selektiven, oder, sagen wir es in den Worten der Verfasser, „mal freundlich, recht eigenwilligen" Interpretation Althussers geprägt. Gerade Althusser bekämpfte nämlich die Hegelsche Teleologie im Marxismus, nach der der Widerspruch notwendig zu seiner „Aufhebung" treibt. Zumindest ebenso bodenlos ist die Unterstellung, Althusser sei theoretisch oder praktisch Parteiphilosoph gewesen und zudem Exponent oder doch zumindest mögliche Legitimationsgrundlage eines tagespolitischen Opportunismus (Eine Lektüre von L. Althusser, Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978 und ders., Die Zukunft hat Zeit, Frankfurt 1993 zeigt schnell die Absurdität dieser Anwürfe.).

8) Müller/Reinfeldt/Schwarz/Tuckfeld, Der Staat in den Köpfen, Mainz 1994 und diverse Beiträge des o.g. Sammelbandes von Böke u.a..

9) Der Unterschied zu Nachtmann/Müller besteht nicht etwa darin, daß meine Lektüre Althussers dazu führt, überall revolutionäre Widersprüche auszumachen (vom Kampf um Kindergartenplätze bis zu den Hauptwidersprüchen der Veganer). Eine derartige Ansicht, zu glauben, es läge nur an falscher Politikstrategie, daß die Linke derzeit nirgends auch nur einen Blumentopf gewinnen kann, ist unstreitig absurd. Während aber die Theoretiker des Wertgesetzes uns eine negative Teleologie präsentieren, bestehe ich darauf, daß der Klassenkampf ein Prozeß ohne Subjekt und ohne Ziel (also auch ohne immanente negative Dynamik) ist. Das heißt aber auch, daß zum einen das Denken in Widersprüchen nicht zu beerdigen ist, weil es derzeit kaum relevante, emanzipative Widersprüche gibt. Zum anderen wäre die Theorie der Unter- und Überdetermination von Widersprüchen in eine konkrete Analyse der Situation miteinzubeziehen. Damit ließe sich z.B. analytisch fassen, wie scheinbar oder ehemals emanzipative Themen derart nationalistisch und rassistisch überdeterminiert sind, daß sie zum argumentativen Waffenarsenal der Gegenaufklärung gehören. Dies haben wir in der bahamas 10 (1993) versucht, mit einigen Beispielen zu belegen.

10) Zugegeben sei an dieser Stelle, daß m.W. Jens-Uwe Heuer (PDS) schon mal das Althussersche Wort (nicht aber den Begriff!) vom Ideologischen Staatsapparat im Munde führt, um klassisch reformistische Politik („Veränderung beginnt mit Opposition" – das beginnt ist das wichtigste Wort dieses PDS-Wahlslogans) zu begründen. Bei aller Kritik, die man an der Tendenz zum Funktionalismus im ISA-Aufsatz und der teilweisen Verharmlosung der Parteikritik, die den Anmerkungen zu den ISA-Aufsatz (beide nachzulesen in: L. Althusser, Ideologie und Ideologische Staatsapparate, Hamburg/Berlin 1977) durchzieht, ist diese Vereinnahmung, die aber m.W. keine systematische ist, kaum zu begründen.

11) vgl. Robert Kurz, Mit Volldampf in den Kollaps, in: IG Rote Fabrik (Hg.), Krise – welche Krise ?, Berlin 1995, S. 37 ff. (61).

12) Den grundlegenden Ökonomismus der Luxemburgschen Theorie haben wir in der Bahamas Nr. 13 kritisiert.

13) Vgl. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied/Berlin 1970 (zukünftig: GuK) 452ff.. Er selbst sieht sich damit in der Tradition von Rosa Luxemburg (Lukács GuK : 114f.), von der er fälschlich annahm, daß sie dem Kämpfen der Menschen ein eigenes historisches Gewicht zuspreche.

14) Lukács, GuK : 163.

15) Lukács, GuK : 104.

16) Lukács, GuK : 138.

17) Lukács, GuK : 309.

18) Vgl. Lukács, GuK : 79 und 187ff. Hier wird der Einfluß von Max Weber auf das Denken von Lukács deutlich. Den Prozeß der Verdinglichung beschreibt er als einen Prozeß, der alle Erscheinungen immer mehr verobjektiviert, zerteilt, gliedert, spezialisiert.

19) Vgl. Lukács, GuK : 170ff..

20) Vgl. Lukács, GuK : 60, 119ff., 127f. und 160. Diese Trennung wird erst durch die Geschichte aufgehoben (ebd. : 163).

21) Lukács, GuK : 295.

22) Lukács, GuK : 309.

23) Lukács, GuK : 339.

24) Lukács, GuK : 19.

25) Lukács, GuK : 25.

26) Vgl. L. Althusser, Über die Beziehung von Marx zu Hegel, in: ders., Lenin und die Philosophie, Reinbek 1974.

27) Vgl.: Lukács, GuK: 25f..

28) Lukács, GuK : 42.

29) Lukács, GuK : 42.

30) Ausführlicher Haug, Die Camara obscura des Bewußtseins, in: PIT (Hrsg.), Die Camera obscura der Ideologie, Berlin 1984 : 41f..

31) Vgl.: Lukács, GuK : 21.

32) Eine Kritik an Theorien expressiver Totalität findet sich in: L. Althusser/E. Balibar, Das Kapital lesen, Bd. I, Reinbek 1972, S. 17 und passim.

33) Vgl. M. Jay, Dialektische Phantasie, Ffm 1981, S. 98 f. und passim. Dort betont Jay, daß es insoweit Marcuse war, der dem Überhegeln Hegels theoretisch am nächsten stand. Vgl. auch Zima, Dialektik zwischen Totalität und Fragment, in: H. J. Schmidt (Hrsg.), Der Streit mit Georg Lukács, Ffm 1978 : 142.

34) Es bedürfte weit mehr Platz, um deutlich zu machen, was Adorno (ja selbst Lukács) mit Althusser verbindet. Bei aller Kritik an Adorno sollte man ihn jedoch vor seinen Freiburger und Berliner Bewunderern in Schutz nehmen.

35) Adorno, Beitrag zur Ideologienlehre, in: ders., Soziologische Schriften I, Ffm 1979 : 477.

36) Vgl. Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Neuwied, 20. Aufl. 1985. Dazu auch die Kritik von Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, 2. Aufl., Ffm 1975, S. 193 ff.

Widersinn und Banalität

„Je weniger Ideologie und je kruder ihre Erbschaft, desto mehr Ideologienforschung, die auf Kosten der Gesellschaftstheorie der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen sich anzumessen verspricht... Aus der gesellschaftlichen Erklärung des falschen Bewußtseins wird die Sabotage von Bewußtsein schlechthin."

T.W. Adorno (1)

Nur allzu gerne hätten wir uns an dieser Stelle inhaltlich mit der von Manon Tuckfeld angekündigten Kritik am Althusser-Artikel in der Bahamas 18 auseinandergesetzt – nicht zuletzt deshalb, weil ihr nebenstehender Text in seiner Anmerkungsfülle schließlich doch Kompetenz signalisiert.

Ganz offensichtlich aber geht es in „Widerspruch und Totalität" nicht um die avisierte theoretische Auseinandersetzung: Vergebens sucht man bei Tuckfeld eine Erwiderung auf die an Althusser kritisierte Zweiteilung der Welt in Real- und Erkenntnisobjekt; auch geht sie nicht darauf ein, wie bei Althusser aus dieser begriffslosen Reproduktion der Alltagswahrnehmung die Geschichts- und Zeitlosigkeit von Subjekt und Ideologie gefolgert wird; zu schlechterletzt äußert sie sich nicht dazu, wie und warum die ideologischen Staatsapparate Althussers sich so hervorragend als Spielwiese für Reformisten und Bewegungshandwerkler eignen.

Die von Tuckfeld als Begründung für ihr Ausweichen vorgebrachten „knappen Raumressourcen" sind nur deshalb so knapp, weil sie sich einem anderen Vorhaben verschrieben hat: Nämlich dem Verbreiten der Unterstellung, daß sich die Verfasser des „Renaissance"-Artikels den Kapitalismus als widerspruchsfreie, „lautlose", sich in Friedhofsruhe befindende „Totalität" vorstellten. Diese pompös aufgemachte und doch durch nichts – wie wir im folgenden zeigen werden – begründbare Unterstellung, daß wer den Begriff der Totalität bemüht, den des Widerspruchs zwangsläufig ablehnen müsse, entpuppt sich im Verlauf von Tuckfelds Text als mehr denn als bloßer Verständnisfehler: Hinter der von ihr in extenso ausgebreiteten Scheinalternative verschanzt sich das Festkrallen an linken (Bewegungs-)Politikformen, deren Bankrott doch mehr als offensichtlich ist.

Beim Bejubeln des ominös bleibenden „Widerspruchs" klopft sich das besinnungslose und völlig zu Unrecht als „Praxis" bezeichnete Weiterwursteln – in immer beliebiger werdenden gesellschaftlichen Reibereien mit immer dubioseren Bündnispartnern – selber auf die Schulter. Die „Totalität" hingegen wird perhorresziert, weil sie für die bitter nötige Überprüfung dieser zweifelhaften „Praxis" steht, die die Praktiker scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Daß Tuckfeld aus dieser verzweifelten Abwehrhaltung heraus nicht zu knapp mit Schmutz wirft, kann deshalb nicht erstaunen. Trotzdem wir aber nur von „Verblendung umtoste vereinzelte Subjekte" (Tuckfeld) sind, die sich im „Grand Hotel Abgrund eingemietet haben" (Tuckfeld), wollen wir die Gelegenheit nutzen, um zwei in linken Kreisen nur allzu verbreitete Ressentiments aufzuklären – so, wie Tuckfeld sie, unter dem Mäntelchen der Theorie verborgen, präsentiert.

Anmerkung der Redaktion:

Es ist unüblich, auf Gastbeiträge noch im gleichen Heft eine Replik folgen zu lassen.

Weil Manon Tuckfeld auf den vorhergehenden Seiten mit „Widerspruch und Totalität", lediglich vorgibt, sich den Text aus *Bahamas* Nr 18 „Die wundersame Renaissance des Louis Althusser" kritisch zur Brust zu nehmen, tatsächlich aber Althusser lediglich als Aufhänger benutzt, um die Irrtümer der praxisfeindlichen Bahamas zu tadeln, erfolgt unsere Erwiderung prompt.

Zum einen ist das die Vorgaukelung realer Möglichkeiten von revolutionärer Massenpolitik trotz des seit Lenins und Gramscis Tagen stets wachsenden und immer aufs Neue schmerzvoll sich bewahrheitenden Desinteresses eben dieser Massen. Dieser Trick firmiert bei Tuckfeld unter „Ökonomismuskritik". Zum anderen gilt es dem ans Fahrlässige grenzenden Mißbrauch des Begriffs „Widerspruch" zu widersprechen, mit dem fast schon beliebig auswählbare gesellschaftliche Mißstände zu potentiell systemsprengenden Antagonismen aufgeblasen werden. Durchaus hat uns dabei die Absicht geleitet, der „Liste ekliger Wörter", die verdienstvolle Satiriker führen, zwei neue Prachtexemplare hinzuzufügen. Das erste dieser Art wäre:

„Ökonomismus"

bekannt auch als „ökonomistische" „Verkürzung", „Verflachung" (Tuckfeld et alii), „Vulgarisierung" (Tuckfeld et alii) des Marxismus bzw. der Marxschen Theorie, gerne mit Warnungen vor „monolithischen" (Tuckfeld et alii) bzw. „geschlossenen Weltbildern" (wird jeweils an anderer Stelle noch behandelt werden) und der Mahnung zu allerlei „Differenzierung" verschweißelt.

Tuckfelds Text läßt sich entnehmen, daß sie „Ökonomismus" als Synonym benutzt für die Fortschrittsmetaphysik der Arbeiterbewegung, die die angeblich selbsttätige Entwicklung der Produktivkräfte als objektive Tendenz zum Sozialismus hin begriff. Demgegenüber wartet sie mit einer durchaus originell zusammengestellten Ahnenreihe von „Ökonomismuskritikern" auf, die von Lenin über Lukács und Gramsci bis zu Adorno reichen soll. Sehen wir einmal davon ab, daß es Tuckfeld völlig entgeht, daß allein die von ihr zurückgewiesene Rekonstruktion der Gesellschaft als Totalität, auf der der frühe Lukács und die Kritische Theorie bestehen, dem – wenn man denn unbedingt will – „Ökonomismus" der Arbeiterbewegung wirksam in die Parade fuhr. Der springende Punkt ist vielmehr, daß eine „Kritik des Ökonomismus", die Tuckfeld energisch als „systematischen Ausgangspunkt des kritischen Marxismus" verteidigt, einen solchen in Wahrheit systematisch verhindert. Damit ist nämlich immer unterstellt, es gäbe einen nach eigenen Gesetzlichkeiten funktionierenden Bereich des „Ökonomischen", der nur lose mit einem anders gearteten Bereich des „Politischen" verbunden sei. Damit ist die Grundlage gelegt für einen ebenso end- wie fruchtlosen Streit zwischen „Ökonomisten" und „Politizisten", in dem zwar die einen gegen die anderen recht behalten, beide Seiten jedoch unrecht haben, weil keinem aufgeht, daß alle zusammen der gleichen fragmentierten Wahrnehmung folgen. Die grundlegende Unwahrheit des Begriffs „Ökonomismus" und die falsche Abhilfe, die man sich von einer Kritik desselben erhofft, läßt sich an jener Person zeigen, die Tuckfeld zu-

recht als Ahnherrn des Anti-„Ökonomismus“ vorstellt.

Daß der famose Ökonomismuskritiker Lenin zugleich der Verfasser einer Lehrfibel des Determinismus war, in der die Selbstbewegung der Materie und ihre Widerspiegelung im Bewußtsein zum Weltgesetz erhoben wurde (2), ist keineswegs ein Widerspruch. Die „brennende Frage“ nämlich, aufgrund welcher Lenin zur Kritik des Ökonomismus blies, war, daß die Widerspiegelung des an sich revolutionären Charakters der Produktivkraftentwicklung im Bewußtsein des Proletariats nicht so automatisch wie angenommen klappte. Ganz im Gegenteil schien diese Klasse zunehmend unwillens, ihre „historische Mission“ wahrzunehmen. Der Kniff, mit dem Lenin in „Was tun?“ das Problem zu lösen meinte, ist mittlerweile etliche Male nachgebetet worden: das Proletariat, immerhin Subjekt und Vollender der Weltgeschichte, sei von sich aus („spontan“) nur zu einem „trade-unionistischen“ Bewußtsein fähig, bleibe eben „ökonomistisch“ befangen, solange nicht die Partei an es herantrete, um diesen „Ökonomismus“ zu kritisieren und das Proletariat zur Einsicht in den „Primat der Politik“ zu erziehen.

Es ist der Bruch mit jener Emphase, die Marx im 19. Jahrhundert noch auf das selbsttätige Handeln des Proletariats gelegt hatte und die ihn das Sektierertum der damaligen Arbeiterparteien geißeln ließ, worin die fragwürdige „Weiterentwicklung“ des Marxismus durch Lenin besteht und worin seine theoretischen Nachfahren bis zu Althusser ihm gefolgt sind. Die „Ökonomismuskritik“ und die mit ihr verbundenen „Politik“-Konzepte sind der geistlose Seismograph dafür, wie es in der Realität um die revolutionäre Subjektivität bestellt ist: sie registrieren deren Schwundstufen, ohne sie in ihrem ganzen Ausmaß und ihren Gründen wahrhaben zu dürfen. Um zu „erklären“, warum das Proletariat sich statt zum historischen Subjekt allmählich zur „tradeunionistischen“ Masse konstituierte, genügte Lenin noch ein lapidarer Hinweis auf die publizistische Übermacht reaktionärer Zeitungen. (3) Althusser dagegen muß schon eine ganze Phalanx an „ideologischen Staatsapparaten“ aufbieten, um an „revolutionärer Politik“ trotz offenkundigen Nichtvorhandenseins eines dafür erforderlichen Subjekts festhalten zu können. Trägt sein Theorem von der „Determination durch die Ökonomie in letzter Instanz“ jedoch noch die Erinnerung an den guten alten Klassenkampf mit sich (nichts anderes meint der Begriff „Ökonomie“ bei ihm), so zerfällt seinen um eine vollkommen wahnhafte „Hegemonie“ streitenden Adepten das beim Meister durch letztinstanzliche Determination im Geiste mühselig Zusammengehaltene in heute drei und morgen in wer weiß noch wie viele Scherben.

So spielen denn die Jünger des Herrn Althusser froh und munter „Anrufung des Subjekts“, während sie durch ihr immer schrilleres Begriffsgeklingel Zeugnis davon ablegen, daß unter dieser Nummer kein Anschluß mehr existiert. Der Widersinn des von Althusser konzipierten Bewußtwerdungsprozesses ohne Realsubjekt, in welchem als deus ex machina die sogenannte „sozialistische Ideologie“ regelmäßig ihren Auftritt hat, kommt in der vollkommenen Auswechselbar- und Fragwürdigkeit der heute im Hegemoniekampf umworbenen Subjekte erst ganz zu sich. Das Ressentiment, das seitens der Hegemoniekämpfer – einer Allianz, die von Habermas bis zu den „Beute“machern reicht – allen entgegenschlägt, die sich der offenkundigen Abwesenheit revolutionärer Subjektivität einschließlich den daraus sich ergebenden Konsequenzen stellten, ist nur allzu erklärlich. Schon die Namen Lukács (4) oder Adorno stehen für die Gefahr, daß der dem Hegemoniekämpfer zur zweiten Natur gewordene Schwindel auffliegen könnte – der Schwindel nämlich, daß mithilfe ökonomismuskritischer „Ideologietheorie“ der Weg dafür geebnet wird, die Leerstelle, die durch die Reduktion des Proletariats aufs variable Kapital entsteht, mit den strukturell rassistischen und antisemitischen Staatsbürgern des ausgehenden 20. Jahrhunderts auszufüllen, als ob nichts geschehen sei. Hemmungslos hofiert wird dabei ein verblendetes Verfolgerkollektiv: Waren es es in den 80er Jahren noch die in verquasten Nationalismus und Biologismus mündenden Phantasien von Friedens- und Ökologiebewegung, so nähert man sich heute, Haug und Demirovic allen voran, forsch dem Potential der „Entfremdung“ (ein weiteres „ekliges Wort“, dem auch Althusser mit nur allzu berechtigtem Widerwillen begegnete), das angeblich hinter dem deutschen Brandlegermob sich verbirgt. Denn, so die einhellige Meinung, man darf in der Analyse eines nie vernachlässigen: den

„Widerspruch“

meist in der Mehrzahl auftretend, wegen Ablehnung „monolithischen“ (Tuckfeld et alii) Denkens, gerne auch als „Bruchlinien“ firmierend oder in der durch Wortmix entstehenden Fassung „Widerspruchslinien“, die sich ihrerseits wiederum kongenial zu den „Konfliktlinien“ ergänzen, die der akademisch versierte Linke in der Regel als „Konfliktualitäten“ bezeichnet, um allen Eventualitäten vorzubeugen.

Viel zugute hält sich Manon Tuckfeld auf das „Denken in antagonistischen Widersprüchen“. Weil nach ihrer Auffassung „Widerspruch“ die entscheidende Kategorie des Marxismus darstellt und die der „Totalität“ deswegen zu verwerfen sei, unterstellt sie den Autoren des „Renaissance“-Textes die spiegelverkehrte Position: Sie sähen „nur den Verblendungszusammenhang und das lautlose Funktionieren des Wertgesetzes“ und würden deshalb den Begriff des Widerspruchs über Bord werfen. Nun ist aber genau die abstrakte Entgegensetzung von Totalität und Widerspruch, von „lautlosem Wirken des Wertgesetzes“ und (offenbar lautstarken) Widersprüchen ein weitverbreiteter Unsinn, die einem „kritischen Marxismus“ Hohn spricht. Deshalb sehen wir uns gezwungen, Altbekanntes noch einmal zu wiederholen.

Während in vorkapitalistischen Gesellschaften die Kooperation im unmittelbaren Arbeitsprozeß das Verbindende war, wird der Zusammenhang der Gesellschaftsmitglieder im Kapitalismus durch den Tausch von Waren hergestellt. In der *allgemeine Ware*, dem Geld, der entfalteten Wertform konstituiert sich dementsprechend die *Allgemeinheit* oder auch „Totalität“ der Gesellschaft über die individuellen Vorstellungen und Handlungen ihrer Mitglieder hinweg, die dadurch als Charaktermasken gesetzt werden. Indem die Gesellschaftlichkeit der Dinge und Individuen sich fortwährend post festum, durch Akte des Verkaufens und Kaufens, geltend machen muß, stellt der Wert von vornherein eine sehr (geld)flüssige und deshalb gerade nicht „monolithische“ (Tuckfeld) Totalität dar.

Es bleibt Tuckfeld und ihresgleichen ein Buch mit sieben Siegeln, daß das Wesen des Werts gerade darin besteht, kein substantielles eigenes zu haben und sich deshalb nur in disparaten Erscheinungen darstellen zu können. Das Kapital, der aus der Zirkulation kommende, sich in ihr erhaltende und vervielfältigende Wert, ist derart bestimmt als prozessierendes Verhältnis: es subsumiert sich den Arbeitsprozeß, Arbeitskraft und Produktionsmittel, und *„verzehrt“* sie *„als Ferment des eigenen Lebensprozesses“*. (5) Als prozessierendes Verhältnis ist diese Totalität des Kapitals überdies von einem unauflöslichen Widerspruch gekennzeichnet: *„Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch dadurch,*

daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren versucht, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt." (6) Dieser Widerspruch macht sich objektiv – d.h. wie die Form der Gesellschaftlichkeit, der er entspringt – über die Individuen hinweg geltend: als Krisenhaftigkeit. Diese wirkt *„antagonistisch,* ***nicht im Sinn von individuellem Antagonismus,*** *sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsenden Antagonismus."* (7) Bekanntlich hatte Marx behauptet, daß das Kapital früher oder später an seinem objektiven Selbstwiderspruch zugrundegehen werde. Der Vorwurf des „Determinismus" bzw. „Objektivismus", der gegen diese Auffassung bis heute immer wieder erhoben wurde, zielt jedoch völlig daneben. Der objektive Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ist bei Marx eben keine soziologische Tatsachenfeststellung, sondern ein revolutionstheoretischer und praktischer Begriff – und solcher Begriff ist er nicht „an sich", sondern nur unter der Voraussetzung einer gesellschaftlichen Bewegung, welche diesen Widerspruch im revolutionären Interesse praktisch austrägt. Nur unter der Bedingung, daß das Proletariat über die kapitalistische Vergesellschaftung, durch die es konstituiert ist, zugleich dadurch hinausragt, daß es, als kämpfende Klasse, die emanzipatorischen Potenzen der Produktivkräfte zur Befreiung nutzen will – nur unter dieser Bedingung fällt der Selbstwiderspruch des Kapitals überhaupt ins Gewicht. Kraft zuwiderhandelnden Willens ist die werdende revolutionäre Subjektivität des Proletariats selbst Mitproduzent der krisenhaften Reibung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und, als objektiver Faktor Subjektivität, Bestandteil der gesellschaftlichen Objektivität.

Es ist eine fürchterliche Banalität, die nur deshalb, weil die Widerspruchs-Fans à la Tuckfeld sie so tatkräftig verleugnen, verdient, festgehalten zu werden: daß ein emphatischer, revolutionstheoretischer Begriff des Widerspruchs mit genannten Voraussetzungen steht und fällt, einfach deshalb, weil es sich dabei nicht um theoretische, sondern um reale, historische und damit vergängliche Umstände handelt und es nicht in der Macht eingreifender theoretischer Kritik steht, gesellschaftliche Bedingungen aus sich heraus zu produzieren. (8) Im Klartext: verliert das Proletariat sein praktisches Interesse an der Umwälzung oder scheitert die proletarische Revolution, dann existiert der Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zwar „an sich", „objektiv" nach wie vor, verändert dabei aber seinen Status. Er wird zum integralen Moment im Prozeß der Kapitalverwertung, das die bürgerliche Gesellschaft dann in der ihr eigenen bewußtlosen Weise zu bewältigen sucht: durch Vernichtung von Kapital und überflüssigem Menschenmaterial. Wenn die proletarische Revolution scheitert, dann erlischt nicht nur der Realwiderspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als revolutionstheoretisch interessierendes Faktum, sondern auch das Proletariat bleibt, was es im kapitalistischen Produktionsprozeß zuallererst ist: eine mehrwertschaffende Ware, die durch ihr tägliches tätiges Einverständnis die quasi-naturgesetzliche Objektivität und Eigendynamik kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit reproduziert.

„Das Kapital als sich verwertender Wert ***umschließt****"* dann die *„Klassenverhältnisse"* (9) vollständig. Ist dieser Punkt erreicht, trennt sich der objektiv prozessierende Widerspruch von der subjektiven Potenz, ihn aufzuheben, verkehrt sich die berechtigte Hoffnung, die Marx an ihn noch geknüpft hatte, ins Katastrophische. Genauso blind, wie der Widerspruch auf stets weiteren Vergesellschaftungsstufen prozessiert, stellt er sich der fetischistischen Wahrnehmung der ihm unterworfenen Subjekte dar. Statt in Klassenbewußtsein zu resultieren, regrediert die subjektive Wahrnehmung der Krisenhaftigkeit in den Wahn. Der Widerspruch zwischen gebrauchswertsetzender Arbeit und ihrer stets drohenden Entwertung gebiert den Antisemitismus als schlagendste Form der Resubjektivierung eines objektiven Verhängnisses. Wo die Ruinen des Klassenkampfes vor sich verfallen, blühen Verfolgungswahn, Biologismus und Opferkult. Der Verblendungszusammenhang, als die die Gesellschaft sich den ihr Unterworfenen darstellt, ist mitnichten das Produkt ideologischer Apparate, genausowenig wie die „Widersprüche", die das fetischistische Bewußtsein gewahrt, das System gefährden, im Gegenteil: *„Der Vergesellschaftungsprozeß vollzieht sich nicht jenseits der Konflikte und Antagonismen oder trotz ihrer.* ***Sein Medium sind die Antagonismen selbst,*** *welche gleichzeitig die Gesellschaft zerreißen."* (10) Wer die zum Schmiermittel der Gesellschaft gewordenen „Widersprüche" auch noch „politisieren" will, der haut deshalb keine „Risse" in die Totalität, sondern sabotiert die Möglichkeit, daß irgendwann doch noch der Verblendungszusammenhang aufgeklärt werden kann.

Wenn Manon Tuckfeld meint, daß wir uns „der Gefahr des ‚Praktisch-Werdens'" zu entziehen trachten, dann soll sie recht behalten. Der Gefahr, im „ideologischen Hegemoniekampf" um die Liebe des mit dem Heiligenschein des „Widerspruchs" versehenen falschen Bewußtseins zu buhlen und es durch betriebsblinde Bewegungshuberei in seinem Konformismus zu bestärken, entziehen wir uns allerdings grund- und vorsätzlich. Stattdessen beharren wir auf der *„Dialektik von Praxis"*, die immer auch verlangte: *„Praxis, Produktion um der Produktion willen, universales Deckbild einer falschen, abzuschaffen."* (11)

Uli Krug / Clemens Nachtmann

Anmerkungen:

1) T.W. Adorno, Beitrag zur Ideologienlehre, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd.8, S.467

2) W.I. Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, Moskau 1909, in: Lenin Werke Bd.14

3) W.I. Lenin, Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, in: ders., Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Berlin/DDR 1970, Bd.1, S.176f.: „Warum aber, wird der Leser fragen, führt die spontane Bewegung zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie? Aus dem einfachen Grunde, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger entwickelt ist, weil sie über unvergleichlich mehr Mittel der Verbreitung verfügt."

4) Lukács benennt das Schicksal revolutionärer Subjektivität eher beiläufig und unfreiwillig, indem er in fast schon beschwörendem Ton versichert, daß *„das Zur-Ware-Werden des Arbeiters ihn...zwar annulliert, seine 'Seele' verkümmert und verkrüppelt, jedoch sein menschlich-seelisches Wesen nicht zur Ware verwandelt"* (Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Darmstadt/Neuwied 1970, S.300). In seinem Subjektrettungsversuch, der mißlingen mußte, hat Lukács immerhin noch ohne Umschweife seinen Blick auf die Konstitutionsbedingungen von Subjektivität gerichtet und deshalb ihren Zustand einigermaßen schonungslos diagnostiziert – im Gegensatz zu den verlegen und wortreich herumdrucksenden Althusser-Adepten.

5) MEW 23, S.329

6) K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S.593

7) MEW 13, S.9, Hrvrh. durch uns

8) Der verstiegenste Idealismus und die – um im Jargon der Angesprochenen zu bleiben – „abgehobenste" Geistmetaphysik findet sich deshalb nicht bei kritischen Theoretikern, sondern bei den besinnungslosen Praktikern, die es allen Ernstes für möglich halten, systemsprengenden Widerspruch dadurch zu schaffen, daß sie unermüdlich an den Begriffen herummurksen, um sie mit den gewünschten Interpretationen zur Deckung zu bringen

9) MEW 24, S.109, Hrvrh. durch uns

10) T.W. Adorno, Gesellschaft, in: Soziologische Schriften I, S.14f., Hrvrh. durch uns

11) T.W. Adorno, Negative Dialektik, Frankfurt 1975, S.382

Bissinger meldet sich zurück

Konkret geht auf Profilsuche

Nachdem man bis 1987 als flotte, ökologisch-sozialistische Illustrierte verpackt, sich zeitweilig den Manfred Bissinger und andere Unmöglichkeiten geleistet hatte, um als linke Publikumszeitschrift bestehen zu können, kam der Bruch, der Konkret zu seinen würdigsten Jahrgängen verholfen hat. Was der Gremliza mit dem Wallraff gemacht hat, der Schneider mit dem „Musenficker" Kroetz, war mehr als das Abrechnen mit Charaktermasken des linken Kulturbetriebs. Abgerechnet wurde zugleich mit der eigenen Positionierung am linken Rand der sozialdemokratisch-ökopaxisch-DeKaPistischen Solidargemeinschaft, die noch der härtesten Kritik von Gremliza bis Pohrt ihren Stachel geraubt hat, weil diese Texte eingebettet waren in den zähen Brei aus Peggy Parnaß, Bernt Engelmann, F.J.Degenhart und W.Biermann. Zum erstenmal stand 1988 die ganze Konkret außerhalb des Konsenses der Ex-Apo-Linken und – wenigstens inhaltlich – ist es dem Blatt gut bekommen. Als Sponsorin der Radikalen Linken, Zuspitzerin der Nie-Wieder-Deutschland-Bewegung, Verfolgerin aller DDR-Dissidenten und unerbittlichen Kritikerin der Etablierung des neudeutschen Konsens hat sie sich jahrelang unentbehrlich gemacht, bis um das Jahr 1994 eine Art Erschlaffung, eine gewisse Fadheit im Heft sich breitmachte. Der alte Kampfgeist gegen das linke Gesindel wurde stumpfer, weil als Gegner doch immer nur die alten Schwachköpfe aus Grün und PDS vorgeführt wurden, deren Abfertigung längst schon erfolgt war. Der Kampagnen-Schwung von Nie-wieder-Deutschland hat sich verbraucht (nicht der Inhalt), und selbst zu Jugoslawien war im Grunde 1993 schon alles gesagt. Es kam die Zeit des Einbunkerns, des Verharrens auf alten Angriffslinien gegen einen Feind, der keiner mehr ist. Gleichzeitig kam die Absatzkrise und das Ausschauhalten nach neuen Lesern. Höchste Zeit für eine Änderung des Konzepts also?

Vorschein

Unter dem Titel „Denkanstoß" erschienen in den Kleinanzeigen von Konkret 5/95 eine Reihe dummbeuteliger Vorschläge, die damals wohl keiner ernst genommen hat, die aber inzwischen neue Konzeption geworden zu sein scheinen. Konkret möge es doch der „innovativsten, witzigsten, unterhaltsamsten Tageszeitung mit dem besten Feuilleton weit und breit" gleichtun, der „Jungen Welt". „Etwas mehr Witz, Unterhaltung und Innovation" seien doch auch für Verkauf und Anzeigenaufkommen positiv. „Also – wir hoffen, zukünftig hier den Imbiß des Monats, Musik- und Filmrezensionen, ausgefeilte, sprachwitzige Glossen und Kommentare und somit einen insgesamt pointierteren Kulturteil zu finden! Denn Konkret war in den letzten Jahren viel zu trocken, zu ernsthaft und verbissen, zu steif und zu langeweilig." Da ist die ganze Welt eines linken Arschgesichts vereinigt, das denk- und lesefaul auf amüsante Anekdoten zusammengeschrumpfte Artikel sucht und seinen mittelmäßigen Kulturgeschmack in gebrauchstüchtigen Rezensionen alberner Filme und der neuen CDs irgendwelcher In-Groups bedient sehen will. Zusammengehalten wird dieses angemeldete Bedürfnis nach locker-flockigem Witz durch das stählerne Band des Ressentiments: Mögen die Texte nur nicht radikal und verbindlich in der Aussage sein und schwierig sowieso nicht. Sonst kommen die verschmocktesten negativ-Vokabeln aus dem gesinnungstüchtigen Dunmpfhirn zum Einsatz: trocken, verbissen, steif und langweilig.

Es spricht wenig dafür, daß die Leser der „Jungen Welt" in der Mehrheit wirklich solche Kretins sind. Durch ihren peinlichen Hang zur äußersten Kürze der Texte, ihren völlig wahllosen Umgang mit Kultur und Medien und die häufig penetrante Bemühung um Witzigkeit scheint sich die JW in der Tat jenen Haupstadt-Bewohnern anzudienen, die Abend für Abend in die Volksbühne rennen, um so jedermann zu zeigen, wie unangepaßt und irgendwie links sie seien.

Kürzer und mit Kultur

Will nun Konkret seit 1/96 seine finanziellen Nöte wett machen, indem es sich obige Vorschläge zueigen macht? Die Versprechungen der Hausmitteilung 1/96 ließen schlimmstes vermuten. Noch kürzere Artikel werden da versprochen, einige neuen Rubriken voller Textschnipsel und mehr Kultur. So liest sich auch das neue Produkt, das schon seine faden Gags auf Seite 3 dem Stern entlehnt zu haben scheint. Mit albernen Plattenbesprechungen, dem Nachdruck von Talk-Show-Gesülze, dem Nachweis, daß Heino ein Depp sei, Antje Vollmer es eigentlich noch nie mit der Revolution gehalten habe und Ulrich Wickert sich doch nur konsequent verhalte, wenn er Geld nimmt, wo es ihm angeboten wird, präsentiert sich das neue Konkret. Für die immer kürzeren Texte zum Zeitgeschehen zeichnen schon seit einigen Monaten zunehmend „Junge-Welt"-Autoren verantwortlich, Ergebnisse ihres Tageszeitungsgeschäfts neu aufbereitend – die Redaktion nimmt es ins Heft wie es kommt.

Die Konkret-Herausgeber dokumentieren mit diesem Angebot, welche schlechte Meinung sie von Bewußtsein und Bedürfnissen ihrer Leser – besonders jener, die sie neu hinzugewinnen wollen – haben. Alles alt gewordene Vor-89-Linke, die sich nach einem Nie-wieder-Deutschland-Zwischenspiel zur Ruhe gesetzt haben und sich durchs Monatsblättchen bestätigen lassen müssen, daß die Politiker von PDS/Grünen dreiste Dummköpfe sind, daß im Show-Biz nur Lügen und Blödigkeit vermarktet werden und man sich selber exklusiven Geschmack und prima Gesinnung bewahrt habe? Eine Haltung übrigens, die man sich auch mit 21 zulegen kann.

Das Elend hat schon mit der ewigen Gerhard Henschel-Reihe zum Thema Dumm-Deutsch begonnen, die nie eingelöst hat, was sie zu versprechen schien. Die maßlos blöden Sprechblasen der Robert Jungk und anderer erscheinen da aneinandergereiht und bereiteten zunächst noch Vergnügen, als Dokumentation des Sprachmülls vergangener Bewegungszeiten. Nur, wo genau in der Phrase die abgefeimte Mischung aus Lüge und Weihrauch, Gesinnungstüchtigkeit und Jämmerlichkeit sich verbirgt, wie der Schwulst gebacken wird und auf welche Gesinnung beim Konsumenten er spekuliert, bleibt uns der Henschel immer schon schuldig – im Gegensatz zu Gremliza im ‚express' beispielsweise. Henschel verläßt sich darauf, daß die ausgewählten Phrasen hämisch-zustimmendes Gelächter auslösen werden, schließlich hält es heute doch kein Konkret-Leser mehr mit Jungk, Vollmer oder Cohn-Bendit. Die Fans der Dummdeutsch-Masche reagieren auf die von anderen katalogisierten „Ekel-Wörter". wie Pawlows Hund. So wie diesem der Speichel aus dem Maul läuft wenn es klingelt, grient der Henschelianer wenn beispielsweise das

Wort „Diskussionskultur" fällt. Die Gedankenlosigkeit, mit der die Dumm-Phrasen auswendig gelernt und in schwerironischer Haltung angebracht werden, verweist auf die Ahnungslosigkeit über den ideologischen Zusammenhang, dem sie entstammen. Es mag in theoretisch versierteren Zeiten hingereicht haben, nur ein Stichwort fallen zu lassen und sich des umfassenden Verständnisses der Andeutung beim Empfänger sicher sein zu können. In Zeiten jedoch, in denen die einzige sozialistische Tageszeitung im Land auch die mit Abstand dünnste ist, kann kritisch gemeintes Gelächter am richtigen Ort entweder nur Zufall sein oder Einstieg in Schlimmeres: Der erklärte Wille, über jeden kritischen Gedanken lachen zu wollen, und nicht mehr, wie ursprünglich wohl intendiert, über den Absturz von Denken in Gesinnung. Das ins Hohngelächter aufgelöste Denken stößt sich dann auch nicht zufällig an linksradikalen Texten, die um Theorie und Konsequenz sich bemühen. Dergleichen Erzeugnisse gelten als „steif, langweilig und schulmeisterlich". Denn mit den sprach- und damit ideologiekritischen Absichten von Marx, Kraus und Adorno haben Henschel und seine „Dummdeutsch"-Fangemeinde nichts am Hut. Höchstens die ein oder andere witzige Pointe der Klassiker dient ihnen als Anleihe, um zu übertünchen, daß es um eines nicht geht, um Kritik. Daß die Reihe der Vorgeführten von Robert Jungk, der wenigstens irgendwie mal zur Linken gehört hat, über Norbert Blüm zu Heino führt, bestätigt das eindrucksvoll.

Weder sprachkritische Glossen noch eine Beschäftigung mit Kultur sind überflüssig. Zu fragen ist nur, ob damit Kritik geliefert werden soll oder ein Service-Angebot. Wenn man schon einen Kultur-Schwerpunkt sich auferlegt, warum kommt man nicht auf den naheliegenden Gedanken, dem Kultur-Konsum des eigenen Klientels auf den Leib zu rücken. Diesem Geglotze von Spielfilmen mit irgendwie progressiver Intention, dem offenkundigen Hang zur Talkshow, dem regressiven Musikgeschmack, dem selbst der banale Nachweis willkommen ist, daß es mit der künstlerischen Qualität der „Beatles" nie so weit her gewesen ist, um sich so der Exklusivität seiner eigenen Lieblingsgruppen zu versichern. Eine Bemühung um einen Begriff von Kunst und seiner Funktion in der verwalteten Welt entzieht sich Konkret genauso wie einer Kritik der Unterhaltungs- und Informationsbedürfnisse gerade auch antideutscher Linker. In dieser Perspektive wäre eine Analyse der Talkshow-Schwemme tatsächlich von Interesse.

Hätte beispielsweise nur einmal einer nachgewiesen, daß Ken Loachs neuer Film 'Land and Freedom' eine Etüde in Kitsch ist und sonst nichts, daß seine antistalinistische Kritik geschenkt ist, wenn die Ästhetik stalinistisch ist – soll heißen sozialistisch-realistisch – wäre ganz anders zu verhandeln über die Rubrik Kultur. Aber die Texte sollen ja kürzer werden, die 7 formidablen Rubriken kritische Analyse ersetzen und Carsten Ottes maßgebliche Auskünfte über Karl Moiks Rolle im Kulturbetrieb sind uns das Feuilleton.

Wüßte man nicht, wer Gremliza ist und Wolfgang Schneider und mancher der regelmäßig zuarbeitet, es könnte hier abgebrochen und unter erledigte Fälle abgebucht werden. Aber Gremliza hat sein Wort gegeben, als er die Ära Bissinger/Parnaß und Konsorten begrub, daß er linke Gesinnungskumpanei nicht mehr dulden werde, vorher ließe er das Blatt zugrundegehen. Was sich jetzt abzeichnet, wirft die alte Frage neu auf. Die langweilige Frotzel-Gesinnung des neuen Konkrets, wo nichts so richtig falsch ist, aber auch nichts so recht sich um Wahrheit bemüht, wo stärker ein linker Befindlichkeitszustand mit abnehmender analytischer Kraft bedient als Kritik und Erkenntnis vermittelt wird, ist die Fortsetzung der Bissinger-Linie mit anderen, postmodernen Mitteln. Daß das neue Konzept anders lügt als das alte sei unwidersprochen. Aber während die alte Konkret Ökopaxen mit Lehramt dauernd beweisen wollte, daß Getrennt-Müllsammlung plus Empörung revolutionär, jedenfalls enorm kritisch sei, verschafft das neue Konzept früh gealterten Studenten und in der Plackerei des Computergewerbes abstumpfenden Alt-Bewegten die Gewißheit, daß man nach wie vor recht habe und irgendwie was Besseres sei – was auch immer. Im inhaltlichen Regredieren, im Festhalten an in besseren Zeiten gesammelten Wahrheiten, verliert sich die Fähigkeit zur radikalen Kritik, die Konkret sich in den Jahren des Generalangriffs auf Deutschland angeeignet hat.

Kritik oder Gestank

Konkret war es gewohnt, in solche Debatten einzugreifen oder sie gar anzuzetteln, die größere und politisch höchst unterschiedliche Teile der Restlinken wirklich beschäftigten. Die Zeitschrift konnte im Keim schon vorgefundenen Streit organisieren und sich zugleich höchst undemokratisch an die Spitze setzen. Dabei konnten die journalistischen Mittel von der Dokumentation, dem vergleichsweise nüchternen Bericht, dem theoretisierenden Essay bis zur Polemik in Anwendung gebracht werden und mancher hatte was davon. Der Widerspruch war heftig, die Zustimmung auch, man war im Zentrum linker Debatte. Dieser äußere Rahmen bricht weg. Das Zeitgeschehen bietet nichts mehr an, was revolutionäre Linke noch so sehr interessieren könnte, daß sich automatisch Streit entwickeln würde. Die Ironie des Konkret-eigenen Dilemmas ist, daß nun auf die Zeitschrift zurückschlägt, was sie immer richtig behauptet hat: Daß es keine Bewegungspolitik, Massenpolitik etc. geben könne, die nicht mit Notwendigkeit dem nationalen Konsens sich andienen würde. Radikale Linke, Golfkriegsstreit, Nie wieder Deutschland und Jugoslawien-Krieg waren komischerweise Debatten, an denen immer noch ein Bewegungs- und Formierungsansatz hing, wie verhalten er auch immer daherkam. Die antideutsche Linke war nur solange en vogue, wie eine neue Strömung oder Bewegung in sie hineingeheimnist wurde. Spätestens seit dem Scheitern des letzten Ansatzes in dieser Richtung, am 6./7. Mai 95 in Berlin, ist dieser falsche Bewegungstraum als Voraussetzung für Debatte ausgeträumt. In dem Maße, wie sich das notwendige Ende antideutscher Bewegungspolitik abzeichnete, schlief die inhaltliche Debatte in Konkret ein. Der kleine Streit Trampert/Ebermann gegen Kurz in Sachen Wertkritik wurde lahm und offensichtlich ohne organisierendes Interesse der Redaktion geführt, die interessante Debatte von DDR-Historikern über den Umgang mit Antisemitismus in der DDR-Geschichtsschreibung blieb randständig und seit einigen Monaten ists vorbei.

Wenn Konkret eine linksradikale, antideutsche Politik- und Kulturzeitschrift bleiben will, muß sie entlang der vielen ungelösten Fragen revolutionärer antideutscher Linker weiterhin Streit organisieren – auch wenn keine Demo dabei rüberkommt, sich keine linksradikale Gemeinschaft darauf bezieht und auch dann, wenn sich der Ruin nicht abwenden läßt. Sie darf nicht vor Zumutungen zurückschrecken, die im theoretischen Anspruch und komplexen Sprachgestus von Autoren wie Marx und Adorno angelegt sind. Die Politik des kurzen Textes mag bezüglich des Aktualitätsfetischs, dem eine Zeitschrift nun mal ausgesetzt ist, für eine Reihe von Texten pro Nummer hingehen. Wenn solche Aktuell-Texte den theoretisierenden Essay verdrängen und damit die kommunistische Kritik (und um die geht es) exterritorialisieren, ist das Blatt erledigt. Dann stirbt es in geistloser Medienkritik und langweiliger Linken-Geschichtsschreibung den schmählichen Tod auf Raten. Selbst wenn Konkret ökonomisch als Erinnerungsorgan einer melancholischen Kulturlinken überleben würde, wäre es doch nicht mehr als eine Leiche, die sich durchs Stinken ihrer Existenz versichert.

Justus Wertmüller

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.57 (1/96) enthält u.a.:

★

US-Neonazis
von Philipp Agee

★

Das Comeback der Atomindustrie
von Berliner Autonome

★

AFRIKA: Wurzeln und Visionen
von Ilija Trojanow

★

Macht und Herrschaft, Teil II
von Michael Wilk

✧

Interview mit Dimitri Roussopoulos
von Wolfgang Haug & Andi Ries

Weiter: *Infoladen Leipzig:* Chronik deutscher Ausländerpolitik, Teil II; *David Rosales Alvarez:* Interview mit der EZLN;*Dieter Nelles:* Die SAJD-Wuppertal 1929-1945, Teil 1; *Ilse Schwipper:* zu Horst Stowassers neuem Buch; *Peter Nowak* zur Group 43 und Christiania, *Bernd Hüttner* zu Berlin und L.A., *Wolfgang Haug* zu Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung, *Herby Sachs* zu Taibo II: Vier Hände und Kurdistan-Fotobuch v. R. Maro; SF-Bücherservice

Nr.56 (5/95) enthält u.a.:

Shell in Nigeria; *BUKO:* **Zukunftsfähiges Deutschland - ein Technokratenmärchen;** *Infoladen Leipzig:* **Ein Vierteljahr Deutschland - Chronik Teil 1; Stefan Thimmel: Menschen in Lagerhaltung** (Abschiebeknäste); Interview mit der mexikanischen Zeitschrift *Amor y Rabia*: *Gabriel Teoman:* PUNK lebt länger; *Hellmut G. Haasis:* Die Rache des Joseph Süß Oppenheimer (Erzählung); »Der Feuchtwanger weiß nichts und Veit Harlan noch weniger« –Interview mit H.G. Haasis *von Wolfgang Haug*; Nachruf auf Bibi Wintjes etc.

ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 35.-
Einzelpreis: 8.-

SF★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau

Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273

Freiheit für Hanna Krabbe!

Sofort und bedingungslos



Seit 1974 unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD. Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige und strömungsübergreifende linke Schutzorganisation. Sie hilft AntifaschistInnen, Totalverweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert und verfolgt werden. Mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird für die Unterstützung der Betroffenen bei Anwalts- und Prozeßkosten gesorgt. Zudem organisiert die Rote Hilfe praktische Solidarität, wie Veranstaltungen, Flugblätter, Solidaritätsparties und Demos.

Werdet Mitglied!

Schafft Rote Hilfe!



Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431)75141

Schwarz-grüne Bescherung
25.000 DM Buße für AKTION 3.WELT Saar

Mit den Stimmen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Kreistag Merzig-Wadern im nördlichen Saarland die Streichung der institutionellen Förderung von 25.000DM für die AKTION 3.WELT Saar für 1996.
Die Gründe der CDU:
1.Beteiligung an einer Demonstration gegen ein öffentliches Gelöbnis der Saarlandbrigade
2.Die Arbeit zu Kurdistan geschehe im Auftrag der PKK

Die Grünen wiederholten dies nicht, stimmten aber gemeinsam mit der CDU, um die schwarz-grüne Zusammenarbeit nicht zu gefährden. Die 3.Welt Organisation, so Grüne und CDU unisono, solle sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Also nicht Parteien das Monopol auf Politik streitig machen und an der Veränderung vor der eigenen Haustür arbeiten, sondern die staatlicherseits zugewiesene Spielwiese akzeptieren: caritativ, nett, idealistisch, wirkungslos, Zuarbeiter von Parteien.

Über verbale Empörungen haben wir uns gefreut. Da wir uns aber nicht bessern wollen, fordern wir jetzt zur konkreten Unterstützung auf. Was wir brauchen sind regelmäßige, parteiunabhängige Zahlungen - als Mitgliedsbeitrag oder als Spende.

1. Fördermitglied in der AKTION 3.WELT Saar werden;
monatl. Mindestbeitrag 0,5% Nettoeinkommen; bis 1.000DM=5DM, bis 2.000DM=10DM;bis 3.000DM=15DM etc.; Verbände und Vereine 500DM/Jahr. Aufnahmeformulare anfordern.

2. Spenden; sind auch noch von der Steuer abzugsfähig; einmalig oder per Dauerauftrag; KtoNr. 1510 663 Postbank Saarbrücken; BLZ 590 100 66

Weitere Informationen: AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim Tel 06872/6982 Fax 7826

Die Saarlandbrigade

- eine Eliteeinheit der Bundeswehr -

Sie waren in Somalia dabei, sie beteiligen sich im Rahmen der NATO an Manövern in Kurdistan, sie sind stolz auf die Tradition der Fallschirmjäger der Wehrmacht, singen auch heute noch Nazi-Lieder und sind eine der Einheiten, welche die „Neue Weltordnung" erzwingen und erhalten sollen.

Videofilm:
Friedensengel
Für UNO, NATO und Deutschland in die Welt

Produktion: KAOS-Team, Köln und *querblick*, Konstanz mit Unterstützung der *AKTION 3.WELT Saar*
BRD, 1995, 30 Minuten

Flugschrift:
Flugschrift 2
4seitige Informationsschrift zur Saarlandbrigade
hrsg.: AKTION 3.WELT Saar
für Gruppen kostenlos in größerer Anzahl



AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchener Str. 24 * 66674 Losheim
Tel 06872 / 6982 * Fax 7826
Aussagekräftige Pressephotos stehen zur Verfügung.

Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem fünften Erscheinungsjahr.
Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung.
Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt.
UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

UTOPIE kreativ
erscheint seit November 1994 wieder monatlich
Einzelheft 6 DM
Jahresabonnement
Inland: 60 DM (incl. Porto)
Ausland: 78 DM (incl. Porto)
Förderabonnement: 120 DM
Information und Bestellungen:
Redaktion **UTOPIE kreativ**
Weydingerstr. 14-16
10178 Berlin
Tel. 030-28409561

UTOPIE — Wie entsteht ein Krieg? — Hitlers Befehl zur Ausmerzung der Herzkranken — Volksfronten – Weg in den Untergang? — kreativ — HEFT 55 · 6 DM · MAI 1995

❑ Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr ab dem nächstmöglichen Liefertermin
❑ Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement

Name, Vorname:
Straße:
Plz, Ort:

Ich bezahle
❑ bargeldlos durch Bankeinzug
Geldinstitut ______________
Kto-Nr. ______________
BLZ: ______________
❑ auf Rechnung

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen, es gilt das Datum des Poststempels.

Datum: ______________ Unterschrift: ______________

Nr. 39/40
8. März 1996
2 Mark

clock work

zusammen für befreiung kämpfen

themen:
★perspektiven des kurdischen befreiungskampfes und der solidarität
★interview mit der frauenorganisation yajk
★aufräumarbeiten: politische justiz und die linke
★zu den verfahren gegen die radikal, antifa (m) u. a.
★frauenorganisierung

Einzelexemplare (für 4 DM in Briefmarken) und Abos:
clockwork
Leibnizstr. 24
55118 Mainz

ÖkoLinX 21/22



★ Trampert / Ebermann: **Vom bösen Geldkapital** ★ C. Preuschoff: **Russische Avantgarde u. industrielle Arbeit** ★ T. Menninger: **»junge Welt« für Gentechnik** ★ P. Bierl: **PDS-Kommunistische Plattform: Thälmanns letztes Aufgebot** ★ **Earth First & Frontline, Veganismus & Biozentrismus** ★ J. Ditfurth: **NS-Mitläufer M. O. Bruker** ★ L. Baack: **Antje Vollmer und die Vertriebenen** ★ C. Danckworth/A. Gniech: **Radikal & Repression** ★ W. Kühr: **Grüne = Atomenergie** ★ D. Asselhoven: **Hochschulkampf**

Und: ★ Silvio Gesell ★ Gegen das völkische Prinzip ★ Spiritueller Ökofeminismus ★ Nordirland II ★ Ausraster ★ Bücher & Filme ... usw.

Ich bestelle: ❑ **Probeheft 9 DM** *(Doppelheft)* ❑ **Abo 36 DM** (6 Ausg.)
☆ **Außerdem:** ❑ **Infos ü.** Ökologische Linke bundesweit **(7 DM)**
Kontakt: Ökologische Linke, c/o M. Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/M.

Lieferung nur gegen Vorkasse ★ DOPPELHEFT ★


BEWARE
OF FALLING
COCONUTS